



Gütersloher Beiträge zur Heimat- und Landeskunde

März 1193 – Nr. 38/39

Vergangenheit und Gegenwart in Wort und Bild

Aus dem Inhalt:

Stimmung und Propaganda im Ersten Weltkrieg –
Das Kriegswahrzeichen auf dem Rathausplatz 1915 bis 1917 –
Kriegsgefangene in Gütersloh – Von Fremden und Hilfskräften –
Versorgung und Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern durch den Staat,
die Stadt Gütersloh und Privatpersonen sowie Vereine
während des Ersten Weltkrieges – Zwischen Streckung und Hamsterei



Zu einem besonderen Ereignis wurde im Oktober 1915 die Enthüllung des Kriegswahrzeichens vor dem Gütersloher Rathaus. In zahlreichen Reden wurde ganz im Stile des wilhelminischen Kaiserreiches wurde die Kriegführung gutgeheißen und für finanzielle Unterstützung der Rüstungsproduktion geworben.



Dampfkleinbahn Mühlenstroh am Gütersloher Postdamm

KREIS GÜTERSLOH

Wo die Erholungslandschaft vor der Haustür liegt und wo man seine Freizeit ganz nach dem eigenen Geschmack gestaltet.

- Dampfkleinbahn „Mühlenstroh“ Gütersloh
- „Flora Westfalica“ Rheda-Wiedenbrück
- „Safariland/Hollywoodpark“ Stukenbrock
- Freizeitbad „Die Welle“ Gütersloh
- Camping- und Ferienparadies Peckeloh
- Götten in reizvoller Landschaft
- Surfen auf abgelegenen Baggerseen
- Jazzmusik im Farmhouse Harsewinkel
- Mit dem Heißluftballon auf und davon
- Nostalgiefahrten mit der TWE unter Dampf

Ein freundliches Stück Westfalen am Teutoburger Wald

Kreisverwaltung Gütersloh · 4840 Rheda-Wiedenbrück (Kreishaus) · Telefon (052-42) 13-0

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Heimat-Front. Gütersloh im Ersten Weltkrieg

lautet diesmal das Thema der „Gütersloher Beiträge“. Damit haben wir erneut eine Ausstellung des Stadtmuseums Gütersloh zum Schwerpunkt dieser Publikation des Heimatvereins Gütersloh gemacht. Die Gründe dafür zu erläutern erscheint uns wichtig.

Die Erforschung der Gütersloher Geschichte ist weder abgeschlossen noch wenig lohnend. Das bemerkten wir erneut bei der Bearbeitung des Themas „Gütersloh im Ersten Weltkrieg“ seit rund eineinhalb Jahren.

Die vom Stadtmuseum Gütersloh geplante Ausstellung stützt sich auf eine bedeutende Privatsammlung von Relikten des Ersten Weltkrieges, die Kurt Schuldes aus ganz Europa – insbesondere aber aus Frankreich und Deutschland – zusammengetragen hat. Da aber eine lokal ausgerichtete Präsentation entstehen sollte, begann eine Arbeitsgruppe aus Studenten, Hobbyforschern und in der historischen Kulturarbeit Tätigen mit der Suche nach örtlichen Materialien und Quellen.

Lange nicht alle Fragen konnten beantwortet werden, nicht jedes zunächst geplante Thema konnte abgeschlossen werden. So fehlen Beiträge über die Stadtverwaltung Gütersloh oder über die übergeordneten Verwaltungsstrukturen während des Weltkrieges, über Frauen und Frauen-Wahlrecht. Aspekte der Wirtschaftsumstellung oder der kriegsbedingten Veränderungen in der Stadtplanung mußten schon in der Planungsphase der Forschungen als nicht bearbeitbar vernachlässigt werden, weil Arbeitskraft und Zeit für die quantifizierende Arbeit nicht vorhanden waren.

Unser Ziel der Vorstellung von Aspekten der Weltkriegs-Geschichte haben wir jedoch sicherlich erreicht: Die allumfassenden Auswirkungen eines Krieges, der scheinbar weit entfernt in Frankreich, Rußland oder auf dem Balkan stattfand, auch für die Heimat deutlich zu

machen. Die „Modernität“ dieses Krieges war insofern nicht nur auf den Einsatz der Massenvernichtungswaffen zurückzuführen, sondern auch auf die alle Lebensbereiche betreffenden Auswirkungen in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft.

Schon während des Krieges von 1914 bis 1918 hätte unseres Erachtens klar sein können, daß Kriege im 20. Jahrhundert kein Mittel der Lösung von politischen Problemen sind, sondern diese nur noch verschärfen. Zumindest so gesehen kennen moderne Kriege keine Sieger mehr, sondern nur noch mehr oder weniger geschädigte Verlierer: Tod und Verletzungen unter den Kriegern und Zivilisten im Kampfgebiet, Hinterbliebene und Zahlungspflichtige in der Heimat, Einschränkungen allerorten, Produktions- und Wirtschaftskrisen, Inflationen als Spätfolgen, Sturz der bisherigen Regierungen, Machtkämpfe.

Wir wollen hier nicht die Demokratie als ein Ergebnis des Ersten Weltkrieges unterschlagen, auch nicht Verbesserungen im Arbeitsrecht. Wer in besetzten Gebieten mit Einheimischen sprach, konnte erkennen, daß es Menschen waren, nicht Feinde. Kriegsgefangene mußten nicht nur in der Landwirtschaft und der Produktion helfen, sondern ermöglichten auch den Gütersloher diese Erkenntnis, den heute so genannten multikulturellen Dialog.

All dies gehörte zum Alltag des Ersten Weltkrieges auch in Gütersloh. Einige Aspekte haben wir in diesem Heft der „Gütersloher Beiträge“ bearbeitet. Weitere werden in den nächsten Jahren vielleicht noch folgen, denn wir erhoffen uns von Ihrem Interesse am Thema weitere Anstöße und Hinweise.

Für die Redaktion
Heinrich Lakämper-Lührs
Eckhard Möller

Die Chronik „Es geschah in Gütersloh“ wird im Heft 40/41 fortgesetzt

Stimmung und Propaganda im Ersten Weltkrieg

von Günter Beine

Vorbemerkung

Zeitzeugen des Ersten Weltkriegs berichten übereinstimmend von einer Woge der Begeisterung, die die Bevölkerung des Reiches bei Bekanntwerden des Mobilisierungsbefehls erfaßt hatte. Da unterscheidet sich Gütersloh nicht von anderen Städten im Lande.¹⁾ Der vorliegende Beitrag versucht, die Nuancen und Veränderungen der Stimmungslage in Gütersloh in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 nachzuzeichnen. Auch nur annähernd alle Aspekte des Themas zu berücksichtigen, ist hier nicht möglich. Einzelne Elemente finden sich indes auch in den anderen Beiträgen dieses Heftes. Auf einen Vergleich mit der Situation in anderen Städten und Gemeinden des Kreises und Regierungsbezirks, des Landes Preußen und des Reiches mußte verzichtet werden.

1. Der Schwung des Anfangs

„Alle sonst im Leben stehenden Unterschiede fallen, ein und dasselbe sind wir alle: Verteidiger des Vaterlandes. Jedes Gefühl des Gegensatzes, das aus Geburtsland, Stand, Partei oder Bekenntnis sonst wohl erwächst, ist erstorben. Wir sind wieder ein ‚einzig Volk von Brüdern‘, das in seiner Gesamtheit und in jedem einzelnen Teil von einem furchtbaren Feind bedroht ist, das sich einmütig erhebt mit der Losung: Einer für alle, alle für einen.“ Mit diesem patriotischen Pathos wandte sich das „Gütersloher Tageblatt“ am Montag, dem 3. August 1914²⁾, an seine Leser, um ihnen Einzelheiten über das Geschehen in der Dalkestadt seit Sonnabend, dem Tag des Mobilisierungsbefehls des Kaisers, mitzuteilen. „Der König rief und alle, alle kamen.“ Wie oft hat dieses schlichte und doch so bedeutsame Wort in dem Jahre der Erinnerungsfelder an die Befreiungskriege uns geführt. Der Kaiser hat wiederum gerufen und

alle, alle kommen (...),“ fährt das Blatt fort. Dem emotionalen Überschwang des Redakteurs entspricht die Begeisterung in der Bevölkerung, wie sie sich in diesem Bericht widerspiegelt. So gab es bei Bekanntgabe der Mobilisierung zwar „viel tränenfeuchte Augen, aber auch helle Begeisterung klang aus den Worten, die von den Lippen der jungen Vaterlandsverteidiger kamen, und nicht gering war die Zahl derer, welche herbeilieten, um sich freiwillig zum ersten Dienst für König und Vaterland, für Kaiser und Reich anzubieten. (...) Unsere Jugend aber, sie wollte Soldaten sehen und ihnen zujubeln, und wo nur Reservisten oder eine Uniform im vorbeieilenden Eisenbahnzuge sichtbar wurde, da erscholl ein lautes Hurrah (...).“

Der Artikel schließt auch die Einsatzfreude „unserer Mädchen und Frauen“ ein und gibt der Zuversicht Ausdruck, daß der nun geforderte „Liebesdienst“ – so die Bezeichnung für die Versorgung der Truppe durch die Heimat – „nicht allzu lange erwiesen zu werden braucht.“

Die vorliegenden Zeilen drücken eine Kriegsbegeisterung aus, die alle europäischen Völker des Jahres 1914 erfaßt hatte. Es war die Zeit des Imperialismus, in der alle europäischen Mächte Großmachtpläne verfolgten. Das hieß zum einen Hegemonialbestrebungen auf dem europäischen Kontinent und zum anderen die Eroberung von Kolonien. Kaiser Wilhelm II. glaubte ebenso wie seine Generäle, daß das Reich zu kurz gekommen sei und sich seinen „Platz an der Sonne“ erst noch erobern müsse. Die krisenhafte Situation im Sommer 1914 und der Schulterschuß zwischen Großbritannien, Frankreich, und Rußland erweckten zudem den Eindruck, das Reich sei umzingelt und eingeschnürt, so daß ein Befreiungsschlag früher oder später unvermeidlich sei, wenn das Reich aus seiner



Die Befürchtung, feindliche Agenten könnten in Gütersloh Anschläge auf zivile und militärische Einrichtungen begehen, gehört zu den Merkwürdigkeiten der allgemeinen Stimmung bei Kriegsbeginn. Die Straßensperre auf der Königstraße nahe dem Rathaus und dem Amtsgericht mit Polizeistation (heute Volkshochschule) zeugt davon. (alle Fotos: Stadtarchiv Gütersloh)

(selbstverschuldeten) Umzingelung ausbrechen wollte.

Die Bevölkerung hat diese Konstellation offenbar in ihrem Grundmuster erkannt, ohne Alternativen zu einer kriegerischen Lösung ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Zu sehr war man vom Militarismus geprägt und von der angeblichen Überlegenheit des deutschen Wesens überzeugt.

Die Propagandastrategie der deutschen Führung ging voll auf. In der Kriegsagitatio wurde der Feind verächtlich gemacht und herabgewürdigt, seine Erfolge eher beiläufig vermerkt. Auf der anderen Seite blieb kaum ein siegreiches Scharmützel der deutschen Truppen unerwähnt; und während man die deutschen Kriegsziele eher im Hintergrund ließ, wurden der Bevölkerung die vorgeblich zu erwartenden Leiden bei einer Niederlage förmlich eingebläut.

Diese bewußt manipulative Informationsstrategie begann in aller Deutlichkeit mit Ausbruch der Kämpfe.³⁾ Nachdem es den Franzosen anfangs gelungen war, im Süden auf deutsches Territorium vorzudringen, ging das deutsche Heer zum Angriff über und trieb den Gegner zurück auf französischen Boden. In einer spontanen Bewertung wurde dieser Anfangserfolg zum kriegsentscheidenden Vorgang hochstilisiert: „Der erste große Sieg ist erfochten, und er ist größer als wir es uns träumen lassen konnten. Knapp drei Wochen nach Ausbruch der Feindseligkeiten ist der Hauptfeind so geschlagen, daß das Schicksal des ganzen Feldzuges entschieden zu sein scheint“, schreibt die „Gütersloher Zeitung“ am 25. August 1914 und ergänzt weiter unten: „In Lothringen war eine Flucht der Feinde nach zweitägigem Ringen, wie sie wahrscheinlich die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat.“

Am 4. September titelt das gleiche Blatt: „Unsere Truppen auf dem Vormarsch nach Paris!“ Mußte der gutgläubige Leser da nicht an ein baldiges siegreiches Kriegsende glauben? Ein Leserbrief im „Gütersloher Tageblatt“ vom 24. Oktober 1914, der sich mit einer Beschwerde über zu häufige Salutschüsse bei deutschen Siegen auseinandersetzt, spiegelt die Verknennung der strategischen Lage anschaulich wider: „Vielleicht gestattet er (der Beschwerdeführer) dies gnädigst demnächst beim Einzug in Paris oder London (...)“. Der Begriff „Heimatfront“ wurde übrigens durchaus wörtlich genommen, indem man sich mit großem Eifer an der Hatz auf vermutete Spione beteiligte. Etwa zwei Wochen lang ergriffen eifrige Vaterlandsfreunde verdächtige Personen, hielten unbekannte Fahrzeuge an und schossen auf Flugzeuge und Luftschiffe. Mehrere Berichte schilderten unbegründete Festnahmen oder Beschießungen, so daß sich die staatlichen Stellen zum Einschreiten entschlossen. *) Der Krieg hatte alle in seinen Bann gezogen.

2. Die Stagnation

Angesichts der oben beschriebenen Darstellungen von deutscher Überlegenheit in den ersten Kriegswochen kann es nicht wundernehmen, wenn sich gegen Jahresende Unsicherheit breit zu machen begann. Mußte, wenn man die Berichterstattung ernstnahm, der endgültige Sieg nicht schon errungen worden sein? Unter der Überschrift „Mehr Zuversicht!“ wandte sich der kommandierende General des VII. Armeekorps in Münster, Freiherr von Gayl, zum Jahreswechsel über die Zeitungen an die Bevölkerung (GZ 29.12.1914): „Ist es wahr“, fragte er da, „daß dieses Vertrauen hie und da zu wanken beginnt? Daß Schwarzseher am Werke sind, um in ihren Kreisen Flau zu machen und die frohe Zuversicht zu dämpfen?“ Dazu bestünde keinerlei Ursache, versichert der Schreiber und beteuert, daß die „Abrechnung“ mit den Feinden „wahrlich in bestem Gange“ sei. Dennoch versucht von Gayl,

die Erwartungen (im eigenen Interesse) herunterzuschrauben: „Ein Krieg freilich, in dem jeder Tag einen neuen Sieg brächte, in dem es keinen Wechsel, keinen Rückschlag gäbe, wäre in der Tat ein merkwürdiger Krieg!“ Zuversicht versucht auch ein Artikel zur Schau zu stellen, der im „Gütersloher Tageblatt“ vom 7. Januar 1915 unter der Überschrift „Wie und wo stehen wir?“ erschien. „Jedes Volk hat in der Geschichte seinen Tag; aber der Tag der Deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit“, heißt es da unter Berufung auf Friedrich Schiller. Der Text ist „jenen lästigen Fragern“ gewidmet, die „es dann ganz genau wissen möchten“. Das aber ist nach Ansicht des Autors überflüssig: „Was liegt daran, (...) daß wir jeden kleinen Fortschritt besonders erfahren? Nichts! Es genügt, wenn wir das wirklich Wichtige und Wissenswerte in Erfahrung bringen. Und dafür sorgt die Oberste Heeresleitung nach wie vor.“

Die Argumentation hatte sich nach rund einem halben Kriegsjahr gewandelt. Die Menschen mußten sich umstellen. Statt eines Spazierganges nach Paris stand jetzt ein zermürbender Stellungskrieg auf der Tagesordnung. Aber das Denken war noch in Vorstellungen verhaftet, die ganz besonders durch den Krieg 1870/71 geprägt waren. Qualität und Quantität der Waffen hatten sich grundlegend verändert, Worte wie „Stellungskrieg“ oder „Grabenkrieg“ mit all ihren Konsequenzen mußten erst allmählich Eingang ins Bewußtsein finden. Für die Heimatfront bedeutete die neue Art des Krieges die Verlängerung der kriegsbedingten Einschränkungen. Daher nahmen in der Folgezeit die Zeitungsartikel zu, in denen die geschichtliche Bedeutung dieses Krieges erläutert wurde, um damit die Motivation zum Durchhalten zu stärken. Denn diese Motivation war im Unterschied zu den ersten Kriegsmonaten nicht mehr selbstverständlich vorhanden. Allerdings gingen die Verantwortlichen in Militär und Politik ebenso wie die Mehrheit der Bevölkerung noch immer von einem Siegfrieden mit Landgewinnen und der Schaffung von Vasallenstaaten aus.

Als Kuriosum sei hier auf ein Schriftstück aus den Geheimakten des Gütersloher Stadtarchivs vom August 1915⁵⁾ hingewiesen, in dem der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten in Berlin um die Aufstellung einer Liste mit französischen Beutestücken aus der napoleonischen Besatzung bittet. Bei einem Friedensschluß sollten diese Gegenstände von Frankreich zurückgefordert werden. Die Listen mußten „unlichst bald“ eingereicht werden, und der Landrat ließ den Bürgermeistern seines Kreises nur zehn Tage Zeit zur Erledigung. Es scheint, als hätten die Beteiligten einen Siegfrieden jederzeit erwartet.

Die Siegeszuversicht wurde selbst dann kaum gebremst, als die „Helden“ bedeutende Niederlagen hinnehmen mußten. Beispiel Verdun: In einer rund dreimonatigen Schlacht eroberten die Franzosen Ende 1916 das bedeutende Fort wieder zurück. In einer Mitteilung erfuhr der Leser der „Gütersloher Zeitung“ am 18. Dezember kurz und knapp: „Am 15. Dezember gelang es den Franzosen an der Nordostfront von Verdun, uns aus der vordersten Stellung in eine zweite vorbereitete Linie (...) zurückzudrängen.“ Wer mag sich noch erinnern haben, welche Bedeutung allgemein der Eroberung der einzelnen Festungswerke im Frühjahr des gleichen Jahres beigemessen worden war? Durch den Ausdruck „vorbereitete Stellung“ gewinnt der Rückzug zudem fast die Qualität eines geschickten Schachzuges, als ernste Niederlage dürfte er nur den viel kritisierten „Schwarzsehern“ bewußt geworden sein.

3. Bewußtes Gegensteuern

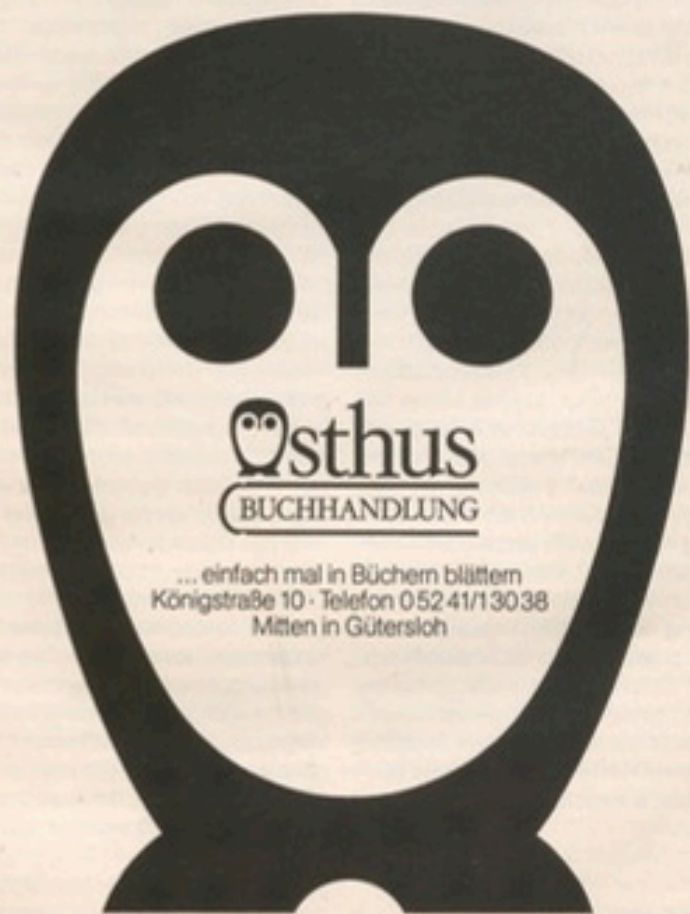
Nachdem auch das Jahr 1915 noch keine Entscheidung gebracht hatte, mußten sich die staatlichen Stellen, ob zivil oder militärisch, Gedanken machen, wie der Durchhaltewille in der Heimat gesichert werden könnte. Gründe für ein möglicherweise gefährliches Nachlassen der Kriegsbereitschaft lagen in der Lebensmittelversorgung, die zunehmend An-

laß zu Kritik gab und besonders im Winter 1916/17 („Kohl“- oder „Steckrübenwinter“) zu Hungerstreiks führte.

Die Sprengkraft der Lebensmittelfrage veranlaßte General von Gayl in Münster am 10. Februar 1916 zu einer Bitte an den Regierungspräsidenten in Minden, ihm auch aus dem hiesigen Bezirk regelmäßige Nachrichten über die Lebensmittelversorgung zu übersenden.⁶⁾ Insbesondere sollte die Brauchbarkeit der getroffenen organisatorischen Vorkehrungen überprüft werden. Der Regierungspräsident ergänzte seine in der Folge des Schreibens aus dem Generalkommando ergangene Verfügung durch ein Schreiben vom 29. März, in dem er ein einheitliches Gliederungsschema vorgab. Von fünfzehn Gliederungspunkten waren dreizehn ausschließlich Einzelaspekten der Lebensmittelversorgung gewidmet, zwei vorangestellte griffen übergeordnete Fragen auf. Punkt eins ist mit „Allgemeines“, Punkt zwei mit „Stimmung in der Zivilbevölkerung“ bezeichnet.

Der erste nach diesem Gliederungsschema abgefaßte Bericht der Gütersloher Verwaltung trägt das Datum 8. April 1916 und bezieht die Stimmungslage noch direkt auf die Lebensmittelversorgung: „Wenn auch eine gewisse Knappheit in verschiedenen Nahrungsmitteln besteht, so ist die Bevölkerung mit Rücksicht auf die Lage mit den von der Regierung getroffenen Maßnahmen über die Verbrauchsregelung zufrieden.“ Und als Ergänzung weist das im Gütersloher Stadtarchiv überlieferte Konzept den Satz aus: „Die Stimmung in der Bevölkerung ist im allgemeinen zuversichtlich.“

Mit Schreiben vom 23. Mai 1916 unterstrich der Regierungspräsident unter ausdrücklichem Hinweis auf die Heeresverwaltung das Interesse „an der Erhaltung einer guten Volkstimmung“ und fügte dann, aus einem nicht näher genannten Schreiben dieser Behörde zitierend, an, „daß jede einigermaßen wichtige Erscheinung auf diesem Gebiete zur Kenntnis des Kriegsministeriums gebracht werden muß.“



Zweifellos ging die Intention der militärischen Führung über die enge Verbindung von Lebensmittelversorgung und Stimmungslage hinaus. Der Gütersloher Verwaltungschef konnte aber offenbar keine weitergehenden Informationen liefern. Andererseits zeigten sich nach rund zwei Jahren Krieg erste Risse in der patriotischen Front. Der Bürgermeisterbericht vom 5. August 1916 schließt seinen Stimmungsbericht mit dem Satz: „Die andauernde Knappheit der hauptsächlichsten Lebensmittel sowie der Artikel des tägl. Bedarfs und die hierdurch gebotene Verbrauchseinschränkung wirkt naturgemäß immer mehr auf die Zufriedenheit und Stimmung der Bevölkerung nachhaltig ein, so daß der Wunsch nach Rückkehr normaler Verhältnisse allgemein ist.“

Durch eine weitere Vorgabe der Heeresverwaltung (Schreiben vom 15. September 1916) gewann die Beschreibung der Stimmungslage in der Bevölkerung noch größeres Gewicht. Von nun an berichtete Bürgermeister Tummes etwas ausführlicher über die Stimmungslage, der er allerdings selten mehr als drei oder vier Sätze widmete. Trotz mancher Einschränkungen verhielten sich die Gütersloher laut Tummes „mustergültig“. „Jeder Bürger ist sich der Pflicht bewußt, die das Vaterland in seiner Bedrängnis von ihm fordert und daß nur der innere Frieden das bisher auf den Schlachtfeldern Errungene schützen und einen baldigen glücklichen Ausgang des schweren Ringens fördern kann.“ (Monatsbericht vom 7. Oktober 1916)

Nachdem der Dezember-Bericht erneut den Wunsch der Bevölkerung nach Rückkehr zur Normalität hatte erkennen lassen, glaubte die Bevölkerung Anfang Januar, erste Friedensaussichten zu erblicken (Deutsches Friedensangebot vom 12. Dezember und Wilson-Note vom 21. Dezember 1916). Im Bürgermeisterbericht vom 5. Januar 1917 heißt es dazu: „Gegen Mitte Dezember ging eine freudige Erregung durch die Bevölkerung, als von dem obersten Kriegsherrn S.M. dem Kaiser, unsere Friedensbereitschaft öffentlich gemacht wur-

de. Das Gefühl, daß nach diesen schweren Zeiten nun bald wieder die Hoffnung auf bessere Tage und normale Verhältnisse berechtigt sei, ließ manche Sorge und manchen Kummer vergessen.“ Noch einmal wird das Pflichtgefühl der Bürger angesprochen, „damit die Erfolge und die großen Opfer nicht umsonst gebracht sind.“

Der Hoffnung folgte Enttäuschung. Die Entente verlangte einen Frieden ohne Annexionen, und Deutschland, das noch immer an den endgültigen Erfolg glaubte, wollte dem nicht zustimmen. Man habe geglaubt, „die Tage des Friedens (seien) in greifbare Nähe gerückt“, aber das kaiserliche Friedensangebot sei „schnöde“ zurückgewiesen worden. Der Bürgermeister, bis zu diesem Monatsbericht einigermaßen zurückhaltend in seinen Darstellungen, ließ sich nun vom patriotischen Pathos treiben. Empörung habe sich in der Bevölkerung verbreitet, und man habe verlangt, Deutschland solle nichts ungenutzt lassen, „um unserem Hauptfeinde, England, den Todesstoß zu geben.“ Als die deutsche Führung den uneingeschränkten U-Bootkrieg erklärt habe, sei das „als eine große Genugtuung empfungen worden.“

Die Darstellung in dem zitierten Bericht weicht erstmals sehr deutlich von der bis dahin üblichen Praxis ab, die Stimmungslage lediglich als Folgewirkung der Lebensmittelversorgung zu begreifen. Wortwahl und Diktion sind von nun an bis zum Kriegsende stärker als früher emotional geprägt. In einigen Passagen wird die Meinung des Bürgermeisters zur Lage an den Fronten von Krieg und Politik überdeutlich. Hier zeigt sich eine große Nähe zu den Ansichten der 1917 auf Betreiben der Obersten Heeresleitung von Admiral von Tirpitz gegründeten „Vaterlandspartei“, die im Sommer 1918 mehr Mitglieder in ihren Reihen vereinigen konnte als die Sozialdemokratische Partei.⁷⁾ Ihr Ziel war die unbedingte Stärkung der auf Annexionen, also Gebietsgewinne, ausgerichteten Volksmeinung. Gerade diese Unnachgiebigkeit sollte die Alliierten nach dem Friedensschluß von Brest-

Litowsk im Frühjahr 1918, der einem erbarmungslosen Diktat Deutschlands gegenüber Rußland gleichkam, zu einer erneuten Mobilisierung ihrer Kräfte ermuntern.

Ein anschauliches Beispiel für die geistige Nähe Tummes' zur Vaterlandspartei bietet der Bericht mit Datum 31. August 1917. Von „unvergleichlichem Heldenmut“ der deutschen Truppen und einem „verzweifelten Gegner“ ist dort zu lesen. Im Entwurf heißt es unter anderem: „So sehr ein baldiger Frieden auch von allen Deutschen erhofft und gewünscht wird, so dürfen doch bei den Endkämpfen innere politische Meinungsverschiedenheiten den Feinden keinen neuen Mut einflößen.“ Für die Reinschrift wurde diese Passage gestrichen. An ihrer Stelle sollten die folgenden Sätze stehen: „Um so unverständlicher ist es, daß im Innern durch politische Meinungsverschiedenheiten der Siegeswille des Volkes geschwächt und die bis jetzt stets hoffnungsvolle Stimmung der Bevölkerung beeinträchtigt wird. Eine großzügige Aufklärung des Volkes täte not darüber, was es bei einem flauen Frieden zu erwarten hätte.“ Der Begriff „flauer Frieden“ steht für einen Friedensvertrag, der keine nennswerten Gebietsveränderungen vorsah. Den Gegensatz bildet der „deutsche Frieden“ (Bürgermeisterbericht vom 8. Mai 1918), bei dem das Deutsche Reich Kriegssieger gewesen wäre und territoriale Zugewinne hätte verzeichnen können, darüber hinaus aber durch die Schaffung halbkolonialer Staaten in Europa zur alles dominierenden Großmacht des Kontinents geworden wäre.

Bezüglich der von Tummes geforderten „großzügigen Aufklärung“ konnte die Stadt auf eine Einrichtung zurückgreifen, die zu eben diesem Zweck am 24. Januar 1917 gegründet worden war. Die Rede ist vom „freiwilligen Hilfsausschuß“. Wieder war es das Militär, das den Anstoß gegeben hatte, indem der General von Gayl mit Datum vom 4. Dezember 1916 einen Aufruf zur Gründung derartiger Zusammenschlüsse herausgab. Im Begleitschreiben heißt es zur Begründung: „Die Verhältnis-

se auf dem Lebensmittelmarkt und die allgemeine Lage lassen es wünschenswert erscheinen, zu besonderen Organisationen – freiwilligen Hilfsausschüssen – alle diejenigen zusammenzuschließen, die geeignet und gewillt sind, durch Aufklärung und Belehrung, mit Rat und Tat in günstigem Sinne auf die Stimmung der Bevölkerung und damit auf eine Besserung der Verhältnisse hinzuwirken. (...) Selbstverständlich ist innerhalb dieser Richtlinien der Schwerpunkt auf schaffende Tätigkeit und namentlich auf gegenseitige Verständigung, nicht aber auf Kritik behördlicher Vorschriften zu legen.“⁹⁾

Zu den ersten Mitgliedern in Gütersloh gehörten u.a. Bürgermeister Tummes, Hauptmann von Doering, Prof. Riechemeyer, die Direktoren Goldstein und Schätzlein und die Redakteure Flöttmann (Gütersloher Zeitung) und Schmäling (Gütersloher Tageblatt). Eine nach der Sitzung vom 7.2.1917 angefertigte Liste weist insgesamt 57 Namen aus, unter ihnen neben den Frauen Mohn und Miele zwölf weitere weibliche Mitglieder.

Gemäß den Empfehlungen des Aufrufs und der unregelmäßig erscheinenden Merkblätter für die Hilfsausschüsse wurden Vorträge, Eltern- und Vereinsabende organisiert. Inhaltlich standen Fragen nach den Kriegszielen der Gegner, aber auch die Aussichten Deutschlands im Vordergrund. Die vom Ausschuß durchgeführten Veranstaltungen sind in der Akte D 81 des Stadtarchivs Gütersloh dokumentiert. Sie zeigen, wie weite Teile der Bevölkerung offensichtlich der holzschnittartigen Argumentation eines Ludendorff (laut Gordon A. Craig „im Ersten Weltkrieg der sicherlich schrecklichste aller Vereinfacher“¹⁰⁾) zu folgen bereit waren.

Stellvertretend sei hier der Vortrag nach dem Bericht der „Gütersloher Zeitung“ vom 19. März 1917 ausschnittsweise referiert. Am Vorabend hatte der Bielefelder Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes, Max Hiemisch, über das Thema „Was steht für den deutschen Arbeiter auf dem Spiel im Falle eines verlustreichen Krieges?“ im Pall-

meyerschen Saal gesprochen. Hiemisch schafft zunächst Vertrauen, indem er einige Wahrheiten ausspricht, die die Bevölkerung und ihre Führer lange Zeit nicht wahrhaben wollten. „Als bei Kriegsbeginn die Engländer riefen, der Krieg dauert drei Jahre, da haben viele Leute gesagt, die sind verrückt und gehören ins Irrenhaus. Heute stehen wir beinahe vor Schluß des dritten Jahres und zu den bisherigen Feinden kommen vielleicht noch neue, die uns bis jetzt freundlich gesinnt waren. Wir sind zu vertrauensselig gewesen. Wer heute die Stimmung mit den Gefühlen der Augusttage 1914 vergleicht, muß sagen, daß eine starke Verflachung eingetreten ist.“

Mit dieser kritischen Betrachtung hat es sein Bewenden, und die Argumentation kehrt zurück in gewohnte Bahnen. „Es wird zuviel kritisiert und verdächtigt, und darum rufe ich: mehr praktische Mitarbeit.“ Dazu gehört, daß keine „Jammerbriefe“ an die Front geschickt werden und die Kriegsziele der Führung hingenommen werden, denn die Führer „wissen, was für die Lebensbedingungen des deutschen Volkes notwendig ist.“ In diesem Krieg steht die Zukunft der deutschen Wirtschaft auf dem Spiel: „Unser Kaufmann darf kein Stiefelputzer Englands werden. Frankreich will als Kriegsziel nicht bloß Elsaß-Lothringen, sondern die Kohlengruben und Hüttenwerke Rheinlands und Westfalens. Rußland will Konstantinopel und ein freies Meer. (...) Wenn das gelänge, würden wir eingekelt am Boden liegen, die Arbeiter und Volksgenossen zum Siechtum¹¹⁾ verurteilt.“ Abschließend ruft der Referent seinen Hörern zu: „Es heißt die Zähne aufeinandergebissen bis zum endgültigen Sieg. Dann wird am deutschen Wesen einst die Welt genesen.“

Der Schlußsatz verweist auf einen weiteren Faktor, der den Durchhaltewillen der Bevölkerung erklärt: der Glaube, zu einem nachgerade „auserwählten Volk“ zu gehören. Seinen frühen Niederschlag, dort noch in appellativer Form, findet dieser Glaube in einem Artikel der „Gütersloher Zeitung“ vom 15. August 1914, in dem „eine innere Reinigung

des Volkes“ angemahnt wird. Begriffe fremdsprachiger Herkunft wie „Café“, „Coiffeur“ oder „Atelier“ sollten dem Willen des Schreibers gemäß durch deutsche Worte, ausländische Waren wie Brüsseler Spitzen und Pariser Korsetts durch deutsche Produkte ersetzt werden: „Deutsche Sachen an die Stelle (...) Wolle Gott, daß wir ihnen noch lehren, den Feinden, an deutschem Wesen und an der deutschen Arbeit Geschmack zu bekommen.“ Der Artikel endet mit dem Aufruf: „Nur Deutsch, rein Deutsch sei die Losung aller Zeit!“

Die Gegner wurden schon zu Beginn des Krieges als Lügner und Betrüger dargestellt – was sicherlich zum üblichen Repertoire der psychologischen Einstimmung der Bevölkerung gehört. Geht man davon aus, daß sich die Wirkung solcher Formeln im Laufe der Zeit abschleift, so müssen neue, zusätzliche Argumente und Parolen gefunden werden. Diese werden besonders dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn sie latent vorhandene Einstellungen und Vorurteile aufgreifen. Solch ein Element war im Zeitalter des Imperialismus der Rassismus, auf den die Propaganda zunehmend zurückgriff, um die behauptete Überlegenheit der Deutschen herauszustellen. Ein besonders anschauliches Beispiel hierfür stellt ein Kommentar dar, der in der Gütersloher Zeitung vom 28. April 1917 erschienen ist. Er setzt sich mit Dauer und Verlauf des Krieges auseinander und beginnt mit den Zeilen: „Wer hätte das am 1. oder 4. August 1914 gedacht, daß wir nicht hundert, sondern tausend Tagen eines Weltkriegs entgegengehen würden, (...) in dem die Gewalt der kriegerischen Aufgaben und die Nöte der Augenblicke auch jedes Heldentum hervortreiben und auf den Plan rufen würden, das in der Edelart unseres Blutes und Seins am tiefsten verborgen schlummern mochte?“ Auf der anderen Seite die Feinde: „Und im Gefolge Englands und Frankreichs marschieren an die Schlachtbank alle farbigen Rassen als Schlichter und Opfer wider uns. Selbst die gelben Anamiten und Tonkinesen tauchen

schüchtern auf; und der Nordamerikaner, der Kriegsheld mit dem Hengstgebiß der Reklame, sucht jetzt gar 50 000 Rothäuter als tomahawkschwingende Reiterei gegen uns in den Sattel zu werfen."

Doch schlimmer noch „im Osten das Tatarentum“. „Es war wie eine Wiederkehr der alten Mongolen- und Tatarenstürme wider Europas Kultur. Empor schien zu fliegen das von streifigem und gestäubtem Haar umwalte Angesicht eines Tamerlan, eines Dschingiskahn. Aber da wuchs zwischen Wald und Schilf der masurischen Seen das Antlitz eines germanischen Riesen empor, ehern, voll Schicksal niederblickend. Hindenburg ist der Name dieses Riesen, mit dem die Wende kam. Auf deutscher Seite scheint das Ringen einem übergeordneten Schicksalsplan zu folgen. „Wie Töpfe sollt ihr sie zerschmeißen“ – diese alte Prophezeiung und göttliche Zusage

schien wieder eingetroffen zu sein...“ Der Kommentator resümiert: „Heil deutschem Heer! Heil deutscher Flotte! Wäre die Welt gut und gerecht genug, Eure unsterblichen Taten zu loben – wir wären gewiß: Dem bisherigen tausendtägigen Krieg müßte dereinst für ein aufblühendes und mächtig immer stolzer hinaus- und hinaufwachsendes Deutsches Reich und Volk ein tausendjähriger Friede folgen.“ Hinauswachsen aber bedeutet Expansion, und Expansion unweigerlich Krieg.

4. Die Depression des letzten Jahres

Im Jahr 1918 entschied sich das Schicksal des Kaiserreichs, und das Kriegsende brachte einen „Schmachfrieden“, wie ihn nur finstere Pessimisten, die viel gescholtene „Schwarzseher“, befürchtet hatten. Von wenigen Wochen der ersten Kriegszeit abgesehen hatten die deutschen Soldaten vier Jahre hindurch

ausschließlich auf fremdem Boden gekämpft, waren die Fronten jenseits der Reichsgrenzen verlaufen. Die ständigen Berichte von mehr oder minder großen Erfolgen der deutschen „Helden“ hatten in der Bevölkerung die trügerische Gewißheit auf das Erreichen eines Siegfriedens genährt.

Das Jahr begann hoffnungsvoll. Im Osten war ein Waffenstillstandsvertrag mit den noch nicht sicher etablierten kommunistischen Machthabern Rußlands abgeschlossen worden, der es nun bald erlauben würde, alle Kräfte im Westen zu konzentrieren. Kommentar der „Gütersloher Zeitung“ am 12. Januar 1918: „Für uns aber ist es die Krönung deutscher Führung, deutscher Tapferkeit, deutscher Siege, deutscher Ausdauer!“ Das Durchhalten hatte sich, wie es schien, gelohnt. Der Bürgermeister formulierte das in seinem Bericht vom 8. Januar mit den Worten: „Heute ist wohl in jedem das Gefühl lebendig: Was jetzt auch noch Schweres kommen mag, niederdrücken kann es uns nicht mehr.“ Am 7. März 1918 meldete Tummes, der Friedensschluß von Brest-Litowsk habe „die Stimmung sehr gehoben und Freude und neue Begeisterung hervorgerufen“. „Mit Zuversicht sieht man (...) sodann auch der bevorstehenden Ereignisse an der Westfront entgegen.“

Man brauchte nicht lange zu warten. Am 21. März begann ein deutscher Durchbruch, in dessen Verlauf eine 60 Kilometer tiefe Ausstülpung in die Front erkämpft wurde. Noch einmal schien ein Sieg möglich. „Der Beginn unserer Offensive, die allgemein als Entscheidungskampf bezeichnet wird, wurde von der Bürgerschaft mit großer Spannung erwartet“, berichtete Bürgermeister Tummes am 5. April 1918 an den Landrat. „Diese Spannung hat sich in helle Begeisterung aufgelöst, als die ersten gewaltigen Siege bekannt wurden. Unserer tapferen Helden draußen, die opfermutig von Sieg zu Sieg eilen, und unserer Heerführer, die Unvergleichliches leisten, wird mit inniger Dankbarkeit gedacht mit der stillen Hoffnung, daß wohl bald das Ende des schweren Krieges herannaht, über dessen glückli-

chen Ausgang wohl kaum noch Zweifel bestehen dürften.“

Sollen die Aussagen der Monatsberichte des Bürgermeisters als Zeugnisse der Stimmungslage in der Bevölkerung dienen, so ist kritische Distanz gefordert. Denn die oben erwähnte subjektive Schau des Bürgermeisters auf die Volksstimmung übersieht oder verschweigt Widersprüche und Stimmungstiefs, so daß der Leser gelegentlich durch einzelne Formulierungen überrascht wird. So durch folgendes Zitat, das dem Bericht vom 8. Mai 1918 entstammt: „Der augenblickliche Stillstand der Kampfhandlungen gibt allerdings den Heimstrategen wieder (!) Gelegenheit zu allerlei unsinnigen Vermutungen. Das Vertrauen, welches unserer obersten Heeresleitung von der Bevölkerung entgegengebracht wird, kann jedoch durch solche Leute heute nicht mehr (!) erschüttert werden.“ Andersherum können diese Sätze doch nur bedeuten, daß sich durchaus immer wieder Zweifel an der Durchsetzbarkeit eines als ehrenvoll empfundenen Friedens breitgemacht hatten, die jedoch der Verdrängung anheimgefallen waren.

Dabei besaß der Bürgermeister alle Informationen, die ihn die trübe Wirklichkeit hätten erkennen lassen müssen. Da war zum einen die innenpolitische Lage einschließlich der immer katastrophaler werdenden Lebensmittelversorgung. Streiks hatten landauf, landab gezeigt, daß die Geduld der Bevölkerung am Ende war. Vielleicht aber hielt Tummes sie wie der kommandierende General von Gayl für das Werk von „böswilligen oder vom Ausland angeworbene Hetzer“ (Gütersloher Tageblatt vom 2. Februar 1918). Immerhin konnte er dem Landrat am 7. Februar berichten: „Arbeitseinstellungen sind hier nicht vorgekommen. Der einsichtiger Teil der Bevölkerung verurteilt die Arbeitsniederlegungen und bezeichnet sie als verantwortungsloses, verbrecherisches Treiben gegen die Kameraden im Schützengraben und gegen das gesamte deutsche Vaterland.“

Daß sich das Reich in einer Dauerkrise befand



Extrablätter aus den Gütersloher Zeitungsdruckereien verkündeten in den ersten beiden Kriegsjahren die Neuigkeiten des Kriegsgeschehens. Hier eine Szene vor der Geschäftsstelle der „Gütersloher Zeitung“ aus dem Rößmann-Verlag in der Kökerstraße. Rund 900 Extrablätter erschienen dort bis Ende 1916. Die Nachrichten wurden in der normalen Zeitungsausgabe spätestens des nächsten Tages ebenfalls abgedruckt.

und auf eine Katastrophe zusteuerte, ließ sich auch den diversen Schriftstücken entnehmen, die sich in der Akte „Geheimberichte“ D 3018 des Gütersloher Stadtarchivs befinden. Das Jahr 1918 hat dort seinen Niederschlag in einer Informationsflut militärischer und ziviler staatlicher Stellen über drohende Streiks, Aufstände, defätistische Agitation usw. gefunden.

Geradezu erschreckend ist ferner die Ignoranz, mit der Tummes noch am 7. September 1918 Siegeszuversicht demonstrierte, obwohl die Nachrichten von der Front ganz andere Signale setzten und selbst die Oberste Heeresleitung Abschied vom Ziel des militärischen Endsieges genommen hatte. „Der seit Ausgang des Monats August eingesetzte Rückzug hat naturgemäß die Gemüter beunruhigt und ist daher die Stimmung sehr gedrückt. Die nunmehr in der Tagespresse einsetzende Aufklärung und die zuversichtlichen Äußerungen unserer obersten Heeresleitung werden wohl bald die Ruhe und den Glauben an den endgültigen Sieg wiederherstellen.“

Das deutlichste Zeichen seines politischen Kredos hinterließ Tummes in seinem Stimmungsbericht vom 4. Juli 1918. Die Entwurfsfassung spricht von weltgeschichtlich beispiellosen Erfolgen des deutschen Heeres, obwohl der deutsche Vormarsch zu diesem Zeitpunkt bereits wieder zum Stillstand zu kommen drohte. Und dann heißt es beschwörend: „Unsere Feinde, die in blinder Wut nicht beachten, wie ihr Land zerstört und die ganzen Völker dem Verderben entgegengehen, werden doch endlich einmal zur Einsicht kommen, daß das deutsche Volk unbesiegbar ist/ und sich seinen Platz an der Sonne nicht streitig machen läßt.“

Der gesamte ursprüngliche Text fiel der Überarbeitung zum Opfer. Nach einigen optimistischen Eingangsworten formulierte Tummes die Endfassung wie folgt: „Dagegen hat die Rede des Staatssekretärs Kühlmann sehr entmutigend gewirkt.“ Gemeint ist der Staatssekretär des Außenministeriums Richard von Kühlmann, den Zeitverhältnissen entsprechend mit einem Außenminister zu

vergleichen. Von Kühlmann war eher um einen Ausgleich der kriegführenden Mächte bemüht gewesen. In einer Reichstagsrede am 24. Juni 1918 hatte er die Meinung vertreten, daß militärische Aktionen allein keinen Frieden bringen könnten und damit vehementen Protest aller konservativen Gruppierungen provoziert, die nun erfolgreich von Kühlmanns Entlassung betrieben. Noch immer glaubten die Anhänger und Sympathisanten der Vaterlandspartei, „daß nur ein ehrenvoller, von uns bestimmter Frieden für das künftige Wohl des Vaterlandes in Frage kommt“ (Monatsbericht v. 6. Juni 1917). Tummes übertrug diese seiner eigenen politischen Meinung entsprechende Argumentation auf die Stimmungslage der Gütersloher Bevölkerung. „Der einfache Mann“, heißt es im Anschluß an das obige Zitat aus dem Bericht vom 4. Juli, „kann sich keinen Reim machen auf die Siegeszuversicht des Kaisers und der obersten Heeresleitung und die das Gegenteil zu atmen scheinende Rede des Staatssekretärs und fragt sich besorgt: Wird uns nicht auch auf politischem Gebiete ein Mann erstehen wie Hindenburg und Ludendorff auf militärischem Gebiete? Wann wird der Retter kommen diesem Land?“ Eine erhebliche Verunsicherung spricht aus diesen Sätzen. Die eigenen Kräfte reichten offensichtlich nicht aus, und es mußte ein neuer Faktor, gleichsam der Joker, ins Spiel kommen, der seine Aufgabe in der Fortsetzung des Krieges mit diplomatischen Mitteln gesehen hätte. Klar ist jedenfalls aus heutiger Sicht, daß es gerade die hier beschworenen „Retter“ auf militärischem Gebiet waren, die einen ehrenvollen Frieden, was immer man darunter verstehen will, letztendlich verhindert haben.

Rückschau und Ausblick

Wie in der Gliederung dieses Aufsatzes bereits angedeutet, lassen sich drei Phasen in der Stimmungslage des Ersten Weltkriegs unterscheiden. In der ersten herrscht ein unkritischer Patriotismus vor, der von einem baldigen deutschen Sieg getragen wird. Die zweite Phase setzt etwa zum Jahresende

1914 ein, als klar wird, daß mit einem baldigen Kriegsende nicht zu rechnen ist. Jetzt ist die vaterländische Stimmung etwas verhaltener, und die „Schwarzseher“ haben erstmals Konjunktur. Nach dem „Steckrübenwinter“ 1916/17 sinkt die Kriegsbegeisterung endgültig auf ein Minimum. Mit dem Winter 1918 setzt die letzte Phase ein, widersprüchlich sowohl in bezug auf den Krieg als auch hinsichtlich der innenpolitischen Lage sowie der Stimmung in der Bevölkerung. Auf allen Gebieten steckt das Reich in einer Sackgasse, der nationale Konsens („Burgfrieden“) ist zerbrochen, eine Perspektive ist nirgends auszumachen. Da ist die durch Einzelerfolge erneut genährte Hoffnung auf den so lange herbeigesehnten Endsieg – ein Begriff, der schon in diesem Krieg üblich ist – die letzte Gemeinsamkeit, die wenn schon nicht alle, so doch die Mehrheit verbindet.

Die Propagandastrategie der politischen und militärischen Führung der Jahre 1914-1918 war ohne Fragen recht erfolgreich. Gerade dieser Erfolg sollte sich verheerend auf die Stabilität der Weimarer Republik auswirken. Die Mär von einer im Felde ungeschlagenen Armee, der vaterlandslose, verbrecherische Elemente den Dolch in den Rücken gestoßen hätten, mußte erhalten, um das Scheitern des imperialistischen Konzeptes und die Fehlkalkulation der Heerführer zu kaschieren. Der Untergang der ersten deutschen Republik, der die Verfechter der Dolchstoßlegende keine Träne nachweinten, war auch das Resultat dieses Selbstbetruges.

Will man das Verhalten der Menschen in diesen leidvollen Jahren verstehen, muß man auf externe und interne Ursachen verweisen. Die deutsche Bevölkerung war einerseits Opfer einer geschickten Propaganda, die die Kriegsereignisse in unverantwortlicher Weise einseitig darstellte, ohne dabei die Fakten eklatant zu fälschen. Sie waren Opfer einer Zeitstimmung, in der sich jedes Volk für besonders berufen fühlte und Weltmachtstreben als oberstes Ziel aller Industriestaaten galt. Umgekehrt waren die Deutschen Opfer ihrer ex-

tremen Autoritätsgläubigkeit. Denn obwohl die Presse relativ frei über das Kriegsgeschehen und die innenpolitischen Diskussionen informierte, wurden unliebsame Nachrichten von der Mehrheit ignoriert. Man erinnere sich an den Bericht von der Rückeroberung von Verdun oder die Rede von Kühlmanns vor dem Reichstag, deren wichtigste Passagen auch in den Gütersloher Zeitungen zitiert worden waren, so daß das Konzept des Verständigungsfriedens durchaus bekannt gewesen ist. Die Bevölkerung ist ferner Opfer ihrer Leichtgläubigkeit geworden. Schließlich war es angenehmer, den politischen und militärischen Führern blind zu vertrauen, als die angebotenen Informationen selbst zu bewerten – und mit welchen Maßstäben sollte das auch geschehen? Vor allem aber: wer fühlt sich nicht erhoben, wenn ihm bescheinigt wird, Mitglied eines ganz besonderen Volkes zu sein, das über allen anderen in der Welt steht?

Es muß indes auch festgehalten werden, daß die Gütersloher keineswegs kriegslüster waren. Vielen war klar, daß ein Krieg immer Sorgen, Nöte und menschliches Leid mit sich bringt, selbst wenn der Vormarsch nach Plan verläuft. Immer wieder wies der Bürgermeister in seinen Berichten auf den allgemeinen Wunsch hin, zur „Normalität“ zurückzukehren. Unabhängig davon bewiesen die Gütersloher wieder einmal ihre Treue zum Monarchen: eine Streikbewegung wie in Bielefeld hat hier nicht Fuß fassen können.

Vergleicht man die Kriegsziele des Ersten Weltkriegs mit denen des Zweiten, so fällt eine Reihe von Parallelen auf. Der Gefreite aus Braunau wollte – so scheint es – den Ersten Weltkrieg zu jenem erfolgreichen Ende führen, das die seinerzeitigen Führer nicht erreicht hatten. Sie waren, so die Behauptung, an einem vor allem in der Heimat zu schwach ausgeprägten Kampfeswillen, der durch ideologische Zwistigkeiten und eine zu offene Informationspolitik zersetzt worden war, gescheitert. Hitler zog die Konsequenzen. Er schaltete Staat und Gesellschaft gleich und

funktionierte die Presse und den aufstrebenden Rundfunk zu bloßen Werkzeugen der NS-Propaganda um. An die Stelle kanalisierter und manipulativer Informationsweitergabe trat die Lüge – und wieder ließen sich allzu viele Deutsche willentlich täuschen. Erst die Katastrophe eines verwüsteten Europas mit dem zerschlagenen Deutschland in seiner Mitte öffnete ihnen die Augen für die Erkenntnis, daß Expansion im Zeitalter des industrialisierten Krieges im Untergang endet.

Anmerkungen

1) Gütersloher erzählen Geschichte, hg. von der Stadt

- Gütersloh, Gütersloh 1985, S. 45-69.
 2) Die Fundorte der zitierten Quellen werden nach Möglichkeit im Text angegeben.
 3) Die Darstellung beschränkt sich weitgehend auf den westlichen Kriegsschauplatz.
 4) Gütersloher Zeitung vom 5., 6. und 8. August 1914 sowie Gütersloher Tageblatt vom 11. August 1914.
 5) Geheimakten 1913-1917, Stadtarchiv Gütersloh, D 3019.
 6) Stadtarchiv Gütersloh, D 75.
 7) Gordon A. Craig, Deutsche Geschichte 1866-1945, München 1980, S. 339.
 8) Stadtarchiv Gütersloh, D 81.
 9) Craig, S. 343.
 10) Im Original steht „Siegturn“, doch geht aus dem Zusammenhang zweifellos die hier zugrundegelegte Bedeutung hervor.

Das Kriegswahrzeichen auf dem Rathausplatz 1915 bis 1917

von Stephan Grimm

Die Monate vor der Einweihung am 21. Oktober 1915

Die Heeresgruppen der deutschen Truppen und ihrer Verbündeten Bulgarien und Österreich-Ungarn übermittelten nach wie vor militärische Erfolge vom östlichen Kriegsschauplatz in Rußland und auf dem Balkan. Im Westen wurden die Kämpfe gegen England und Frankreich mit Angriffen auf London und Ipswich durch Marineluftschiffe fortgesetzt (bis zum 20. Oktober des Jahres wurden 44 englische Dampfer, insgesamt 144.977 Registertonnen, durch U-Boote und Minen versenkt), die französischen Truppen unternahmen trotz des Einsatzes erheblicher Mengen von Kriegsgüter vergebliche Durchbruchversuche in der Champagne ¹⁾, doch war der Weg zu einem entscheidenden Erfolg nicht in Sicht. Tatsächlich waren die Fronten im Westen und im Osten seit Ende 1914 zu einem Stellungskrieg erstarrt ²⁾.

Im Gegensatz zum Vorjahr war im Volk die „vaterländische Begeisterung der ersten Augusttage, einen Kampf um die Verteidigung seines Lebens und seiner Rechte“ ³⁾ zu führen, weitgehend abgeflaut. Ein Ende des Krieges war nicht abzusehen und mit einer baldigen und gesunden Heimkehr der Männer nicht mehr zu rechnen.

Seit Ausbruch des Krieges im August 1914 waren auch die ersten Gefallenen aus Gütersloh zu beklagen ⁴⁾. Die Angehörigen trösteten sich mit der Gewißheit, daß sie aus Liebe und Pflichtbewußtsein gegenüber Familie und Vaterland ihr Leben geopfert hatten, doch neben Trauer und Schmerz kam die Bewältigung der zunehmenden Kriegsnot hinzu.

Erste Hilfsmaßnahmen

Die akuten Ernährungsprobleme in Stadt und Land hatten das „nationale Pathos der ersten Kriegsbegeisterung“ längst verdrängt ⁵⁾. Mit

dem Beginn der englischen Blockade der Nordsee für Handelsschiffe im November 1914 und der Aufhebung der Freiliste im Frühjahr 1915 nahmen die Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung im importabhängigen Deutschen Reich gravierend zu. Erste Durchhalteparolen und Begriffe wie „Hungerblockade“ und „Heimatfront“ ⁶⁾ kamen auf. Die unterlassene Kriegsvorsorge auf dem Ernährungssektor traf die Zivilbevölkerung jetzt mit unverminderter Härte. Mit der Ausgabe von Brotkarten am 21. Februar 1915 erreichten die Kriegsfolgen auch die ländlichen Gebiete ⁷⁾.

Daneben bestanden Sorge und Verpflichtung zur Unterstützung der im Felde stehenden Männer und Söhne. Seit dem letzten Winter wurden Strümpfe, Leibbinden, Decken und gebrauchte Kleidungsstücke hergestellt und zusammengetragen, die Verwundeten in den Lazaretten erhielten Brot, Fett, eingemachtes Obst und Gemüse, für die Heeresverwaltung wurde Goldgeld für Auslandskäufe gesammelt, Gegenstände aus Kupfer, Nickel, Zinn, Aluminium und Blei, u.a. Kronleuchter, Statuen, Vasen, Knöpfe, Röhrlampen und Kupferkessel wurden beschlagnahmt bzw. an der „Metallstelle“ abgeliefert ⁸⁾. Die zweite und dritte Kriegsanleihe vom Februar und September 1915 erbrachten in Gütersloh stattliche Summen ⁹⁾ und stellten die hohe Opferbereitschaft der Bevölkerung unter Beweis.

Am 1. März 1915 hatte die Stadtverordnetenversammlung die Aufnahme eines Kredites bis zu 150.000 Mark für den Ankauf von Lebensmitteln bewilligt, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen ¹⁰⁾. Darüberhinaus beabsichtigte der Magistrat zur Deckung der Ausgaben der Kriegswohlfahrtspflege die Aufnahme einer Anleihe von 100.000 Mark bei der städtischen Sparkasse ¹¹⁾.

Eine weitere Möglichkeit der Geldbeschaffung bot sich in der Errichtung von sogenann-

TECHNIK IM HAUSHALT

VERKAUF UND REPARATUR

ELEKTRO DER PREIS STIMMT IMMER ZIMMER

Köckerstraße 8 · 4830 Gütersloh
Tel. (05241) 28886

Kundendienst: Tel. (05241) 28855









ten Wahrzeichen, die an „die großen Männer unserer Tage und an große geschichtliche Augenblicke des Weltkrieges“¹³⁾ erinnern sollten. Diese „eisernen Denkmäler“ waren zur Nagelung bestimmt und bereits in anderen Städten aufgestellt worden¹⁴⁾.

Planung und Bau des Wahrzeichens

Zur Verwirklichung des Projekts wurde ein Komitee gebildet, dessen Arbeitsausschuß bekannte und angesehene Männer der Stadt angehörten: Ratsherr Dr. Hugo Brinkmann, Stadtverordnetenvorsteher Wilhelm Wolf, Holzhändler Hermann Diestelkamp, Oberlehrer Dr. Hans Richter und Architekt Friedrich Viemann.

Letzter fertigte auch einen Entwurf des Denkmals an, dessen Sinn in den Bestandteilen der Säule zum Ausdruck kommen sollte¹⁵⁾:

Auf der Spitze eines 42 cm Geschosses sitzt ein kämpfender Adler, der den Krieg darstellen soll. Mit einem Schwert in den Klauen verteidigt er die daran befestigte deutsche Fahne. Das ca. 150 cm lange Geschöß soll die Zeit darstellen und trug an seiner Hüfte die Jahreszahl 1914/15. Das Hauptmotiv bildet ein aus Holz geschnitzter Eichenkranz, dessen Blätter und Früchte in Mannshöhe angebracht und zur Nagelung vorgesehen waren.

Die für das Einschlagen eines Nagels zu entrichtende Spende für die Geschädigten des Krieges in der Stadt Gütersloh sollte „in Form der höchsten Auszeichnung, die wir für unsere Helden haben, nämlich die Eichenblätter, dargebracht werden“. Auf den senkrecht verlaufenden Bändern des Kranzes waren die Namen Kaiser Wilhelm II sowie bekannter Generale, u.a. Tirpitz, Hindenburg und Mackensen, ebenfalls zu benageln. Unterhalb des Eichenkranzes befand sich umlaufend die Inschrift „Unseren tapferen Helden“, womit bekundet werden sollte, daß „unsere Bürgerschaft eine Dankesschuld abtragen will für all die Helden, welche fern von den Lieben mitten im Kampfgewühl ihr Leben dem Vaterlande als Opfer dargebracht (haben)“¹⁶⁾.

Am Fuß der Säule lehnte eine Wappentafel mit

den städtischen Farben. Das Ganze stand auf einem quadratischen Sockel und hatte eine Gesamthöhe von ca. 280 cm.

Die Tischlerarbeiten führte die Fa. Ohlbrock & Landwehr, Kökerstraße Nr. 17, aus, die Bildhauerarbeiten fertigte Wilhelm Bleich, Schulstraße Nr. 4 an. Fuß und Geschöß stellte der Dreher Hanke bei der Fa. Miele & Co. her. Die Malerarbeiten wurden kostenlos von Arnold von Recklinghausen, Bismarckstraße Nr. 13 und August Brocke jun., Königstraße Nr. 15 ausgeführt.

Um dem Denkmal einen entsprechenden Rahmen zu geben, ließ man durch den Bauunternehmer Adolf Schlöpmann einen Rundtempel mit sechs Säulen bauen und auf dem Platz vor dem Rathaus, direkt vor der Polizeistation im Erdgeschöß, aufstellen. Dort sollte das Wahrzeichen auf einem Podium stehen, zu dem drei Stufen hinaufführten.

Die Eindeckung der Kuppel nahm der Dachdeckermeister Wilhelm Volland vor, die Spannarbeiten führte der Sattlermeister Friedrich Schlink aus. Die Stoffe, blau für die innere- und kupferfarben für die Außenbespannung der Kuppel, stiftete die Fa. Greve & GÜth. Ringsum waren kleine Lämpchen für die abendliche Beleuchtung angebracht. Im Vordergrund sollte eine kleine Hecke gepflanzt werden.

Zur Vervollständigung des feierlichen Szenariums wurden vor dem Hintergrund des Rathausnebengebäudes die Flaggen der Kriegverbündeten Bulgarien, Türkei und Österreich-Ungarn aufgezogen.

Der Einweihungstermin wurde auf Donnerstag, den 21. Oktober 1915, festgesetzt. An diesem Tag sollte der 500-jährigen Herrschaft der Hohenzollern im Deutschen Reich gedacht werden, die 1415 mit der Huldigung des Burggrafen Friedrich VI. von Nürnberg durch die Stände der Mark Brandenburg als ihren neuen Herrn und Kurfürsten begann¹⁷⁾.

Aufgrund einer Anordnung Kaiser Wilhelm II. sollte sich das Jubiläum auf eine Feier in den Schulen und am nächsten Sonntag auf eine kirchliche Feier beschränken. Daher konnte,

wie das „Gütersloher Tageblatt“ in einem Sonderbericht am 20. Oktober 1915 schrieb, „kaum ein geeigneterer Tag für die Einweihung des Gütersloher Kriegswahrzeichens gefunden werden“.

Das Denkmal wird eingeweiht

Letzte Meldung aus den Kriegsgebieten vor der Einweihung mit dem Sonderblatt der „Gütersloher Zeitung“ vom 20. Oktober 1915, ausgegeben um 4.15 Uhr nachmittags: „Erkundigungs-Vorstoß in der Champagne: 4 Offiziere, 364 Mann gefangen, 3 Maschinen-Gewehre, 3 Minenwerfer und viel Gerät erbeutet.“

Balkan-Kriegsschauplatz: 2000 Serben gefangen, 12 Geschütze erbeutet. Bulgarische Truppen setzten sich durch schnelles Zuffassen in den Besitz der Sultan Tepe...“

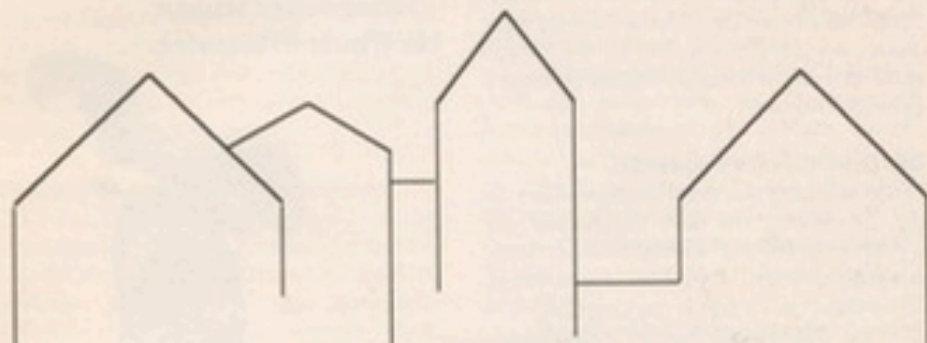
Unter der Überschrift „Weihe und Übergabe des Gütersloher Kriegswahrzeichens“ berichtete das „Gütersloher Tageblatt“ am 21. Oktober 1915 folgendes:

„Ein herrlicher sonniger Herbstmorgen war dem heutigen Hohenzollern-Jubiläumstag beschieden... An den Häusern unserer Stadt zeigt sich reicher Flaggenschmuck und frohe, festlich gestimmte Menschen durchwanderten am heutigen Vormittag die Straßen, ihren Weg nehmend zum Rathausplatz... Ohne Schwierigkeiten und in bester Ordnung vollzog sich hier die Aneinanderreihung von Vertretungen der Behörden, von geladenen Gästen, von Vereinen und Schulen, welche letztere ihre Fahnen mit sich führten und so zur Belebung des Platzes wesentlich beitrugen. (...) Unter den Gästen befand sich von auswärts Herr Landrat Klein aus Wiedenbrück und als Vertreter des hiesigen landsturmabteilungen war Herr Oberstleutnant von der Groeben zugegen. Die Kriegsverwundeten der beiden hiesigen Vereinslazarette hatten ihren Platz unmittelbar vor dem Kuppelbau, während der Männerchor des Seminars, der Posaunenchor des Gymnasiums und der Mädchenchor des Lyzeums die Aufgangstreppe zum Rathause besetzt hielten.“

Kriegswahrzeichen der Stadt Gütersloh.



Die Feier begann kurz nach 10.30 Uhr mit einem Bläserchoral und dem Männerchor „Gebet für den König“. Anschließend übergab der Stadtverordnetenvorsteher Wilhelm Wolf das noch verhüllte Kriegswahrzeichen der Stadt, indem er dazu aufrief, angesichts der Kriegsnöte miteinander und füreinander zu sorgen, der Kämpfer im Felde zu gedenken und die Namen der „glänzenden Führer in den Eichenkranz einzuhämmern...“



GRABENHEINRICH

Kunsthandel und Galerie

Mit dem Namen Grabenheinrich verbinden Sie bisher Kunsthandel, Spezialwerkstatt für Buchbinderei und Bildrahmung.

Seit nun schon 10 Jahren verkaufen wir Kunstgegenstände, Originalgemälde, Druckgrafiken und Reproduktionen verschiedener Stile, von klassisch bis modern.

In unserer Werkstatt werden Bilder in guter handwerklicher Tradition gerahmt, wobei wir aus einem gutsortierten Lager unterschiedlichster Rahmenhölzer schöpfen können.

So weit, so gut – Was neu ist:

Seit Oktober 1989 gibt es zusätzlich, drei Häuser weiter, die Galerie Grabenheinrich.

Hier werden Einzelausstellungen diverser Künstler verschiedener Stilrichtungen präsentiert, Werkstattgespräche und Kunstaktionen durchgeführt.

In unregelmäßigen Abständen wird »Kunst zum Anfassen« stattfinden: Das Publikum hat Gelegenheit, dem Künstler über die Schulter zu sehen, ihn bei seiner Arbeit zu beobachten.

Beratung und Verkauf im Ladengeschäft Kökerstr. 5
Ausstellungen in der Galerie Kökerstraße 13.

Grabenheinrich GmbH · Kökerstr. 5 · 4830 Gütersloh
☎ 0 52 41 / 2 94 50

Nach dem Fallen der Hülle und dem Mädchenchor „Rauschet ihr Eichen“ Übernahme der Beigeordnete der Stadt, Dr. Brinkmann, für den in Belgien stehenden Bürgermeister Tummes das Wahrzeichen „in die Obhut und das Eigentum der Stadt Gütersloh“. Er äußerte den Wunsch, daß „jeder, der hier vorbeikommt, recht tüchtig ist und oft den Hammer schwingen und so mit dazu beitragen (werde), die Notstände zu mildern...“ Seine kurze Ansprache endet mit einem Dank an den Kaiser, der stets „sein Augenmerk darauf gerichtet hatte, bei allen Bestrebungen für den Frieden (...) das Heer schlagfertig zu erhalten (...), daß es jetzt imstande ist, gegen eine Welt von Feinden siegreich vorzudringen...“

Das „Gütersloher Tageblatt“ fährt fort: „An das begeistert aufgenommene Kaiserhoch und das von allen Festteilnehmern gesungene ‚Heil Dir im Siegerkranz‘ reichte der Mädchenchor das Lied: ‚Dem Kaiser sei mein erstes Lied‘. In programmäßiger Folge lauschte man sodann der Festrede, welche von einem echt deutsch-patriotischen Geiste durchweht war und von Herrn Gymnasial-Oberlehrer Dr. Richter (...) gehalten wurde...“

Zu Beginn charakterisierte der Redner den Krieg als die „furchtbarste und die erhabenste Erscheinung im Völkerleben“, schrecklicher Stärke, Verleumdung, Haß und Grausamkeit steigere“, andererseits aber auch die „edlen Eigenschaften im Menschen wie heldenhafteste Taten, kühner Mannesmut, unverzagte Todesverachtung“ etc. wecke. Den Hauptteil bildete ein kurzer Abriss der Geschichte des Hauses Hohenzollern. Ausgehend von dem ersten Hohenzoller und Kurfürsten Friedrich I. (als Friedrich VI. ehemals Burggraf von Nürnberg, 1371-1440, S.G.) in der Mark Brandenburg („schlichter Amtmann Gottes“), hob er die besonderen Eigenschaften der aus dem Hause hervorgegangenen Könige als „Führer und Erzieher ihres Volkes“ hervor: den Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, („Ich will meine Regierung so führen, daß ich dabei nicht meinen eigenen, sondern

meines Volkes Nutzen im Auge habe“), Friedrich II., der Große, („Ich bin des Staates erster Diener“), bis hin zu Kaiser Wilhelm II. In dem Königtum der Hohenzollern sei die „altgermanische Königs-idee wieder lebendig geworden, die Idee der Gefolgstreue und der nie versagenden Fürsorge des Herren für seine Mannen...“

Auf diese Weise vollzog der Redner den Weg der Einigung des deutschen Volkes über den Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht nach, den er mit der Feststellung bekräftigte, daß „der Weltkrieg den langen Entwicklungsprozeß unserer Einigung zum Abschluß gebracht habe“. Das jetzt zu begehende Jubiläum finde in einem „bedeutungsschweren Augenblick“ statt, wo „all die Arbeit, die Mühe und der Fleiß von 500 Jahren vernichtet zu werden droht“.

Mit patriotischen Aufrufen („Noch muß der deutsche Aar sein Heiligtum verteidigen“) und einem dreimaligen Hochleben des Herrscherhauses, des Heeres und des Vaterlandes endete die emphatische Rede, die von der begeisterten Menge mit dem Deutschlandlied beschlossen wurde¹⁾.

Der Gütersloher Fotograf Hermann Goldbecker hielt die Reden in Bildern fest, die am nächsten Tage als Postkarten für 20 Pfennige zu kaufen waren²⁾.

Die ersten goldenen Nägel werden eingeschlagen

Im Anschluß daran schlugen der Beigeordnete Dr. Brinkmann, Landrat Klein, Oberstleutnant von der Groeben und der erste Beigeordnete Fritz Güth die ersten „auf Damenband bereitgehaltenen“, goldenen Nägel ein. Der Posaunenchor spielte unterdessen den Fanfarenmarsch, den Lemberger Einzugsmarsch und weitere patriotische Weisen.

Die vorerst auf unbestimmte Dauer vorgesehenen Nagelungen waren bis ins einzelste kalkuliert worden. Für das Erreichen einer Gesamtsumme von 17.600 Mark war das Einschlagen von insgesamt 2000 goldenen, 1000

silbernen und 18.000 eisernen Nägeln erforderlich, die Stückpreise lagen bei 2 Mark für einen goldenen, 1 Mark für einen silbernen und 20 Pfennigen für einen eisernen Nagel. Das Einschlagen eines Nagels nahm ungefähr 1 Minute in Anspruch, so daß zunächst täglich, außer sonntags, vier Stunden festgesetzt wurden, von 11-13 Uhr und von 15-17 Uhr.

Die Redaktion des „Gütersloher Tagesblattes“ hatte folgendes berechnet: „Da in einer Stunde höchstens 60, an einem Tage 240 Nägel eingeschlagen werden könnten, so würde die Nagelung der 30.000 Nägel rund 125 Tage oder vier Monate in Anspruch nehmen. Zum Beispiel würde das Band mit der Inschrift „Wilhelm II“, das 235 goldene und 1465 silberne Nägel erfordert, 1935 Mark kosten und 7 Tage bei vierstündiger Nagelung bedürfen. Ein kleines Eichenblatt mit 390 eisernen Nägeln würde 78 Mark (kosten S.G.) (und) nur 6 1/2 Stunden beanspruchen, während ein großes Blatt von 770 Nägeln 154 Mark (einbringen S.G.) und 12 3/4 Stunden Zeit in Anspruch nehmen wird...“¹⁹⁾

„Die goldene Wehr des Reiches“

Sonderblatt der „Gütersloher Zeitung“ vom 21. Oktober 1915, ausgegeben um 5.45 Uhr nachmittags.

„Das Dünaufer von Borkowitz bis Bersemünde genommen! 1725 Russen zu Gefangenen gemacht, 6 Maschinengewehre erbeutet...

Balkan-Kriegsschauplatz: Die Verbündeten folgen auf der ganzen Front den weichenden Serben...“

Sicher nicht unbeeinflusst durch die täglich neuen – und realistisch gesehen, völlig überbewerteten – Erfolgsmeldungen aus den Frontabschnitten, nahmen die Gütersloher in den ersten Tagen nach der Einweihung durchaus rege das Angebot der Hilfeleistung durch Nagelung des Wahrzeichens wahr²⁰⁾. Die in den folgenden Tagen und Wochen regelmäßig in den Lokalzeitungen veröffentlichten Spendeneingänge und Aufrufe legen die Vermutung nahe, daß die Bedeutung des Wahr-

zeichens für die Kriegswohlfahrtspflege wachzuhalten sei und die Gebefreudigkeit angefaßt werden müsse. Meldungen über an die Redaktionen der Lokalzeitungen eingesandte Beiträge von Kriegsteilnehmern aus Gütersloh, zum Teil von nur einer oder zwei Mark, standen gleich an erster Stelle der Lokalnachrichten. Die Eintragung des Spenders in das neben dem Wahrzeichen ausliegende Spenderbuch wurde ausdrücklich erwähnt und das Einschlagen der entsprechenden Nägel mitgeteilt.

Bis zum 30. Oktober wurden 2337 Mark gesammelt²¹⁾, ein Zehntel der angepeilten Summe, aufgrund der Erwartungen bei der in den ersten Tagen gezeigten Spendenfreudigkeit zu wenig. Man erhoffte sich daher von dem Vorschlag, daß Familien zusammen einzelne Buchstaben stifteten und sich Verbände, Vereine und Schulen zusammenschließen und bestimmte Teile des Kriegswahrzeichens, etwa ein Blatt, benageln sollten, eine möglichst rasche Verbesserung der Einnahmen. Auch eine Änderung der festgesetzten Nagelungszeiten von jetzt wochentags 6-8.30 Uhr und 12-14.30 Uhr, wurde vorgenommen. Seit Anfang November war mit der Nagelung auch eine Goldsammlung verbunden. Jeder Spender von 20 Mark in Gold erhielt den vollen Betrag gewechselt und außerdem einen silbernen Nagel, für 10 Mark in Gold gab es zwei eiserne Nägel gratis. Es galt der Grundsatz: „Die goldene Wehr des Reiches muß nicht minder stark sein als die eiserne“²²⁾.

Anfang November veröffentlichte das „Gütersloher Tageblatt“ zwei Gedichte der Gütersloherin Marie Vorderlandwehr (1879-1948)²³⁾. Die vierte und fünfte Strophe ihres „Nagelungsliedes“, das nach der Melodie „Wer will unter die Soldaten“ zu singen war, lauteten folgendermaßen:

„Wenn umgibt der Nägel Masse
unser Ehrenmal gar hart,
ei, so füllt sich auch die Kasse
für des Landes Kriegswohlfahrt.
Wie die Helden immerdar

draußen trotzen der Gefahr,
also steuern wir im Land
jeder Not mit milder Hand.

Darum nageln Groß und Klein,
wem ein deutsches Herze schlägt.
Alle Schulen und Vereine,
wo man deutsche Treue hegt,
jeder Hammerschlag ein Dank,
jeder Schlag ein Liebesklang.
Später keiner möcht, ich wett'
daß er nicht genagelt hätt‘.“

Am Sonntag, den 7. November, wurden für 444,80 Mark Nägel verkauft, der Sammlungsertrag erhöhte sich auf rund 4000 Mark²⁴⁾. Der Gardeverein, der an diesem Tage um 2 Uhr nachmittags geschlossen zur Nagelung angetreten war, wandte allein schon 163 Mark auf. Am darauffolgenden Sonntag waren die Einnahmen nur mäßig, lediglich für 156 Mark wurden Nägel erstanden. An der Wocheneinnahme von 1232,81 Mark hatten verschiedene Schulklassen den größten Anteil, am Freitag nagelte die Schule Blankenhagen III mit 66 Kindern, von denen zwei Drittel einen goldenen Nagel einschlugen²⁵⁾.

Keine Lust zum Nageln

Das letzte veröffentlichte Sammelergebnis stammt von Montag, dem 29. November 1915. Am vorhergehenden Sonntag versammelten sich Mitglieder des Landwehr-Vereins, Marine-Vereins, Turn-Vereins, Beamten-Vereins, Kommunalbeamten-Vereins und des Lokomotivbeamten-Vereins und schlugen Nägel für insgesamt 686 Mark ein. Die Gütersloher Bank bewilligte zudem einen Betrag von 100 Mark. Zusammen mit dem Ergebnis der Vorwoche von ca. 780 Mark betrug das bisherige Gesamtergebnis 6192 Mark.

Um das gesteckte Ziel von 17.600 Mark zu erreichen, mußten noch über 10.000 Mark vernagelt werden²⁶⁾.

Das überraschende Stocken und gänzliche Ausbleiben weiterer Nachrichten über (Erfolgs-) Ergebnisse in den Zeitungen läßt dar-

auf schließen, daß das Erreichen des Einnahmezieles für immer unwahrscheinlicher gehalten wurde.

Bis zum Jahresende berichteten die Zeitungen noch ein- bis zweimal in der Woche über eingegangene Spenden von Soldaten und Nagelungsaktionen von Vereinen. In den Zeitungen des Jahres 1916 fand sich gerade noch eine Meldung über den Eingang einer Spende von 22,50 Mark²⁷⁾. Trotz wiederholter Aufrufe zu Opferwilligkeit wurden die Spendeneingänge bei zunehmender Kriegsdauer und ausbleibenden Siegesmeldungen spärlicher. Idealismus und Siegeszuversicht wichen dem täglichen Existenzkampf und der Fürsorge für die Angehörigen.

Anläßlich der Stadtverordnetenversammlung vom 9. November 1916 regte der Stadtverordnete Otto Bartels – außerhalb der Tagesordnung – an, „dem Kriegswahrzeichen vor dem Rathaus wieder einen würdigen Schmuck geben oder es abbrechen und im Rathaus aufstellen zu lassen, bis wieder mal Lust zum Nageln vorhanden sei“. Der Vorsitzende Wilhelm Wolf sprach sich für die Wiederherstellung des Schmuckes aus, „da doch mal wieder Ereignisse wie Sieg oder dergleichen eintreten könnten, bei denen man der Freude durch Nageln Ausdruck zu geben wünsche“. Der Stadtverordnete Carl Stahl beantragte, „daß die zuständige Kommission sich etwas mehr bemühe; man verstehe nicht, daß die Sache so habe einschlafen können, da die Gebefreudigkeit hier doch wohl groß genug sein“. Das Kommissionsmitglied Wolf bemerkte dazu, „daß es die Kommission an nichts habe fehlen lassen, die Mühe sei aber zuletzt ohne Erfolg geblieben...“²⁸⁾.

Zertrümmert und vergessen

Weitere Nachrichten über das Kriegswahrzeichen fehlen. Die Vermutung liegt daher nahe, daß der bereits erwogene Abbruch im Laufe des Jahres 1917 ausgeführt worden ist. Ohne Aufsehen verschwand das Denkmal aus den Augen der Bevölkerung, die von Kriegsmüdigkeit, Enttäuschung, Trauer

und Friedenssehnsucht erfüllt war und in dem Wahrzeichen und weiteren „Nagelspenden“ keinen Sinn mehr sah⁷⁹⁾.

Bei Umbauarbeiten im Theater an der Barkeystraße im Jahr 1984 fand der Ingenieur Helmut Raumann auf dem Dachboden ein Bruchstück des Kriegswahrzeichens wieder. Das 33 x 38 cm große, mit zahlreichen Nägeln versehene Bruchstück zeigt vier Buchstaben des Namens Tirpitz sowie zwei Eichenblätter und Eichen des Kranzes. Siebzig Jahre später wiederfuhr somit zumindest einem Teil des ehemaligen Gütersloher Kriegswahrzeichens eine außergewöhnliche Beachtung: es wurde restauriert und vollständig dem örtlichen Heimatverein für das von ihm geplante Stadtmuseum übergeben⁸⁰⁾, das es als ein wertvolles Stück der Stadtgeschichte und Dokument eines Krieges aufbewahrt, dessen vielfaches Leid und weitreichende Folgen auch für die Gütersloher damals unabsehbar waren.

Anmerkungen:

1. Stadtarchiv Gütersloh (StadtA GT); Extra- und Sonderblätter der Gütersloher Zeitung (GZ) 1914-1916, Gütersloh; Flötmann Verlag; Kriegsdepeschen der Kölnischen Zeitung 1915 ff.; Amtliche Kriegs-Depeschen nach Berichten des Wolffschen Telegraphen-Bureaus, 2. Band (1. Februar 1915 bis 31. Juli 1915), 3. Band (1. August 1915 bis 31. Januar 1916), Nationaler Verlag Berlin;
2. Daten zur militärischen Entwicklung in: Jochen Schmidt-Liebich, Deutsche Geschichte in Daten, Band 2: 1770-1918, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag (dtv), 1981, S. 330 ff.; Günther Mai, Das Ende des Kaiserreichs: Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg, dtv 1987;
3. Karl Dietrich Erdmann, Der erste Weltkrieg, dtv 3, Aufl. 1982, aus der Reihe: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9. bearb. Auflage, hrsg. von Herbert Grundmann, Band 18, S. 90
4. Der erste Gefallene aus Gütersloh war der Ulan Wilhelm Flachmann (+ 1894 + 10. August 1914 im Reservelazarett Eupen, beerdigt in seiner Heimatstadt). Ein im Stadtarchiv befindliches Verzeichnis der Gefallenen aus Gütersloh (Akten Sign D 768) kennt 585 Namen, andere Listen geben weniger (405) bzw. mehr (604 und 613) an.
5. Anne Roerkohl, Hungerblockade und Heimatfront - Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des ersten Weltkriegs, Franz Steiner Verlag Stuttgart, 1991, S. 15
6. Bezeichnung für die Blockadepolitik der Alliierten als Völkermordverletzung und inhumanes Mittel der Kriegführung (Roerkohl)

7. Im Ersten Weltkrieg lernten die Gütersloher zu hamstern, in: „Die Glocke“ vom 10. November 1984
8. Hermann Goldstein, Gütersloh im Kriegsjahre 1915, in: Die Heimat in Wort und Bild, Beilage zur Westfälischen Zeitung/GZ, 9. Jahrgang, Nr. 3, März 1936
9. ebd. Die zweite Anleihe erbrachte 5 237 000 Mark, die dritte Anleihe 6 109 117 Mark.
10. Ratsprotokoll vom 1. März 1915
11. Beschluß im Ratsprotokoll vom 26. November 1915
12. Sonderbericht „Das Kriegswahrzeichen in Gütersloh“, in: „Gütersloher Tageblatt“ (GTB) vom 20. Oktober 1915
13. Nicht alle Denkmäler waren für Nagelungen bestimmt. In Bielefeld stand ein „Eisener Wehrmann“, in Hamm wurde ein Standbild des Stadtgründers, der „Eiserne Graf Adolf von der Mark“, aufgestellt, das von dem Dösselderer Bildhauer Fleischacker angefertigt und aus Spenden wohlhabender Hammer Bürger finanziert wurde (GTB vom 11. November 1915). In Lüttich wurde am 5. Dezember 1915 der „Eiserne Emrich“ aufgestellt, eine Relieftafel mit Bildern des Eroberers der Stadt vom 7. August 1914, des Generals der Infanterie Otto vom Emrich (* 1849 in Minden, + 22. Dezember 1915 in Hannover). Anlässlich seines Todes berichtete das GTB in seinen Ausgaben vom 23. und 27. Dezember 1915 ausführlich über diesen Mann, der den ersten großen militärischen Erfolg Deutschlands im Kriege errang.
14. Beschreibung in: GTB vom 20. Oktober 1915
15. GTB vom 20. Oktober 1915, siehe auch: Gütersloher erzählen Geschichte, hrsg. von der Stadt Gütersloh, zusammengestellt und kommentiert von Günter Beine, Flötmann Verlag Gütersloh, 1985, S. 57
16. GTB vom 20. Oktober 1915; siehe auch: Geschichte der deutschen Länder - Territorien, Ploetz-Band 1, Verlag Ploetz, Würzburg 1964, S. 524
17. Die vollständigen Fassungen der Rede Dr. Richters und der Ansprachen seiner Vorgänger in: GZ vom 21. Oktober 1915 und GTB vom 21. Oktober 1915
18. GTB vom 22. Oktober 1915
19. GTB vom 20. Oktober 1915
20. GTB vom 23. Oktober 1915
21. GTB vom 2. November 1915
22. ebd.
23. Das Gedicht „Zur Nagelung des Gütersloher Kriegswahrzeichens“ (7 Strophen) in: GTB vom 2. November 1915, das „Nagelungslied“ (6 Strophen) in: GTB vom 4. November 1915
24. GTB vom 8. November 1915
25. GTB vom 15. November 1915
26. GTB vom 29. November 1915
27. GZ vom 11. März 1916
28. StadtA GT Akten, Sign. D 62, GTB vom 10. November 1916
29. siehe Interview Günter Beine mit Benno Leßmann in: Gütersloher erzählen Geschichte, Flötmann Verlag Gütersloh, 1985, S. 65
30. „Westfalen-Blatt“ vom 28. Dezember 1984

Kriegsgefangene in Gütersloh - Von Fremden und Hilfskräften

von Heinrich Lakämper-Lührs

I. Fotos als Hinweise auf das Verhältnis zu Gefangenen

Geradezu spiegelbildlich zur Sorge um die eigenen Männer, Väter, Brüder oder Söhne scheint sich in den ersten Kriegsmonaten des Jahres 1914 auch in Gütersloh ein großer Teil des emotionalen und realen Kriegs-Erlebens auf „die Gefangenen“ konzentriert zu haben. In vielen Gütersloher Familien blieben die Fotos von Durchmärschen russischer Offiziere vom Bahnhof zur Provinzial-Heilanstalt erhalten. Sie zeigen mehr als nur die Offiziere. Sie belegen, wie stark der Wunsch der Daheimgebliebenen war, die Erfolge der eigenen Truppen an der Front nun auch persönlich in Form von Personen in Augenschein zu nehmen. Die „Unter den Ulmen“ oder über die heutige Lindenstraße marschierenden Russen verkörperten die Siegesmeldungen etwa der „Gütersloher Zeitung“ und des „Gütersloher Tagesblattes“, in denen die Verluste der Gegner beziffert wurden. Das stieß in den ersten Monaten des Weltkrieges auf großes Interesse. Zeitzeugen wie Benno Lessmann berichteten, daß ihn beim Verteilen der Extrablätter mancher Bauer gefragt habe: „Wieviel Gefangene hält sie dann vandage gemacht?“¹⁾ Was auf einigen Fotos aber so aussieht, als nehme die Bevölkerung großen Anteil, erweist sich zumindest bei genauerer Betrachtung der Aufnahmeserien als nur partiell richtig. Es mag für die ersten Transporte im Sommer noch gelten, als die Gefangenen durch die Stadt geführt wurden. Die spätere ordentliche Aufreihung der Jungen und Mädchen mitsamt ihren Lehrpersonen wird deutlich nachvollziehbar in Hermann Goldbeckers Bildbeschriftung „Schulkinder in Erwartung d. Gefangenen-Transportes“ ausgedrückt. Die Kinder eigneten sich als Zeugen besonders gut, konnten

sie doch ihren arbeitenden Eltern, Verwandten und Nachbarn anschließend vom Geschehen berichten und beispielsweise in Briefen an die eingezogenen Männer davon auch schreiben.

Propagandistisch eignete sich die Zurschaufstellung der Besiegten sowohl zu Abschreckung (mit Attributen wie „ungepflegt“ bis „angsteinflößend“) als auch zum Beweis eigener Stärke („von uns besiegt“). Inwiefern dies publizistisch und propagandistisch genutzt wurde, wollen wir an dieser Stelle nicht untersuchen.

Uns geht es um die Gütersloher Gefangenenlager, deren Insassen, deren Alltag und die Kontakte mit der Gütersloher Umwelt. Besonders Gewicht legen wir auf die Ausnutzung der Gefangenen durch die (lokale) Kriegswirtschaft.

II. Gefangenentransporte auf dem Bahnhof

Die ersten Begegnungen der Gütersloherinnen und Gütersloher mit Gefangenen waren noch kurzfristiger Art. Ein Zeitzeugenbericht soll das zeigen: „Bald nach den ersten Siegen im Westen kamen auch schon Gefangenentransportzüge durch. Der erste Zug lief am 15. August ein. Die meisten Gefangenen wurden hier verpflegt, so daß Gelegenheit vorhanden war, sie genauer zu beobachten und sich mit ihnen zu unterhalten. Die Franzosen trugen noch die Uniformen, die uns von 1870/71 her bekannt waren; rote Hosen und Käppis. Die Ausstattung war mangelhaft, nach unseren Begriffen die 4. oder 5. Garnitur. Ihr Benehmen war sehr verschieden; Belgier und Franzosen waren in der Regel mittelarm und höflich, die Engländer dagegen einsilbig und abweisend. Auch Rif-Kabilen, Zuaven und Tripolitaner aus Nordafrika trafen ein. Wer sie sah, mußte Gott danken, daß sie als

Gefangene und nicht als Sieger zu uns kamen. Russen, die sich unter den Gefangenen befanden, kamen aus Belgien und hatten dort als Fachschüler studiert.

Vom 26. August an erlebten wir es, daß täglich mehrere lange Züge mit Gefangenen durchkamen. Unsere Jugend bemühte sich, Knöpfe, Achselstücke, Münzen und dergl. als Andenken von ihnen zu bekommen. Erstaunt und erfreut waren alle Gefangenen über die gute Verpflegung, die ihnen bei uns zuteil wurde.²⁷⁾ Als Verpflegungsstation für die durchreisenden Gefangenen diente der gleiche zunächst offene, im Spätsommer oder Frühherbst 1914 dann geschlossene Speisesaal, der Anfang August 1914 für die Verpflegung der an die Front transportierten deutschen Truppen auf dem Güterbahnhof errichtet worden war. Rote-Kreuz-Helferinnen dürften auch hier die Hauptarbeit geleistet haben²⁸⁾. Die Aufenthalte dieser zumeist in ganzen Zügen und somit großer Zahl in Gütersloh eintreffenden Gefangenen waren in der Regel kurz und brachten den Zuschauenden nur entsprechend kurze Eindrücke von den Fremden. Die Gelegenheit zu Gesprächen und zur Jagd auf Erinnerungstücke dürfte später durch die Bewachungskommandos stärker unterbunden worden sein, so daß die im Zeitzeugen-Zitat auftauchenden Feindbild-Stereotypen durch die Begegnung mit den Menschen nicht korrigiert werden konnten. Das ermöglichte erst die dauerhafte Begegnung mit Gefangenen in den beiden Lagern im Verlauf des Krieges.

III. Das Offiziers-Gefangenenlager in der Provinzial-Heilanstalt

Kriegsgefangenschaft bedeutete für die Mannschaften und Offiziere das Ende der Beteiligung an Kriegshandlungen und somit auch das Ende der direkten Lebensgefahr. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 sah Mindestregeln für die festgesetzten feindlichen Soldaten vor, darunter die Unterbringung hinter den Kampflinien in Lagern mit ausreichender hygienischer und ärztlicher

Betreuung. Allerdings bestanden zwischen Offizieren und Mannschaften in der Behandlung wesentliche Unterschiede, wie sich im folgenden zeigen wird. Offiziere durften beispielsweise nicht zu Arbeiten herangezogen werden und konnten von ihren Burschen weiterbetreut werden. Dementsprechend sahen die Einrichtungen der Offiziers-Gefangenenlager gänzlich anders aus als die der Mannschaftendienstgrade.

Die räumlichen Voraussetzungen für die Unterbringung der Offiziere in einem standesgemäßen Lager schuf der Bau der Provinzial-Heilanstalt Gütersloh. Sie wurden zwischen 1911 und 1914 nach den Plänen des Aachener Architekten und Hochschullehrers Henrici erbaut²⁹⁾, jedoch offensichtlich vor dem Krieg nicht mehr offiziell bezogen.

Die Arbeitskräfte der neuen Einrichtung blieben allerdings zumindest nach Aktenlage auch während des Krieges für die Heilanstalt aktiv, denn die Gutswirtschaft der Provinzial-Heilanstalt sollte laut Schreiben vom Oktober 1916 „gegen Abgabe von Eierkarten“ die Familien des Direktors (mit 6 Personen), des Anstaltsinspektors (mit drei Personen), eines Diplomingenieurs (mit drei Personen) sowie zweier Techniker (mit vier und einer Person) und zweier Aufseher (mit jeweils einer Person) beliefern. Zur Zeit könne man aber „keine Eier mehr abgeben, weil die Hühner nicht legen. Vor Februar n.J. (also 1917, H. L.-L.) werden Eier wohl nicht abgegeben werden können.“³⁰⁾ Ingenieur und Techniker dürften für den Betrieb des Kesselhauses der künftigen Heilanstalt benötigt und deshalb vom Militärdienst zurückgestellt worden sein, da dieses für das Funktionieren des Offiziers-Gefangenenlagers unabdingbar war.

Für die landwirtschaftliche Weiternutzung des Gutes spricht auch der Einsatz von 50 Gefangenen-Arbeitstagen vom Städtischen Gefangenen-Arbeitskommando im Januar 1917.

Als die gefangenen Offiziere über die heutige Lindenstraße oder durch die Stadt über die Straße „Unter den Ulmen“ in Richtung des Lagers im Westen vor der Stadt geführt wurden,



Der Aufenthalt der Kriegsgefangenen auf dem Gütersloher Bahnhof während der Transporte zu großen Lagern führte schon 1914 zur Kontaktaufnahme mit den Fremden, die hier verpflegt und hygienisch und medizinisch versorgt wurden. Einige Monate später entstand in der Gastwirtschaft Polkässener (heute Gütersloher Brauhaus) ein Gefangenen-Arbeitskommando, dessen Insassen vor allem in zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt wurden.

bestand ihr neues Quartier aus einem umzäunten Komplex von einem Dutzend Unterkünten und Funktionsbauten. Ein Plan vom 23. August 1916 benennt acht Unterküntengebäude, das Waschhaus, das Verwaltungsgebäude und ein Küchengebäude. Hinzu kommt ein abseits gelegenes und durch eine Umzäunung abgetrenntes Gebäude für Zivilgefangene.

Nicht nur das Alter der Gebäude sprach für die standesgemäße Unterbringung, sondern auch deren im Lageplan sichtbare Ausstattung. So gibt es eine englische, eine französische und eine russische Bibliothek sowie sechs Lesezimmer, ein Theater im Waschhaus, zwei Malzimmer sowie ein Musikzimmer. Nicht nur literarisch-musikalische Tätigkeiten waren möglich, sondern auch handwerkliche Arbeiten wurden den Offizieren ermöglicht.

Andere Betätigungsformen fanden die gefangenengehaltenen Offiziere im Sport. Anlagen für gleich drei Freiluft-Sportarten sind im Lageplan zu sehen: Ein Hockeyplatz, ein Fußballplatz und Tennisplätze. Letztere wurden im Plan und im Lageralltag nach Nationalitäten unterteilt. Einer für belgische Offiziere, drei für Franzosen, vier für Russen und zwei für Engländer waren auf dem Gelände verteilt. Ein durchaus aristokratisches Sportprogramm also wurden in diesem Komplex ermöglicht. Da einige der Plätze am Rande des Lagers angelegt worden waren, dürfte beispielsweise die in Gütersloh noch unbekanntere Sportart Hockey durchaus von Passanten und Neugierigen verfolgt worden sein.

Auch für das Seelenheil der Offiziere waren Einrichtungen geschaffen. Es gab eine russisch-orthodoxe Kirche, eine römisch-katholische Kirche und eine englische Kirche in ver-

schiedenen Häusern. Hier wäre wohl besser von Kapellen zu sprechen.

Für eine nicht-christliche Glaubensgemeinschaft war keine eigene Gebetsstätte vorhanden – die jüdischen Offiziere und ihre Burschen aus Rußland. Doch für diese war nach pflichtgemäßer Anfrage des Lagerkommandos beim städtischen Magistrat unter dem Vorstand der jüdischen Gemeinde die Teilnahme an den Gottesdiensten in der Gütersloher Synagoge ermöglicht worden⁵⁾. Neben diesen kulturellen, sportlichen und kirchlichen Aktivitäten war auch die Lage des Komplexes und seine gärtnerische Gestaltung ein angenehmer Faktor. Jeweils rund 4000 Quadratmeter der Lagerfläche bedeckten die ursprünglichen Fichtenwäldchen und angelegte Grünflächen.

Zu den für die Daseinsvorsorge üblichen Einrichtungen gehörte das Lazarett mit eigener Zahnarztpraxis im Verwaltungsgebäude. Der Leiter der Westfälischen Provinzial-Heilanstalt, Dr. Hermann Simon, war 1914 zunächst dort Chefarzt. Seine Tagebuch-Eintragung vom 14.12.1914 gibt einen Eindruck vom Arbeitsanfall: „Die Tätigkeit im Gefangenenlager konnte mich auf die Dauer nicht befriedigen. Es war eine Sinekure (= ein müheloses, einträgliches Amt ohne Sorgen, H.L.-L.). Morgens eine 1/2 Stunde Revierdienst beim Wachkommando, dann eine gemeinsame klinische Visite bei den 20 – 25 Kranken des Lazaretts, deren eigentlichen Behandlung in den Händen der russischen und belgischen Ärzte lag, endlich die wöchentlichen Gesundheitsvisitationen bei den gefangenen Mannschaften – das war mir zu wenig.“⁶⁾

Für die Bewacher der Offiziere gab es ein eigenes Wohnhaus außerhalb des Lagers, hinzu kamen drei Offiziers-Wohngebäude. Kommandant war der Oberstleutnant von der Groeben, dem nach Lage der Akten in Gütersloh am 22.9.1916 insgesamt 18 Mann unterstanden⁷⁾. Von der Groeben war der ranghöchste Militär in Gütersloh und repräsentierte als solcher z.B. bei der Einweihung des

Kriegswahrzeichens und anderen offiziellen Anlässen.

Über die genaue Anzahl der im Laufe des Krieges in Gütersloh gefangengehaltenen Offiziere gibt es keine summarischen Angaben. Es dürfte allerdings für bis zu 1500 Männer Platz geboten haben. Hinweise auf die mehrfache Verlegung der Gefangenen während des Krieges gibt es jedoch beispielsweise in der Vita des russischen Zahnarztes Kelberg, der zunächst in Stralsund, dann in Heidelberg und schließlich seit 1916 in Gütersloh gefangengehalten wurde. Kelberg blieb nach dem Krieg in Westfalen und eröffnete in Gütersloh eine Zahnarztpraxis. Aktenmäßig ist auch nicht zu belegen, welcher Nationalität die Männer jeweils zuzurechnen waren. Darüber geben allenfalls Fotos Auskunft. Unbestätigt blieben Zahlen von Offizieren aus mehr als 20 Ländern.

Allerdings ist es nach Auswertung der Fotos und des Lageplans als einzigen direkten Quellen über das Gütersloher Offiziers-Gefangenenlager kaum erklärlich, wenn die Nationalität der Offiziere allein russisch gewesen sein soll. Dies stellt die amtliche Statistik über die „Bestände der Offiziersgefangenenlager“ vom 10.10.1918 fest⁸⁾. Nach dieser Übersicht waren in Gütersloh 1085 russische Offiziere und 317 Mannschaften als Offiziersburschen untergebracht. Möglicherweise wurden die Russen nach dem Frieden von Brest-Litowsk (3. März 1918) auch aus anderen Lagern zusammengelegt.

Auf dem Gelände der Provinzial-Heilanstalt bestand im August 1916 auch ein besonderes Durchgangslager für Offiziere, während das auf dem gleichen Gelände 1915 eingerichtete „Rekrutendepot“ für die Grundausbildung der Soldaten wohl nur von kurzer Dauer war⁹⁾.

IV. Das Städtische Kriegsgefangenen-Arbeitskommando

Das Arbeitskommando Polkläserer scheint nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand bis zum Sommer 1916 vom Kreis Wiedenbrück organisiert und wirtschaftlich geführt worden

zu sein: Im Juni 1917 verweist der Landrat die Stadt Gütersloh auf die Abrechnung vom 29.8.1916 und fordert für Mehrlieferungen in den Monaten Juli bis Dezember 1916 die vom Kreis aufgewendeten Gelder zurück¹⁰⁾. Wahrscheinlich ist die Übergabe an die Stadt im Juli oder August 1916 erfolgt. Die Aktenüberlieferung des Stadtarchivs Gütersloh gibt darüber keine Auskünfte. Auch das Kreisarchiv Gütersloh konnte aus den Akten des Kreises Wiedenbrück keine weiteren Erkenntnisse vermitteln.

Der Erforschung der Geschichte von Kriegsgefangenen im Arbeitskommando Polkläserer stellt sich in erster Linie die Quellenüberlieferung entgegen. Erhalten ist allein eine Akte, die das Jahr 1917 umfaßt. Insofern ist die Quellenlage für einen kurzen Zeitraum der zum Offiziersgefangenenlager diametral entgegengesetzt.

Militär-organisatorisch gehörte das Städtische Kriegsgefangenen-Arbeitskommando zum Gefangenenlager auf dem Truppen-

übungsplatz Sennelager. Schon am 14. August 1914 hatte das Gütersloher Tageblatt von dort eingetroffenen 3500 Gefangenen berichtet, am nächsten Tag wurden noch einmal 500 Mann mehr vermeldet. Die Gesamtzahl der im Sennelager untergebrachten dürfte in den folgenden Monaten auf zigtausende angestiegen sein.

Anders als die Offiziere durften die Mannschaftsdienstgrade als Arbeitskräfte eingesetzt werden. Dies erwies sich aus zweierlei Gründen im Verlauf des Kriegs als immer sinnvoller.

Erstens hatte die deutsche Führung den Krieg als Blitzkrieg geplant. Pläne für die Organisation der Wirtschaft waren kaum vorhanden; für die drei Millionen eingezogenen Männer gab es kaum Ersatz. Arbeitskräfte fehlten allerorten.

Zweitens waren Unterbringung, Verpflegung und Beschäftigung der plötzlich und in großer Zahl gemachten Kriegsgefangenen kaum vorbereitet, geschweige denn ihre notwendig



Nicht nur die durch Gefangennahme abgewendete Bedrohung durch die feindlichen Offiziere in der künftigen Provinzial-Heilanstalt war Gesprächsthema in Gütersloh. Auch das fremdländische Aussehen und vor allem die von ihnen ausgeübten aristokratischen Sportarten wie Tennis wurden auf Spaziergängen bewundert. Der Hockeyplatz des Lagers war der erste seiner Art in Gütersloh.

Die Nachfrage steigt weiter!

Trinkkur mit Pflanzensäften:

Die erfolgreiche Naturmethode!

Machen auch Sie mit:

Bis zu 12 Pfund in 10 Tagen – da lacht die Leber

(und Ihr Doktor freut sich auch)

Cholesterin runter – Pfunde runter – Diese Säftekur, sehr stoffwechselaktiv, besteht aus Artischocken-, Brennessel-, Kartoffel- und Tomatensaft der großen

Reformwarenfirma Schoenberger

Sie trinken diesen Schlankcocktail 10 Tage lang vor dem Frühstück und Abendessen. Sinnvolle Ergänzung: Mate-Tee. Man fühlt sich schlank, kräftiger, belastbarer. Alle Zutaten bekommen Sie komplett mit genauer Anleitung bei uns.

Verantwortung für das eigene Leben übernehmen
sich bewußt ernähren aus Ihrem



REFORMHAUS
Seiger

Moltkestraße 2a · Fernruf 2 88 28 · 4830 Gütersloh

Seit 64 Jahren in Gütersloh!

werdende langfristige Verwahrung.

Es lag nun nahe, die Kriegsgefangenen als Ersatz-Arbeitskräfte einzusetzen. Die Behörden handelten – Russen und Serben wurden in die Landwirtschaft geschickt, während Franzosen, Belgier und Italiener vor allem in der Schwerindustrie tätig werden sollten. Dazu richteten die großen Gefangenenlager in der Nähe der Betriebe kleinere Arbeitskommandos ein, denn die beiden ostwestfälischen Großkommandos auf den Truppenübungsplätzen Sennelager bei Paderborn oder Minderheide bei Minden lagen zumindest von den industriellen Ballungsräumen weit entfernt. Allein 130 solcher Arbeitskommandos mit jeweils 60 bis 80 Mann richtete man von Minderheide aus ein¹⁷⁾.

Wann das Gefangenen-Arbeitskommando in Gütersloh gegründet wurde, läßt sich mangels Akten nur vermuten. Ulrich Herbert berichtet, seit Dezember 1914 habe man begonnen, die Gefangenen bei privaten Unternehmen zu beschäftigen, seit April 1915 verstärkt im Bergbau und Hüttenwesen, einige Monate später bei Erntearbeiten in der Landwirtschaft und im Herbst 1915 in der Metall- und Schwerindustrie¹⁸⁾. Man kann annehmen, daß ein Kommando in Gütersloh zur Erntezeit 1915 zumindest sinnvoll gewesen ist, da vor allem landwirtschaftliche Betriebe ihre Hilfe benötigten. Feststellbar ist aus den vorliegenden Akten der Ort und die personelle Ausstattung des Arbeitskommandos im Jahr 1917. Rund 70 Gefangene waren auf dem Gelände der Gastwirtschaft Polkläsener untergebracht. Ob dies im Saal des späteren „Katholischen Vereinshauses“, des heutigen Gütersloher Brauhauses, geschah oder in einem Nebengebäude, ist nicht mehr feststellbar. Vermutlich war aber die Gastwirtschaft geschlossen und die Räumlichkeiten wurden für Gefangene und Bewacher genutzt. Auch im damaligen Stadtgebiet Güterslohs lag dieser Ort relativ zentral, was für die Verwaltung der täglich zu ihren Einsatzstellen ausrückenden Gefangenen von Vorteil war. Zu der Zahl des später bis auf 78 Mann anwachsenden Kommandos ge-

hörten auch die acht Mann Bewachungspersonal, bei denen es sich um ältere Militärdienstpflichtige gehandelt haben dürfte.

Die Landwirtschaft und die Sicherung der Grundbedürfnisse waren auch 1917 die Haupt-Auftraggeber für Gefangenenarbeiten in Gütersloh. Das zeigt die Auswertung der vom Kommandoführer Gütth geführten Einsatzlisten.

Die Mehrzahl der Arbeitsstellen scheint einen oder wenige Gefangene für wenige Tage angefordert zu haben. Ob dies wirklich so war, läßt sich aus den Akten nicht entnehmen, wohl aber die Verwaltung des Mangels an Arbeitskräften, etwa durch Ablehnung von Anträgen durch das Kommando und die Stadtverwaltung.

Fast nur Institutionen wie das Stadtbauamt oder die Gutsverwaltung der Provinzial-Heilanstalt beschäftigten an einzelnen Tagen mehr als jeweils fünf Gefangene. Dem standen 29 Stellen für einen Kriegsgefangenen, nur zwei für je zwei und vier Einsatzorte für drei Gefangene gegenüber. Insgesamt gab es im hier untersuchten Januar 61 Einsatzstellen.

Die Anzahl der erfolgreich anfordernden Personen, Firmen und Institutionen vermehrt sich im Frühjahr 1917 allerdings entscheidend. Zur Frühjahrs-Bestellung der Felder und Gärten im März waren an 89 Stellen Gefangene tätig.

Arbeitstage und Einsatzstellen der im Städtischen Gefangenen-Arbeitskommando (Lager Polkläsener) tätigen Gefangenen 1917

Monat	Arbeitstage der Gefangenen	Einsatzorte
Januar	2142	61
Februar	1908	62
März	2132	89
April	2053,5	99
Mai	2142	91
Juni	2155	81
Juli	o.A.	62
August	2348,5	72
September	2282	85

im April gar an 99 Stellen. Die Erntezeit erforderte wiederum eine größere Verteilung der zur Verfügung stehenden Kräfte auf 72 bzw. 85 Stellen im August und September, nachdem im Juli der Februar-Stand von 62 wieder erreicht wurde.

Dieser Überblick verdeutlicht im saisonalen Schwanken der Einsatzstellen-Zahl bereits die hauptsächlich landwirtschaftliche Ausrichtung der Kriegsgefangenen-Arbeit. Das macht auch der Vergleich mit den gewerblichen Einsatzorten deutlich – im Jahr 1917 waren Kriegsgefangene in insgesamt 12 gewerblichen Betrieben beschäftigt.

Das städtische Gaswerk und das städtische Wasserwerk zählen laut Übersicht von 1917 zu diesen gewerblichen Betrieben.

Nur einer davon dürfte ausdrücklich als Rüstungsbetrieb zu bezeichnen zu sein, die Metallfabrik Emsland. Dieser Betrieb fertigte an der Teutoburger Wald Eisenbahn (heute Ottilienstraße, Mutterfabrik Wolters) wahrscheinlich Geschoßhülsen aus Buntmetall. Dieser kriegsgewichtige Betrieb beschäftigte ganzjährig mindestens fünf Kriegsgefangene, im Januar und Februar 1917 sogar sechs.

Die Holz- und metallverarbeitende Firma Miele & Cie. beschäftigte zum Kriegsende zwar gegenüber 1914 gut 20 Prozent mehr Arbeitskräfte, nämlich 600 statt zuvor 500 Arbeiter und Beamte, jedoch nur einen (!) Kriegsgefangenen aus dem Lager. Ob bei Miele ein eigenes Gefangenenkommando bestand, läßt sich nicht klären. Zu vermuten ist allerdings, daß die notwendigen Arbeitskräfte vielmehr durch die Anwerbung von Frauen beschafft wurden. Da von den 600 Arbeitskräften 400 Frauen waren (14), könnte es ein, daß kein weitergehender Bedarf bestanden hat. Daß Miele neben weiterhin benötigten landwirtschaftlichen Geräten zumindest auch Rüstungsgüter herstellte, ergibt sich aus den Zeitungsberichten über die Herstellung des Kriegswahrzeichens¹⁵⁾.

Nahezu alle übrigen Gewerbe-Betriebe mit Gefangenenbeschäftigung waren einfache Handwerksbetriebe, die nicht zu den kriegs-

wichtigen Firmen zu zählen sind. Ihre Bedürfnisse waren in erster Linie auf den Ersatz eingezogener Gesellen ausgerichtet. Dem entsprechend wurde ihnen jeweils ein Gefangener zugeteilt, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Es handelte sich um die Schuhmacherbetriebe Wilhelm Herkströter, Heinrich Hövelmann und Heinrich Kornfeld und die Tischlerei Heinrich Horstkotte. Auch die Uhrmacher Ludwig Knipschild und August Müscher ersetzten Gesellen durch Gefangene. Der Kaufmann Heinrich Schrewe und der Kohlenhändler Hermann Eickholt dürften ihre Transporte mit Gefangenen abgewickelt haben.

Zu den Kriterien für die Zuteilung der fremden Arbeitskräfte zählte ganz offensichtlich nicht nur der direkte rüstungswirtschaftliche Bereich. So forderte die Gütersloher Holzwarenfabrik am 12. April 1917 mit dem Hinweis auf dauernde große Heereslieferungen und „zurzeit einen Auftrag der Heeresverwaltung auf 25000 Paar Holzschuhe“ drei bis vier Kriegsgefangene an. Die Begründung dafür dürfte typisch für die allgemeine Lage auf dem Arbeitsmarkt gewesen sein: „Uns stehen aber nur weibliche oder jugendliche Arbeiter zur Verfügung, sodass es erforderlich ist, daß einige kräftige Kriegsgefangene insbesondere beim Heranholen der Baumstämme behilflich sind.“

Die Antwort des Arbeitskommandos vom 18. April 1917 verwies auf die Prioritäten des Frühjahrs nach dem von den Zeitgenossen sogenannten „Steckrübenwinter“, in dem die Nahrungsmittelversorgung katastrophal schlecht gewesen war. Die Gefangenen würden in der Landwirtschaft „dringender gebraucht werden“. Offensichtlich wird damit auch vor Ort die Erkenntnis, der Krieg werde nicht allein durch militärische Mittel führbar bleiben, umgesetzt. Der Sicherung der Ernährung wird nach dem härtesten Kriegswinter auch vom Kommandanten des Arbeitskommandos Vorrang eingeräumt.

Dem heereswirtschaftlichen Gefangenen-Einsatz scheint zugleich aber eine wichtige Rolle

zugemessen worden zu sein. Als nämlich im Mai 1917 weitere Gefangene nach Gütersloh kommen, werden diese in der Holzschuhfabrik eingesetzt. Zunächst werden acht Mann in diesen Betrieb an der Teutoburger Wald Eisenbahn abgeordnet (heute: Claas, Brockhägerstraße), später verändert sich die Zahl geringfügig.

Wofür aber brauchte das städtische Wasserwerk ausgerechnet mitten im Kriege insgesamt 130 Arbeitstage Kriegsgefangene? In einer Besprechung im Januar 1917 hatten Bürgermeister Tummes, zuständige Stadtverordnete und Fachleute eine Erweiterung des Wasserwerkes beschlossen, die u.a. die Anlage zweier größerer Brunnen umfaßte, um die Funktionsfähigkeit des Wasserwerkes aufrechtzuerhalten (hoher Bedarf vor allem der Eisenbahn)¹⁶⁾. In Zeiten des Mangels an Bauarbeitern dürften die Kriegsgefangenen die Erdarbeiten übernommen haben.

Handelte es sich hier auf den ersten Blick um eine Investitionsmaßnahme, die nur wegen der übergeordneten militärisch und wirtschaftlich ausgerichteten Interessen der Eisenbahn durchgeführt werden konnte, so war der Einsatz von Gefangenen am Gaswerk eine betriebliche Notwendigkeit. Zahlreiche Gefangenen-Arbeitstage zwischen Mai und September mit schwankender Zahl der jeweils abkommandierten Personen deuten auf Tätigkeiten bei der Kohleversorgung des Gaswerkes hin¹⁷⁾. Solche Tätigkeiten hatte die für Gütersloh und Sennelager zuständige Inspektion der Gefangenen-Lager im Bereich des VII. Armeekorps in Münster am 22. Mai 1917 dem Magistrat der Stadt Gütersloh ausdrücklich genehmigt – „in dringenden Fällen“. Dabei hatte sie auf die Lohnkosten von 3,60 Mark pro Tag und Gefangenen hingewiesen, die an die Heeresverwaltung zu zahlen seien. Den Gefangenen selbst blieb aber von diesen Lohnkosten trotz Schwerstarbeit nur eine vergleichsweise geringe Arbeitsentlohnung. Von den 3,60 Mark „können den Gefangenen 90 Pfg als Arbeitsbelohnung ausgezahlt werden“, hieß es aus Münster.

Damit bestätigt sich am konkreten Beispiel die auch andernorts getroffene Feststellung, daß vom eigentlichen Lohn 75 Prozent einbehalten worden sei. Für den zweiten Teil der Feststellung, den Rest habe man in Naturalien oder speziellem Lagergeld an die Gefangenen ausgezahlt¹⁸⁾ gibt es hier keine Belege, da die Akte nicht den internen Zahlungsverkehr des Kommandos enthält.

Leider fehlen uns auch die einzelnen Antworten der landwirtschaftlichen Antragsteller auf den Fragebögen zur Anforderung von gefangenen Arbeitskräften. Nur das Formblatt mit 12 Fragen ist erhalten. Voran stehen die technischen Angaben zum Betrieb des Antragstellers, nach Wirtschaftsfläche („Acker und Wiese getrennt“), Viehbestand, jetzt und vor dem Kriege vorhandenen Arbeitskräfte, der Möglichkeit der Hilfe von Nachbarn und Verwandten sowie den bereits beschäftigten Kriegsgefangenen. Es folgen technische Fragen nach der Unterbringung, Bewachung und Entfernung des Hofes vom nächstgelegenen Arbeitskommando und die summarische Schlußfrage: „Ist die Überweisung des beantragten Gefangenen zur notdürftigen Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes unbedingt erforderlich?“ Beachtenswert ist hier die Beschränkung auf die unbedingte Erforderlichkeit und auf die notdürftige Aufrechterhaltung als Überweiskriterium.

Bei der Durchsicht der Abrechnungslisten fällt die Massierung der Namenszusätze „Kolon“ ebenso auf wie die Tatsache, daß die meisten Einsatzorte in den alten Bauerschaften (Westfeld, Ostfeld, Nordfeld und Südfeld) lagen. Zumindest für Gütersloh trifft somit die Feststellung des Oberpräsidiums in Münster nicht zu, daß 70 Prozent der Kriegsgefangenen in Westfalen für Betriebe der Rüstungsindustrie tätig waren¹⁹⁾.

Die zahlenmäßig größte Zahl der Einsatzstellen lag im landwirtschaftlichen Bereich. Auch die Unterstützung von Privaten bei Tätigkeiten in deren Gärten ist unter den Zeitumständen diesem Arbeitsfeld zuzuordnen, da



coratex

Kreativ und meisterhaft

Zu beziehen über uns!

Sie fahren sicherlich ein Auto in Ihrer Lieblingsfarbe?! Und sitzen trotzdem auf einer Couch, die farblich gar nicht mehr zu Ihrer Einrichtung paßt?!

Na, dann lassen Sie doch mal Ihre Lieblingsfarbe auf die Couch. Hin zu Ihren Raumausstatter: Stoff auswählen und beziehen lassen. Ganz einfach und 1a Qualität. Und morgen kommen die Sessel dran.

RAUM-AUSSTATTUNG
Fuhrmann

Feldstraße 17
4830 Gütersloh



Die Begegnung mit gefangenen russischen Offizieren wirkte noch in den zwanziger Jahren nach: Diese Jungen trugen neben den typischen Matrosenanzügen auch nachgeschneiderte Russenkittel. Einige Russen waren nach 1918 in Gütersloh geblieben, darunter der Zahnarzt Kelberg und der Uhrmacher Skolnikov. (Foto: Privatbesitz)

der Hausgarten in vielen Fällen zur Selbstversorgung genutzt wurde.

Insgesamt ist anhand der aufgezeigten Beispiele zwar feststellbar, daß die Tätigkeit der Kriegsgefangenen in Gütersloh im Einzelfall äußerst hilfreich gewesen sein muß. Gleichwohl darf man den Einsatz der relativ kleinen Gruppe im städtischen Arbeitskommando Polkläsener nicht als entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft in Gütersloh bewerten. Denn in Gütersloh fehlten zum Kriegsende 5500 bis 6000 Männer, die zum Militärdienst eingezogen worden waren²⁰⁾.

V. Bilanz: Positive Feindkontakte in der Heimat – ohne Folgen?

Trotz intensiver Bemühungen konnten keine weiteren Erkenntnisse über die Nationalität der Gefangenen oder die Kontakte zu den Gütersloherinnen und Güterslohern zusammengetragen werden. Auch die verein-

zelten Hinweise auf ein Verbleiben von Gefangenen in Deutschland bzw. Gütersloh sind eher episodisch zu sehen, sagen also nichts über eine insgesamt „ausländerfreundliche“ Stimmung oder gar Dankbarkeit für die geleisteten Dienste aus.

Das Verhältnis zu den arbeitenden Kriegsgefangenen scheint insgesamt gesehen korrekt bis gut gewesen zu sein. Das ergibt auch das Studium der Zeitzeugenbefragung von Günter Beine. Luise Eickholz, die über ein in Niehhorst befindliches und hier nicht untersuchtes Franzosen-Lager berichtete, schätzte es als gut ein, viele hätten sich später noch geschrieben. Ähnlich positiv für die Kriegsdauer schätzt es Gustav Verleger ein, und Hanna Zurmühlen, die Tochter des Kolonis August Welpmann, erinnert sich sogar daran, als kleines Mädchen einen der Franzosen besonders geliebt zu haben, denn „der machte aus Holunderholz Pfeifen für uns, und der war auch sehr umsichtig, daß auf dem Hof alles in

Ordnung war.²¹⁾

Insgesamt scheint die Vielzahl der Einsätze von kriegsgefangenen Helfern an den verschiedenen Stellen in Gütersloh sogar zur Korrektur der vermeintlichen Schreckensbilder von den unterschiedlichen Gegnern (vergleiche das Zeitzeugen-Zitat von Goldstein) beigetragen zu haben. Die Begegnung mit den Gefangenen auf dem Weg zu den weit verstreut liegenden Einsatzstellen und die Arbeit dort scheint aber zum Alltag der Menschen in Gütersloh gehört zu haben, während die massenhaften Gefangenen-Transporte und deren Aufenthalt auf dem Bahnhof sowie das Offiziers-Gefangenenlager aus ihrer Sicht etwas Besonderes darstellten.

In der Erinnerung ist aufgrund der Persönlichkeit der durch die Stadt marschierenden, später auch auf Ehrenwort frei spazierenden Offiziere und der Exklusivität ihrer Unterbringung und ihrer Beschäftigungen vor allem das Offiziers-Gefangenenlager geblieben. Vielleicht entsprang dies zudem der besonderen Wertschätzung des Offiziers in der wilhelminischen Gesellschaft vor dem Weltkrieg.

Daß trotz der Vielzahl von Begegnungen mit Angehörigen der feindlichen Streitkräfte, also mit den Menschen, die einander gegenüberstanden hatten, nur gut zwanzig Jahre später erneut die Bereitschaft zur Kriegsführung gegen die alten „Erbfeinde“, früheren „Vettern“ und vermeintlichen „Untermenschen“ erzeugt und geschürt werden konnte, erscheint noch immer unbegreiflich. Für Untersuchungen und Überlegungen zu diesem Geschehen sind jedoch die Folgewirkungen des Ersten Weltkrieges, ihre Bewältigung in der Weimarer Republik und die faschistische Politik der Nationalsozialisten mit einzubeziehen.

Anmerkungen

- 1.) Günter Beine, Gütersloher erzählen Geschichte, S. 52
- 2.) H. Goldstein, Heimat und Kriegsbeginn 1914, in: Die Heimat in Wort und Bild, Beilage zur Gütersloher Zeitung, Nr. 77, Gütersloh Juli 1934
- 3.) H. Goldstein, a.a.O.
- 4.) Konzeption Stadtmuseum Gütersloh I, Bauabschnitt, Gütersloh 1988, S. 197
- 5.) Stadtarchiv Gütersloh, D 72
- 6.) vgl. Jehuda Barlev, S. 34/35
- 7.) Tagebuch Hermann Simon, Auszug von Dietrich Göth zur Verfügung gestellt – Simon konnte der mangelnden Herausforderung durch eine freiwillige Meldung in den ärztlichen Etappendienst ergehen
- 8.) Stadtarchiv Gütersloh, D 72
- 9.) Wilhelm Doegen (Hrsg.), Kriegsgefangene Völker, Bd. 1: Der Kriegsgefangenen Haltung und Schicksal im Deutschland, Berlin 1921, S. 20/21
- 10.) Rektor a.D. H. Goldstein, Gütersloh im Kriegsjahre 1915 Teil I, in: Die Heimat in Wort und Bild, Februar 1936, S. 5
- 11.) vgl. Stadtarchiv Gütersloh, Akte D 89; sofern nicht anders zitiert, stammen alle Angaben aus dieser Akte
- 12.) vgl. hierzu: Martin Beutelspacher und Kenan Holger Irmak, Das Kriegsgefangenenlager Minderheide. Ein Beitrag zur Militärgeschichte Mindens, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, Jg. 62 (1990), S. 116-118
- 13.) Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980, Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Bonn/Berlin 1986, S. 84
- 14.) vgl. Miele-Kataloge von 1949, S. 7 (für 1918) bzw. 1924, S. 11 (für 1914)
- 15.) vgl. Stephan Grimm, Das Kriegswahrzeichen auf dem Rathausplatz 1915 bis 1917, in diesem Heft
- 16.) G. Beine, 125 Jahre Stadtwerke Gütersloh, Dokumentarische Chronik, Gütersloh 1987, S. 81
- 17.) vgl. G. Beine, a.a.O., S. 76
- 18.) Beutelspacher/Kernan, a.a.O.)
- 19.) zitiert nach Anne Roerkohl, Hungerblockade und Heimatfront, Die Kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges, Studien zur Geschichte des Alltags, Bd. 10, Stuttgart 1991, S. 27
- 20.) Einwohnerbuch Gütersloh 1925, S. 8 h
- 21.) Gütersloher erzählen Geschichte, Gütersloh 1985, S. 56-59, dort auch das Zitat

Versorgung und Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern durch den Staat, die Stadt Gütersloh und Privatpersonen sowie Vereine während des Ersten Weltkrieges

von Günter Schomaeckers

Die gesetzlichen Bestimmungen

Am 1. August 1914 wurde die Mobilmachung im kaiserlichen Deutschland angeordnet. Die militärischen Operationen gegen Frankreich und Rußland nahmen ihren schon lange geplanten Verlauf. Militärisch war das Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II. auf einen Krieg vorbereitet. Alle glaubten aber an einen kurzen Krieg – „Ihr werdet wieder zu Haus sein, ehe noch das Laub von den Bäumen fällt“, sagte der Kaiser in der ersten Augustwoche zu den ausziehenden Truppen – daher hatte man versäumt, auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet Vorsorge zu treffen. Dies sollte sich dann bis zum Ende des Krieges, vor allem bei der Lebensmittelversorgung und der Beschaffung von kriegswichtigen Rohstoffen, verhängnisvoll auswirken. Man setzte allein auf die militärischen Mittel und Stärke; folglich war man vor 1914 unbekümmert um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die entstehen würden, als im August 1914 etwa 5 Millionen Männer, d.h. 7,5 % der Bevölkerung, einberufen wurden.

Das Verkehrswesen wurde durch den militärischen Aufmarsch so stark belastet, daß die Wirtschaft im kaiserlichen Deutschland vorübergehend fast zum Erliegen kam. Die dadurch verursachte hohe Arbeitslosigkeit (bis zu 30 %) änderte sich erst ab Juni 1915, bedingt durch die Kriegskonjunktur. Eine Arbeitslosenunterstützung gab es noch nicht (erst seit 1917). Die Gewerkschaften unterstützten ihre Mitglieder, so daß die Reichsregierung die Lösung dieses Problems zunächst vor sich herschob. Erst im Dezember 1914 sah sich Berlin auf Drängen der Gewerkschaften, die befürchten mußten, finanziell ausgeblutet und damit in ihrer Aktivität entscheidend geschwächt zu werden, veranlaßt,

den Gemeinden die Einrichtung einer Erwerbslosenfürsorge zu empfehlen. In wenigen Ausnahmefällen stellte man eine Reichsbeihilfe in Aussicht.

Besonders gravierend wirkte sich die Arbeitslosigkeit für die Frauen aus, die oft zuerst entlassen wurden, obwohl sie durch die Einberufung ihrer Männer auf den Verdienst angewiesen waren. Die Sorge um die Existenz, zumal wenn es sich um eine Familie mit Kindern handelte, war daher groß.

Eine staatliche Unterstützung „von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften“ gab es zwar nach dem Gesetz vom 28. Februar 1888 und nach dem „Gesetz zur Änderung des Gesetzes vom 28. Februar 1888“ vom 4. August 1914, doch war diese so gering, daß von einem Existenzminimum oder Sicherstellung nicht die Rede sein konnte. Die Sätze waren nach dem militärischen Rang der Einberufenen gestaffelt, und diese betragen laut Gesetz vom 28. Februar 1888:

§ 1

„Die Familien der Mannschaften der Reserve, Landwehr, Ersatzreserve, Seewehr und des Landsturms erhalten, sobald diese Mannschaften bei Mobilmachungen oder notwendigen Verstärkungen des Heeres oder der Flotte in den Dienst eintreten, im Falle der Bedürftigkeit Unterstützungen nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes...

§ 2

Auf die nach Par. 1 zu gewährenden Unterstützungen haben Anspruch:

- a) die Ehefrau des Eingetretenen und dessen eheliche und den ehelichen gesetzlich gleichstehende Kinder unter 15 Jahren, sowie

b) dessen Kinder über 15 Jahre, Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister, insofern sie von ihm unterhalten wurden...

§ 5

Die Unterstützungen sollen mindestens betragen:

a) für die Ehefrau im Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober monatlich sechs Mark, in den übrigen Monaten neun Mark;

b) für jedes Kind unter 15 Jahren, sowie für jede der im § 2 unter b bezeichneten Personen monatlich vier Mark.

Die Geldunterstützung kann teilweise durch Lieferung von Brotkorn, Kartoffeln, Brennmaterial etc. ersetzt werden.

Unterstützungen von Privatvereinen und Privatpersonen dürfen auf die vorbezeichneten Mindestbeträge nicht angerechnet werden.

Am 4. August 1914 wurde das vorewähnte Gesetz u.a. wie folgt geändert:

§ 1

„4. 5 Abs. 1 folgende Fassung:

Die Unterstützungen sollen mindestens betragen:

a) für die Ehefrau im Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober monatlich neun Mark, in den übrigen Monaten zwölf Mark;

b) für jedes Kind unter 15 Jahren sowie für jeder der im § 2 unter b und c bezeichneten Personen monatlich sechs Mark.“¹⁾

Aber auch diese Sätze reichten für Bedürftige nicht aus, so daß im April 1915 die Mindestsätze infolge der eingetretenen Verteuerung für Lebensmittel für die Sommermonate Mai bis einschließlich Oktober wie die für die Wintermonate auf 12 Mark festgesetzt wurden.

Auch die Gütersloher Zeitungen berichteten sogleich über das bisherige Gesetz vom 28.2.1888 sowie über die eingetretene Änderung vom 4.8.1914²⁾.

Es ist eindeutig, daß eine Familie von diesen Sätzen nicht existieren konnte. Die Gemeinden wurden daher vom Reich aufgefordert, den bedürftigen Familien Zuschüsse zu zahlen. Da die Mittel der Gemeinden aber nicht immer ausreichend waren, zögerten diese zu-

sätzliche Zahlungen hinaus oder forderten die Familienangehörigen zur Arbeit auf. Man machte sich keine Gedanken, wie eine Familie, die bisher vom Lohn des Mannes abhängig gewesen war, mit nur einem Kind mit max. 13 Mark bzw. mit 18 Mark monatlich überleben konnte (falls die Gemeinde keine Unterstützung zahlte), zumal der einberufene Ehemann durchschnittlich etwa 80 bis 90 Mark nach Hause gebracht hatte.

In dem Erlaß des preußischen Ministers des Innern, v. Loebell unter dem 28. August 1914 hieß es dann auch:

„Auf den mannigfachen Gebieten, auf denen sich während der Dauer des Kriegszustandes die Notwendigkeit, helfend einzugreifen, bereits ergeben hat und in Zukunft in zweifellos noch größerem Maße ergeben wird, fallen den Gemeinden die wichtigsten Aufgaben zu. Selbst insoweit als das Reich oder der Staat die finanziellen Lasten zu tragen haben, können sie bei der Ausführung ihrer Maßnahmen der Mithilfe der Gemeinden nicht entbehren. Darüber hinaus liegen den Gemeinden eigene Pflichten ob, für die sie auch finanziell aufzukommen haben. Die vornehmste Pflicht ist das Eintreten für alle infolge des Krieges hilfsbedürftigen Personen, das sich als Ausfluß des Armenrechts darstellt, das aber in den jetzigen Zeitverhältnissen weder rechtlich noch praktisch unter dem engen Begriff der Armenpflege in die Erscheinung treten darf. Es wird dafür zu sorgen sein, daß die Gemeinden für alle infolge des Krieges hilfsbedürftig werden Personen – mögen sie im bisherigen Sinne als Arme oder als Kranke oder als Arbeitslose usw. zu betrachten sein – als eine aus dem Rahmen der gewöhnlichen Armenpflege völlig heraustretende KRIEGSWOHLFAHRTSPFLEGE üben. Rechtlich werden dadurch alle Folgen, die mit dem Bezug von Armenunterstützung verbunden sind, auch außerhalb des Reichsgesetzes vom 15. März 1909 ... beseitigt. Sachlich eröffnet sich eine erwünschte Beweglichkeit in der Art und dem Umfang der Zuwendung, die nicht an die engen Grenzen der Armenpflege gebunden ist.

einerseits wird es nötig sein, den Begriff der Hilfsbedürftigkeit weit zu fassen, auf der anderen Seite müssen in den Kreis der zu Unterstützenden auch Personen einbezogen werden, die das Odium einer ARMENHILFE nicht auf sich nehmen würden. Die Erwartung, daß die Kommunen ihre Pflicht in diesem Sinne auffassen, darf umso mehr gehegt werden, als sie schon verschiedentlich freiwillig sich mit patriotischer Hingabe dieser Aufgabe gewidmet haben und als sie mit jeder einzelnen derartigen Maßnahme in den Kriegszeiten in erhöhtem Maße auch der Allgemeinheit und dem eigenen Interesse dienen.“³⁾

Diese Regelung betraf hauptsächlich die Angehörigen von Arbeitern und Angestellten, die von ihrem bisherigem Arbeitgeber keine Unterstützung erhielten oder erwarten durften. Bei den staatlichen Arbeitern hieß es dagegen: „Zur Fürsorge für die zurückbleibenden

Familien der zum Heeresdienst einberufenen Arbeiter, welche in Reichs- und preußischen Staatsbetrieben ständig beschäftigt waren, soll nach einer Vereinbarung der beteiligten Verwaltungen den Angehörigen bis auf weiteres der Lohn des Einberufenen in folgender Weise fortgewährt werden: a) der Ehefrau je nach Bedarf 25 v.H. des Lohnes, b) jedem Kinde unter 15 Jahren je nach Bedarf bis zu 6 v.H. des Lohnes, im ganzen für alle höchstens die Hälfte des Lohnes.“⁴⁾

Die Fürsorge der einberufenen Bediensteten der Provinz Westfalen wurde vom Landeshauptmann unter dem 8. August 1914 u.a. wie folgt geregelt: „1. Die auf Lebenszeit oder Kündigung angestellten Beamten, einschl. diätarisch beschäftigten, beziehen ihr Einkommen weiter. 2. a) Von den übrigen auf Kündigung Beschäftigten erhalten die Verheirateten ihr Einkommen weiter. b) Die Unver-



Die Beerdigung des ersten gefallenen Gütersloher war im August 1914 noch ein öffentliches Ereignis. Als immer mehr Gütersloher den vermeintlichen Heldentod starben, beschränkte sich die Anteilnahme schließlich auf das persönliche Umfeld der Toten. Die Stadt und der Staat mußten sich zudem um die Versorgung der Hinterbliebenen kümmern, die zu Kriegsbeginn noch sehr schlecht geregelt war und nur durch persönliche Unterstützung von Nachbarn, Familienangehörigen oder der Gewerkschaften das Überleben sicherte. Die organisierte Hilfsbereitschaft in Gütersloh war erstaunlich groß.

heirateten erhalten die Hälfte ihres Einkommens. Der Betrag soll in Sparkassenbüchern oder ähnlich angelegt werden. ... Diese Bestimmungen gelten nicht nur für die Angestellten der Hauptverwaltung, sondern auch für die zahlreichen Angestellten der Provinzialanstalten".¹⁾

Weiter wird angeregt: „... dürfen wir uns wohl der Hoffnung hingeben, daß sie (die Anordnung) auch den engeren Kommunalverbänden (Gemeinden, Amtsverbänden, Kreisen) Anregung zu gleichen oder ähnlichen Maßnahmen geben wird, soweit sie nicht schon für die Krieger und deren Familien gesorgt haben, daß auch der preußische Staat in der Fürsorge für die Familien der zu den Fahnen Einberufenen, in den Staatsbetrieben bis jetzt tätig gewesenem Hilfsbeamten und Arbeiter sich von dem Provinzialverbände auf die Dauer nicht übertreffen lassen wollen, erachten wir für selbstverständlich".²⁾

Über eine praktische Wohlfahrtspflege wies v. Loebell in seinem bereits erwähnten Erlaß hin: „Ein beachtenswertes Beispiel ... bieten die vom Roten Kreuz in Berlin ins Leben gerufenen Bürgerspeisehallen, in denen Bedürftige für 10 Pfennig ein nahrhaftes Mittagbrot erhalten. Es wird sich empfehlen, daß Kommunen, die derartige Unterstützungen in größerem Umfang zu gewähren haben, sich zwecks Einrichtung von Speisehallen mit den Organisationen der freiwilligen Liebestätigkeit in Verbindung setzen und alsdann, unter entsprechender Herabsetzung der baren Unterstützung, die Verpflegung der notleidenden Bevölkerung durch Ausgabe von Speisemarken sicher stellen. Die Gewährung von Speisemarken wird, je nach dem Grade der Bedürftigkeit, unentgeltlich oder gegen Bezahlung erfolgen können. ... Bei weitherziger Übung der Kriegswohlfahrtspflege in dem dargelegten Sinne ist zu hoffen, daß es den Gemeinden gelingen wird, ohne allzugroße finanzielle Belastung, Nahrung und Obdach für alle ihre Angehörigen dauernd sicher zu stellen, ohne daß ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde zur Erfüllung dieser ihrer Pflicht nötig wird".³⁾

Es war natürlich selbstverständlich, daß die Kriegswohlfahrtspflege und andere Unterstützungsmaßnahmen nicht die Staatsbeamten betrafen, die bekanntlich ihr Gehalt ohne jegliche Einbuße weiterbezogen.

v. Loebell hatte bereits in seinem vorewähnten Erlaß darauf hingewiesen, daß die Kriegswohlfahrtspflege aus dem Rahmen der gewöhnlichen Armenpflege fiel, hierbei aber nicht vergessen werden darf, daß damit der Bedürftige nicht seiner politischen Rechte verorenung. Deshalb wurde auch in der Gütersloher Zeitung darauf aufmerksam gemacht: „Kriegsunterstützung ist keine Armenunterstützung. Die auf Grund der Reichsgesetze vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 zuständigen Unterstützungen für Familien der in den Kriegsdienst eingetretenen Mannschaften tragen nicht wie vielfach angenommen wird, den Charakter von Armenunterstützung, sondern es sind Zuwendungen, die unbemittelten Angehörigen dieser Mannschaften gesetzlich zu gewähren sind".⁴⁾

Die Versorgung der Kriegswitwen und der Kriegswaisen wurde nach dem Gesetz vom 17. Mai 1907 geregelt, wo es unter „II. Kriegsverordnung § 20 b) wenn die allgemeine Versorgung nicht zusteht" heißt:

3. für die Witwe eines Hauptmanns, Oberleutnants, Leutnants oder Feldwebel-leutnants **1200 Mark jährlich**
4. für die Witwe eines Feldwebels, Vizefeldwebels, eines Sergeanten mit der Löhnung eines Vizefeldwebels, eines Zugführers der freiwilligen Kriegskrankenpflege oder eines Unterbeamten mit einem pensionsfähigen Dienstinkommen von jährlich mehr als 1200 Mark **600 Mark jährlich**
5. für die Witwe eines Sergeanten, Unteroffiziers, Zugführer-Stellvertreters oder Sektionsführers der freiwilligen Kriegskrankenpflege oder eines Unterbeamten mit einem pensionsfähigem Dienstinkommen von jährlich 1200 Mark und weniger **500 Mark jährlich**

6. für die Witwe eines Gemeinen oder einer jeder anderen Person des Unterpersonals der freiwilligen Kriegskrankenpflege **400 Mark jährlich**

§ 21.

Das Kriegswaisengeld beträgt jährlich:

- b) wenn die allgemeine Versorgung nicht zusteht:

1. für jedes vaterlose Kind eines Offiziers **200 Mark**
für jedes elternlose Kind eines Offiziers **300 Mark**

2. für jedes vaterlose Kind einer Militärsperson der Unterklassen, eines Angehörigen der freiwilligen Kriegskrankenpflege oder eines Unterbeamten **168 Mark**
für jedes elternlose Kind einer Militärsperson der Unterklassen, eines Angehörigen der freiwilligen Kriegskrankenpflege oder eines Unterbeamten **240 Mark**.⁵⁾

Auch über diese Bestimmungen wurden die Betroffenen in der Gütersloher Zeitung unterrichtet.⁶⁾

Kriegswohlfahrtspflege und andere Unterstützung für die in Not zurückgebliebenen Angehörigen von Kriegsteilnehmern in Gütersloh

Im Gegensatz zu anderen Gemeinden, die sich anfänglich nicht um die in Not geratenen Familien sorgten, verhielt sich die Stadt Gütersloh gegenüber den Familien der Einberufenen und Hinterbliebenen von Kriegsbeginn an sehr hilfsbereit. Bereits am 31. Juli 1914 wies der Rat der Stadt angesichts der bevorstehenden Mobilmachung auf den Ernst der Lage hin und auf die Pflichten, die auf die Stadt zukommen würden, besonders für die dann in Not geratenen Zurückgebliebenen. Man schlug die Genehmigung eines „gewissen Kredites" für notwendige Ausgaben vor. Unter „gewissen Krediten" verstand man dabei, daß die Ausgabe von größeren Beträgen der Stadtvertretung zur Beschlußfassung vorgelegt werden müsse. Hierüber schrieb die Gütersloher Zeitung am 1. August 1914 ausführlich:

„Alles steht unter dem Eindruck der Ereignisse, die gestern durch die Bekanntgabe des Kriegszustandes ernst und besorgniserregend, aber auch erhebend geworden sind. Die Stimmung der Bürgerschaft fand ihren Ausdruck in der gestrigen Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums, worüber wir nachstehend den Bericht folgen lassen: Bildung eines Hilfskomitees. Stadtv. Vorst. Wolf: Meine Herren, Wir sind alle auf das tiefste erregt durch die Ereignisse der letzten Wochen und Stunden. Die Spannung ist auf das Höchste gestiegen, wo wir alle wissen, daß es sich wohl nur um offizielle, förmliche Entscheidungen handelt, von welchem Zeitpunkt ab wir uns im Kriegszustand befinden. Es haben sich so schnell die Dinge gestaltet, daß es nicht möglich war, die Sitzung aufzubestellen, und es ist auch wohl gut, daß die, denen die Sorge um die Stadt anvertraut ist, zusammenkommen in dieser ersten Stunde, um sich zu fragen, welche Pflichten an uns herantreten und dafür Vorschläge machen. – Hinaus zieht die Blüte unseres Volkes und es ist nötig, daß man ihr das Hinausziehen so leicht wie möglich macht, einmal dadurch, daß wir zeigen, daß für diejenigen, die sie zurücklassen, nach Möglichkeit gesorgt werden wird und dadurch, daß wir den Hinausziehenden selbst Erleichterungen schaffen. Meine Herren, es sind manche unter Ihnen, die die Kriegsjahre 1870/71 mitgemacht haben, die wissen, daß damals die durchfahrenden Truppen in Gütersloh verpflegt sind. ... Es wird aber noch vieles andere nötig sein und deshalb ist es gut, wenn wir schon heute mit Vorbereitungen beginnen. Nach Rücksprache mit dem Herrn Bürgermeister stelle ich den Antrag, uns zu ermächtigen, ein Komitee zu bilden, welches die nötigen Arbeiten in die Hand nimmt. Wir bitten ferner, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Komitee ein gewisser Kredit zur Verfügung gestellt wird. ... Der Ausdruck „gewisser Kredit" soll so verstanden werden, daß für die Bewilligung großer Summen wir uns verpflichtet fühlen, die Stadtvertretung zu fragen. Stadtv. Hornberg: Ich glaube, daß die Opfer-



Der Einsatz der Kinder und Jugendlichen für Hilfeleistungen im Krieg wurde intensiv propagiert. Während die Jungen vorläufige Übungen durchführten, strickten die Mädchen Socken und sorgten für „Liebesgaben“-Päckchen auch mit Lebensmitteln. Der Versand war sehr aufwendig, wurde jedoch bis 1915 intensiv betrieben, um die Verbindung von Heimat und Front durch Taten zu beweisen.

willigkeit in unserer Stadt noch gerade so ist wie 1870. Denn es waren in der damaligen Zeit nur wenige Städte unseres Vaterlandes so opferwillig wie Gütersloh. Es ist damals in jeder Weise auch für die Pflege der Verwundeten gesorgt und wenn jetzt wieder eine Aufforderung an die Bevölkerung ergeht, dann werden sehr viele Spenden eingehen.“¹¹⁾ Und die Stadt Gütersloh und die Bevölkerung waren wieder wie 1870/1871 aus langer Tradition heraus opferwillig.

Am 3. September 1914 beschloß dann der Rat gemäß Antrag des Magistrats, die ersten Summen für die im Felde stehenden Soldaten und deren zurückgebliebenen Angehörigen zu bewilligen. Bürgermeister Tummes schrieb diesbezüglich am 18. August 1914 an die Stadtverordnetenversammlung:

„Der unserm deutschen Reiche aufgezwungene Krieg wird an das rote Kreuz ganz gewal-

tige Anforderungen stellen. Wir halten es für eine Pflicht unserer Stadt, die so viele ihrer Söhne im Felde stehen hat, nach Kräften dazu beizutragen, daß das rote Kreuz seinen Aufgaben gerecht werden kann.

Weiter wird der Krieg in manche Familie unserer Stadt, deren Ernährer im Felde steht, Not bringen. Wohl greift hier der Staat, der Kreis und sonstige Hülfe ein. Aber gleichwohl wird es Fälle geben, wo diese Unterstützungen nicht ausreichen, um die Not vollständig zu beseitigen. Dann ist es u.E. ebenfalls Pflicht der Stadt zu helfen.

Wir beantragen daher:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle mit uns

- 1.) fünftausend Mark für das rote Kreuz,
- 2.) eine Summe bis zu fünfundzwanzigtausend Mark für die Gewährung von Unterstützungen an die nach den Gesetzen

vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 Unterstützungsberechtigten bewilligen...

Über die Gewährung von Unterstützungen soll von Fall zu Fall nach Anhörung des betr. Armenbezirksvorstehers beschlossen werden.“¹²⁾

Ferner beschloß man in Übereinstimmung mit dem Magistrat, den Beschlüssen des Kreises Wiedenbrück vom 11. August 1914 zuzustimmen, worin es um die Gewährung von Unterstützung an die nach dem Gesetz vom 28. Februar 1888 Unterstützungsberechtigten ging. Die Gütersloher Zeitung berichtete hierüber unter dem 4.8.1914: „15. Beschlußfassung über Bereitstellung von Mitteln für den Verein vom Roten Kreuz und für Unterstützung hiesiger Familien, deren Ernährer im Felde steht. Der Magistrat schreibt dazu: der dem Deutschen Reich aufgezwungene Krieg stellt an das Rote Kreuz gewaltige Anforderungen, wir halten es für unsere Pflicht beizusteuern, damit das Rote Kreuz seiner großen Aufgabe gerecht wird. Zur Unterstützung der Familien greift der Staat und der Kreis ein, und darum ist es auch Pflicht, daß die Stadt das ihrige tut. Es wird vorgeschlagen, 5000 Mark für das Rote Kreuz und 25000 Mark für Unterstützungen hiesiger Familien, deren Ernährer im Felde stehen, zu bewilligen... Stadtv. Hettmann fragt, wann die Unterstützung des Staates zur Auszahlung komme.

Beigeordneter Gütth erwidert, daß die Bearbeitung von etwa 300 Anträgen, die gestellt seien, einige Zeit erfordere. Jede Person müsse vernommen werden, um die Bedürftigkeit feststellen zu können. Wenn hier und da Klage geführt sei über die Verzögerung, so liege das nicht an der Stadtverwaltung. Es habe sich ergeben, daß die ersten Fragebogen der Regierung nicht genügt hätten und darum sei die Angelegenheit verzögert. Es gehe den betreffenden Familien dadurch aber nichts verloren, die Unterstützung werde vom Tage des Eintritts des Mannes an nachgezahlt. Dann komme noch das Mißverständnis hinzu, daß die Leute meinten, diese Unterstützung des Staates würde jedem gegeben der im Felde steht.

Das sei nicht der Fall. Das Gesetz sehe die Bedürftigkeit vor und daran lasse sich nichts ändern. Wenn man Klage hörte, daß der eine oder andere bei der Aufnahme des Protokolls habe lange warten müssen, so hätte das nicht an dem Beamten gelegen, bekanntlich könne es nicht jedem nach Wunsch gehen. Es sei Vorsorge getroffen, daß den Familien, die dringend Geld nötig hätten, ein Vorschuß gegeben wird, dieser Vorschuß werde dann später zurückbehalten. ... Stadtv. Stahl stellt den Antrag, eine Kommission einzusetzen, welche die Anträge auf Unterstützung aus städtischen Mitteln prüfe.

Stadtv. Abel wünscht, daß die mit der Feststellung der Bedürftigkeits-Verhältnisse betrauten Beamten keine jungen Leute sind, sondern ältere und erfahrene Männer, die mit Takt, Ruhe und Besonnenheit die Angelegenheit behandeln. Die Frauen sollen manchmal ziemlich scharf angehaucht sein. Es sei auch nicht ratsam, 7-8 Frauen in einem Raum abzufertigen, besser wäre, wenn jeder allein vernommen würde.

Beigeordneter Gütth entgegnet, daß mit den Arbeiten zwei Beamte beschäftigt seien, denen man volles Vertrauen entgegenbringe. Ein jüngerer Mann sei nur als Hilfsarbeiter tätig. Es sei ihm versichert, daß, wenn mehrere Frauen im Zimmer gewesen seien, stets leise gesprochen wäre.

16. Beschlußfassung über Beihilfe zu den Kriegsunterstützungen des Kreises. Der Kreistag hat in der Sitzung vom 15. d. Mts. 300 000 M zur Verfügung gestellt mit der Bestimmung, daß die Unterstützung von Fall zu Fall bemessen wird. Es sei vorgesehen, in den Sommermonaten ein Drittel und in den Wintermonaten die Hälfte der staatlichen Unterstützung als Zuschuß zu gewähren. Private Unterstützungen sollen nicht in Abrechnung kommen. Ferner soll die Jubiläumsspende von 15 000 M zum 25jährigen Regierungsjubiläum unseres Kaisers in dringenden Fällen zur Verteilung kommen. Von diesen Unterstützungen des Kreises hat die Wohngemeinde der Unterstützten ein Fünftel zu erstatten. Der Antrag

land einstimmige Annahme".¹³⁾

Aber nicht nur die Stadt Gütersloh trat sofort für die bedürftigen Familien ein, sondern auch in großherziger Weise die hiesige Bevölkerung. So spendete am 10. August 1914 der Marineverein zur Unterstützung von bedürftigen Frauen und Kindern der ins Feld gezogenen Ehemänner 201,75 Mark.

Unter „Hochherzige Tat“ heißt es in der Gütersloher Zeitung vom 3.8.1914: „Herr Verlagsbuchhändler Joh. Mohr hat für die daheimbleibenden Frauen und Kinder seiner ins Feld ziehenden Arbeiter in edelsinniger Weise gesorgt. Es erhält jede Frau 10 Mark und jedes Kind unter 14 Jahre 1 Mark jede Woche ausbezahlt.“¹⁴⁾

Weiter spendeten: am 4. August 1914 die Fa. Bartels den Betrag von 3 000 Mark zur Unterstützung der Familien ihrer eingezogenen Arbeiter; der Artillerie-Verein beschloß einstimmig, den Familien von eingezogenen Mitgliedern aus dem Vereinsvermögen Unterstützung zu gewähren und bis zu 2 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Im Spendenaufruf vom 12.8.1914 heißt es unter dem Schlagwort: „Doppelt gibt, wer rasch gibt“. Alle wehrfähigen Männer sind in heller Begeisterung hinausgezogen, um das Vaterland, Haus und Herd, Weib und Kind zu schützen gegen den Ansturm der Feinde ringsum. Während sie draußen kämpfen für Freiheit, Ehre und Vaterland, sitzen daheim so viele Familien in Sorge um das Leben ihrer Ernährer und um die tägliche Notdurft. Was mit öffentlichen Mitteln geschehen kann, um die Not von den Familien unserer Streiter fernzuhalten, das geschieht. Aber mehr noch muß geschehen. Jeder einzelne, der geben kann, hat die heilige Pflicht, sich der Frauen und der Kinder unserer wackeren Soldaten anzunehmen. Und die Erfüllung dieser Pflicht wird für die, denen es nicht vergönnt ist, zu des Vaterlandes Schutz hinauszuziehen, eine herzliche Genugtuung sein. – Große Aufgaben hat auch der Verein vom Roten Kreuz zu erfüllen. Außer den schon gespendeten Beiträgen sind noch weitere bedeutende Geldmittel für die so über-

aus wichtige Verwundeten-, Kranken- und Wohlfahrtspflege notwendig. Darum ergeht an alle opferfreudigen Einwohner unserer Stadt die herzliche Bitte, freiwillige Gaben zur Unterstützung bedürftiger Familien von Kriegsteilnehmern sowie für die Arbeit des Roten Kreuzes und der Vaterländischen Frauenvereine reichlich zu spenden. – Sammelstelle für unseren Stadtbezirk ist die Stadtkasse, Zimmer 1 im Rathause. Daß bereits mehrere hundert Mark für obige Zwecke dort eingezahlt sind, möge für viele ein Ansporn sein. Die Verwendung dieser Spenden wird gewissenhaft und dort, wo die Not am größten ist, erfolgen.“¹⁵⁾

Auf der Generalversammlung des Landwehrvereins wurde beschlossen, das Vereinsvermögen von etwa 14 000 Mark, soweit die Not es erforderte, zur Unterstützung der im Felde stehenden Mitglieder zu verwenden. Die unterstützungsbedürftigen Frauen sollten ihre Anträge dem Vorstand einbringen, der wöchentlich tagte. Auf der Generalversammlung hieß es u.a.: „Wie hoch die einzelnen Unterstützung sein solle, müsse sich nach der Bedürftigkeit richten. Der Kreis Wiedenbrück habe in der Kreistagsitzung am Sonnabend 300 000 Mark bewilligt für die Unterstützung der Familien, deren Ernährer im Kriege sind. Der Staat bezahle monatlich ... Unterstützung. Die gleiche Unterstützung werde, wenn es notue, auch der Kreis bewilligen, im allgemeinen würde man jedoch so weit geben, daß die Hälfte oder 1/3 der staatlichen Sätze gegeben werde. Wenn dann noch die Kriegervereine das Nötige täten, würden die Frauen keine Not leiden.“¹⁶⁾

Viele Gütersloher werden sicherlich so gedacht und gehandelt haben wie der Landwehrverein.

Auf der gleichen Versammlung sprach auch der Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse über die Weiterversicherung und führte hierzu aus: „Er empfahl dann noch recht dringend, daß die Ehefrauen der hinausgezogenen Krieger recht bald (spätestens innerhalb drei Wochen) bei der Kasse den

Antrag auf Weiterversicherung stellen. Dadurch können die Frauen für den niedrigen Betrag von 72 Pfennig vierwöchentlich sich die Rechte der Kassenmitglieder sichern und bei Krankheiten die Leistungen der Kasse erhalten. Die freiwillige Weiterversicherung gilt für sämtliche Krankenkassen, auch Betriebs- und Innungskrankenkassen. Es werden die Arbeitgeber gebeten, in allen Fällen die Frauen darauf aufmerksam zu machen oder ihrerseits die Anmeldung zu übernehmen.“¹⁷⁾

Vom 2.9.-4.9.1914 gingen an der Sammelstelle in der Stadtkasse zur Unterstützung bedürftiger Familien von Gütersloher Kriegsteilnehmern 3.973,32 Mark ein; der Vaterländische Frauenverein und das Rote Kreuz forderten Frauen und Mädchen in Anzeigen usw. zu Näharbeiten und zum Stricken für die Soldaten im Feld auf;

am 7.9.1914 bewilligte die Stadt Gütersloh weitere 5 000 Mark für das Rote Kreuz mit dem

Wunsch, den Zuschuß in erster Linie für das Rote Kreuz in Gütersloh zu verwenden;

15.9.1914: die Gütersloher Bank gab 750 Mark zur Unterstützung Gütersloher Familien, sowie weitere 250 Mark für das Rote Kreuz; am 3.10.1914 schickte der Magistrat an den im Felde stehenden Bürgermeister Gustav Tummes, jetzt Leutnant d.L.a.D., zwei Kisten mit Liebesgaben nach Charleroi in Belgien, die für die Gütersloher in seiner Einheit bestimmt waren;

Anfang Oktober 1914 fuhren Karl Stahl, Paul Niemöller, Friedrich Elmendorf und Otto Bartels nach Belgien und Frankreich, um dort unter großen Schwierigkeiten Päckchen für die Gütersloher zu übergeben;

bei einer Sammlung vom 19.10. - 24.10.1914 konnte man einen Spendeneingang von 9 243,17 Mark verzeichnen;

am 6.11.1914 sandte die Kognakbrennerei Karl Stahl 500 Flaschen Gütersloher Tropfen



Zahlreiche junge Frauen unterstützten 1914 während der Mobilisierung die Arbeiten des Roten Kreuzes bei der Verpflegung der durchreisenden Soldaten. Später dürfte ein Teil von ihnen auch in den beiden Gütersloher Krankenhäusern bei der Versorgung der Verwundeten geholfen haben.

an die im Felde stehenden Soldaten; der Garde-Verein bewilligte 100 Mark an die Hinterbliebenen von gefallenen Mitgliedern, weitere 100 Mark für die Beschaffung von warmer Unterkleidung;

von Anfang Dezember 1914 bis Januar 1915 spendeten die Gütersloher für die notleidenden Familien insgesamt 1.750,22 Mark.

Bis Ende 1914 stellte die Stadt Gütersloh eine Summe von Mark 44.290,43 für das Rote Kreuz zur Verfügung, Mark 670,00 als Weihnachtsgabe für die Hinterbliebenen von Gefallenen und Mark 1.211,00 für den Vaterländischen Frauenverein. Die Stadtkasse erhielt Mark 10.221,18 zur Unterstützung bedürftiger Familien, davon zahlte man u.a. Mark 1.541,50 als Mietunterstützung und Mark 269,44 für sonstige Zwecke.

(Es dienten im Heer/Marine bis zu diesem Zeitpunkt 1882 Männer, gefallen waren 82 Soldaten, davon waren 32 verheiratet).

Wie sahen nun die Unterstützungen im einzelnen aus, die die Stadt Gütersloh an die notleidenden Familien zahlte?

6.10.1914 Mietunterstützung für 27 bedürftige Familien (15-60 Mark)

insgesamt 759,50 Mark

13.10.1914 Kriegswohlfahrtspflege für 8 Personen (20-40 Mark)

insgesamt 210,00 Mark

16.10.1914 wie oben, für 6 Personen (10-40 Mark)

insgesamt 125,00 Mark

26.10.1914 wie oben, für 3 Personen (20-30 Mark)

insgesamt 80,00 Mark

9.11.1914 wie oben, für 11 Personen (10-25 Mark)

insgesamt 194,00 Mark

30.11.1914 wie oben, für 6 Personen, auch Schulgeld für 1 Kind (15-40 Mark)

insgesamt 160,00 Mark

14.12.1914 wie oben, für 2 Personen (8-25 Mark)

insgesamt 33,00 Mark

Beschluß, den bedürftigen Familien der gefal-

lenen Soldaten aus Gütersloh eine Weihnachtsgabe zu überweisen, und zwar Mark 10 für die Ehefrau und Mark 5 pro Kind
21.12.1914 Kriegswohlfahrtspflege, für 26 Personen (10-50 Mark)

insgesamt 601,00 Mark

04.01.1915 wie oben, für 43 Personen (5-50 Mark)

insgesamt 990,00 Mark

06.01.1915 wie oben, für 8 Personen (10-40 Mark)

insgesamt 175,00 Mark

13.02.1915 wie oben, für 8 Personen (10-30 Mark)

insgesamt 175,00 Mark

Arbeitslosigkeit während der ersten Kriegsmomente

Im Deutschen Reich herrschte anfänglich teilweise große Arbeitslosigkeit. Diese trat in Gütersloh nur kurz während der ersten Mobilisierungstage auf. Aus den vorliegenden Meldungen vom 3.9.1914 geht hervor, daß nur einige Betriebe schließen mußten, so z.B. die bekannte Mausefallenfabrik Wilking (70 Arbeiter), wo vorwiegend Mädchen beschäftigt waren, dann Fissenewert mit 40 Personen und die Gütersloher Lederwerke mit 25 Arbeitern. Alle anderen Fabriken arbeiteten weiter, wenn auch anfänglich mit Einschränkungen. Doch fanden die entlassenen Arbeiter schnell wieder Beschäftigung in den Betrieben, die so gleich größere Heereslieferungen zu bewältigen hatten oder beim Bahnbau wie auch beim Bau der Heilanstalt. Man erwartete allerdings, daß die beiden Gütersloher Seidenwebereien aus Mangel an Rohmaterialien stillgelegt werden müßten. Die dann frei werdenden Arbeitskräfte, hoffte man, in den mechanischen Webereien unterbringen zu können.

Angesichts der auf dem Gütersloher Arbeitsmarkt herrschenden günstigen Lage gab man schon bald Anweisung, daß die Kriegsgefangenen auf dem Friedhof beschäftigt werden könnten.

Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Bielefeld beschloß: „Die Familien der ausge-

rückten Arbeitnehmer sollen im Bedürfnisfälle von ihren Arbeitgebern unterstützt werden. Ferner wird den Verbandsmitgliedern empfohlen, ihre Betriebe so lange wie irgend möglich aufrecht zu erhalten. Die Spinnereien werden vorläufig in der Lage sein, in vollem Umfange weiterzuarbeiten, während bei den Webereien sehr wahrscheinlich Einschränkungen nicht zu vermeiden sein werden.“¹⁵⁾

Daß man der Arbeitslosigkeit verstärkt Aufmerksamkeit schenkte, geht auch aus dem folgenden Erlaß des preußischen Ministers des Innern v. Loebell vom 21.8.1914 hervor, in dem es u.a. heißt: „Es ist notwendig, die vortreffliche Stimmung und Haltung der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied der Abstammung und politischen Richtung, die sich während der Mobilmachung in so erfreulicher Weise gezeigt hat, zu nähren und zu erhalten. Diesen Gesichtspunkten ist bei allen Verwaltungsmaßnahmen Rechnung zu tragen. Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und Sorgfalt muß die Verhütung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung ihrer demoralisierenden Folgen sein... ist ferner auf die Bedeutung von Maßnahmen der Gewerbetreibenden hingewiesen worden, durch die die Entlassung von Arbeitern vermieden werden kann. Soweit gleichwohl noch Arbeitslose in größerer Zahl vorhanden sind, wird die Einberufung des Landsturms ihre Zahl nicht überall wesentlich herabsetzen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß die Kommunen als Träger der Ortsarmenlast hier einschreiten. Um indessen zu vermeiden, daß die Armenpflege in übermäßigem und überflüssigem Umfange in Anspruch genommen werde, ist es nötig, daß die Kommunalverwaltungen rechtzeitig mit den Arbeitgebern und den Arbeitgeberorganisationen aller Parteirichtungen Fühlung nehmen; mit den ersteren, um zu erreichen, daß die Inhaber stillgelegter Betriebe sich wenigstens an der Fürsorge für diejenigen Arbeiter beteiligen, die bei ihnen lange Zeit in Arbeit gestanden haben; mit den letzteren, um zu vermeiden, daß sich die für die nächste Zeit zu er-

wirkenden Arbeitslosenunterstützungen der Arbeiterorganisationen mit der kommunalen Fürsorge in einem das Bedürfnis übersteigenden Masse kumulieren. Die Fühlungnahme mit den Arbeitervereinigungen wird sich auch um deswillen empfehlen, weil sie wesentlich zu einer Beruhigung der Arbeiterbevölkerung beitragen wird... Die Beschäftigung freiwilliger Kräfte, durch die den auf den Verdienst angewiesenen Personen ein nicht gerechtfertigter Wettbewerb gemacht wird, wird ganz unterbleiben müssen. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Frauen der eingezogenen Wehrmänner durch die ihnen vom Staate und vielfach auch von den Kommunen gewährten Beihilfen regelmäßig in ihrem Nahrungsstande so sichergestellt sein werden, daß sie ohne Härte aus der Konkurrenz der Arbeitskräfte ausgeschieden werden können.“¹⁶⁾

Auch der preußische Handelsminister richtete in einem Erlaß an die Handelskammern das Ersuchen, Entlassungen von Arbeitern und Angestellten nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Arbeitgeber sollten selbst unter persönlichen Opfern die Weiterbeschäftigung ihrer Leute ermöglichen. Es wurde dabei besonders darauf hingewiesen, die Rechnungen der Gewerbetreibenden prompt zu bezahlen, damit vor allem die kleineren Betriebe ihre Beschäftigten auch auslöshen konnten.

Mietzahlung im Krieg

Es fiel den Familien schwer, die von der kärglichen Unterstützung leben mußten, auch noch die anstehende Miete zu zahlen. Der Bund des Haus- und Grundbesitzervereins empfahl daher seinen Mitgliedern, den durch die Kriegsereignisse unschuldig in Not geratenen Mietern Stundung oder Nachlassung eines Teils der Monatsmiete zu gewähren. Die Bevölkerung wurde jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die Verpflichtung zur Mietzahlung weiterbestand und der Krieg hierauf keinen Einfluß hatte. Obwohl es gesetzlich vorgeschriebene Erleichterungen für die im Feld befindlichen Mieter und deren Angehörige gab,

MODE, AUF DIE MAN FLIEGT!



eusterhus
GÜTERSLOH NEUENKIRCHENER STRASSE
pin's shop

mußten doch die Gemeinden mit Mietbeihilfen einspringen.

Weitere private Spenden in Gütersloh

Die Firma Heinrich Spreen – die für die Rüstung arbeitete – spendete 1 000 Mark im Jahr 1915. Kommerzienrat Fritz GÜth und Frau taten sich während des Krieges besonders in der Fürsorge für die Familienangehörigen eingezogener Soldaten hervor. So spendete er im Jahr 1916 der Stadt 10 000 Mark für die Kriegswohlfahrt.

Im gleichen Jahr stellten die Geschwister Elise und Friedrich Osthus der Stadt 10 000 Mark für die Kriegswitwen und Kriegswaisen in der Gemeinde Gütersloh zur Verfügung. Die Zinsen aus dieser Schenkung unter dem Namen „Osthussche Stiftung“ sollten jährlich den bedürftigen Kriegerwitwen und Kriegswaisen je nach ihrer Bedürftigkeit zugute kommen.

Finanzierung der Kriegswohlfahrtspflege in Gütersloh

Bereits zu Beginn des Krieges hatte die Stadt Gütersloh finanzielle Mittel zur Deckung der durch die Kriegswohlfahrtspflege entstandenen Ausgaben zur Verfügung gestellt.

Da der Krieg aber nicht das erwartete schnelle Ende nahm, mußte man 1915 nochmals 100 000 Mark aufnehmen. Weitere entsprechende Geldaufnahmen folgten: 1916 nochmals 100 000 Mark; 1917 waren es 150 000 Mark und schließlich 1918 die 4. und letzte Anleihe von 150 000 Mark.

Bibliographie:

Deutschland im Ersten Weltkrieg. Band 1. Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein. Berlin 1968.

Band 2: Januar 1915 bis Oktober 1917. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsch. Berlin 1968.

Gerd Hardach: Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert. Band 2. dtv 4122. München 1973.

Günther Mai: Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg. Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. dtv 4510. München 1987.

Stadtarchiv Gütersloh (StadtA GT):

Stadtverordnetenbeschlüsse für die Zeit vom 8. Januar bis 17. Dezember 1914.

Stadtverordnetenbeschlüsse für die Zeit vom 14. Januar 1915 bis 11. Januar 1923.

Magistratsbeschlüsse für die Zeit vom 23. April 1914 bis 12. Januar 1920.

Anmerkungen:

- 1.) Reichsgesetzblatt (RGBl) (Nr. 1771) Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. Vom 28. Februar 1888.
RGBl (Nr. 4438) Gesetz zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888 (Reichs-Gesetzbl. S. 59). Vom 4. August 1914.
- 2.) Gütersloher Zeitung (GZ) vom 4. August 1914
- 3.) StadtA GT Akten, Sgn. D 251
- 4.) GZ vom 10. August 1914
- 5.) GZ vom 11. August 1914
- 6.) wie vor
- 7.) StadtA GT Akten, Sgn. D 251
- 8.) GZ vom 12. September 1914
- 9.) RGBl (Nr. 3330) Militärhinterbliebenengesetz. Vom 17. Mai 1907
- 10.) GZ vom 21. Oktober 1914
- 11.) GZ vom 1. August 1914
- 12.) StadtA GT Akten, Sgn. D 251
- 13.) GZ vom 4. September 1914
- 14.) GZ vom 3. August 1914
- 15.) GZ vom 12. August 1914
- 16.) GZ vom 17. August 1914
- 17.) wie vor
- 18.) GZ vom 4. August 1914
- 19.) StadtA GT Akten, Sgn. D 251
Außerdem: Sgn. D 62 und D 245.

Zwischen Streckung und Hamsterei

Ernährungsprobleme im Spiegel der Akten des Landkreises Wiedenbrück von Oliver Lücke

Thema dieses Aufsatzes ist die Darstellung der Verordnungen zur Sicherstellung der wichtigsten Ernährungsträger und deren Umsetzung durch die örtliche Verwaltung, soweit dies möglich ist. Anhand der Akten des Kreisarchives Gütersloh¹⁾ werde ich versuchen, eine Bewertung der Ernährungslage im Landkreis Wiedenbrück bei fortschreitender Kriegsdauer vorzunehmen. Denn schon im 1916 wurde die Versorgungslage vor allem in den Städten und Industrieregionen bedenklich knapp. Die drängendsten Probleme: der Schleichhandel, die „Hamsterei“ und auch hungerbedingte Ausschreitungen zu Beginn der Revolutionswirren. Es ist zu überprüfen, wie sich die Bevölkerung des Landkreises Wiedenbrück verhielt, ob es auch hier einen regen „Schwarzmarkt“ und gewalttätige Ausschreitungen gab.

Die Dokumentensammlung „Volksernährung im 1. WK“, Kreisarchiv Gütersloh, Wiedenbrück ist die einzige zugängliche Quellensammlung aus der betreffenden Zeit für den ehemaligen Landkreis Wiedenbrück. Leider sind die Quellen hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Zuverlässigkeit nicht ausreichend zu bewerten. Es ist nahezu sicher, daß viele Dokumente verlorengegangen sind. Dies läßt besonders eine deutliche Aktenlücke zwischen dem Frühjahr 1915 und dem Beginn des Jahres 1916 vermuten.

Dagegen ist die Aktenlage bis Mitte 1915 sehr dicht, teilweise „übereifrig“ und pedantisch genau, ohne deshalb aber ausgesprochen aufschlußreich zu sein oder einen Hinweis auf ihre Effektivität zuzulassen. Mit fortschreitender Kriegsdauer wird die Dokumentensammlung spärlicher, um bei Kriegsende allmählich zu versiegen.

1. Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur des Landkreises Wiedenbrück

Der Landkreis Wiedenbrück unterstand 1914, zu Beginn des 1. Weltkriegs, politisch dem Regierungsbezirk Minden.

Weitere Städte, neben der Kreisstadt Wiedenbrück, waren Gütersloh, Rheda und Rietberg. Außerdem noch 11 Dörfer: Herzebrock, Klarholz, Friedrichsdorf, Verl, Kaunitz, Neuenkirchen, Mastholte, Lette, Bosfeld, St. Vit und Langenberg. 24 politische Gemeinden waren in 6 Ämtern: Reckenberg, Rietberg, Verl, Avenwedde, Nordrheda-Ems und Herzebrock zu Verwaltungs- und kommunalen Einheiten zusammengefaßt.²⁾

Die Gesamtfläche des Landkreises Wiedenbrück betrug 49896 Hektar und war überwiegend von der Landwirtschaft dominiert und demzufolge agrarisch strukturiert. Die Höfe produzierten sowohl Getreide als auch Fleisch (Schwein, Rind, Geflügel). Eine Spezialisierung des Landkreises auf ein Produkt gab es jedoch nicht.

Allein in Gütersloh, und zaghaft auch in Herzebrock und Rheda, schnitt um die Jahrhundertwende die industrielle Entwicklung in nennenswertem Maße fort. Diese günstige Entwicklung von Handel und Gewerbe in Gütersloh ist durch die fortschrittliche Verkehrsanbindung (Bahnanschluß und Reichsautobahn) und frühzeitige Anpassung an „neuzeitliche Wirtschaftsverhältnisse“ bedingt.³⁾

Damit war Gütersloh die einzige Stadt des Landkreises, in der es während des 1. Weltkriegs ein Industrieproletariat gab, welches über keine, oder nur unzureichende, Selbstversorgungsmöglichkeiten verfügte. Diese Schicht stand gegen andere Bevölkerungs-

kreise, die zwar keine ausgeprägte Landwirtschaft betrieben, aber doch oft die Möglichkeit hatten, in begrenztem Maße Getreide anzubauen oder Vieh zu halten.

Im Landkreis Wiedenbrück lebten im Jahre 1912 65831 Menschen, davon allein in Gütersloh etwa 18000.⁴⁾

2. Sicherstellung der wichtigsten Ernährungsträger im Spiegel verwaltungstechnischer Maßnahmen

Schon kurz nach Kriegsbeginn, im August 1914, traten deutliche Engpässe in der Ernährungsfrage zu Tage. Das deutsche Reich war in erheblichem Maße von Nahrungsmittelimporten aller Art aus dem Ausland abhängig, und in Bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln nicht auf einen längeren Krieg eingerichtet. England konnte durch seine Seeblockadepolitik die Importe verringern, mit fortwährender Kriegsdauer sogar annähernd unterbinden.

Bereits am 21. August 1914 teilte der Regierungspräsident in Minden den untergeordneten Kommunalverwaltungen, darunter auch der Kreisverwaltung Wiedenbrück, mit, das stellvertretende Generalkommando des 7. Armee Korps mit Sitz in Münster sei wiederholt ersucht worden, den beschleunigten Transport von Kohlen, Lebensmitteln und sonstigen Gebrauchsgegenständen zu veranlassen, da bereits „Mangel eingetreten“ sei.⁵⁾

Schon im ersten Kriegsmonat waren hektische Bemühungen seitens der Regierung zur Sicherung der Volksernährung zu verzeichnen. Gleichzeitig wurde die Zivilbevölkerung fast täglich mit Flugblättern und Bekanntmachungen in den Heimatzeitungen aufgerufen, sparsam mit dem Vorhandenen umzugehen und sich um Mehrung der Vorräte zu bemühen. Zum erstenmal in einem Krieg greift hier die „Mobilisierung der Heimatfront“ entscheidend in die Lebensgewohnheiten der Bürger ein.⁶⁾ In einem „Mahnwort an die Bewohner des Landkreises Wiedenbrück“ ruft im August 1914 der Landrat Klein, auch im Vorstand des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Wieden-

brück, die Bevölkerung auf, „den kämpfenden Vätern und Brüdern den Besitz von Haus und Hof, von Herd und Scholle in angestrengter, treuer Arbeit während der Kriegszeit zu erhalten. Es gilt vor allem, die Ernährung unseres Heeres und Volkes sicher zu stellen“.

Klein hält es für die „vaterländische Pflicht“ eines jeden, „die umfangreiche Schweinehaltung beizubehalten, ja wenn möglich noch zu verschärfen“. Unter keinen Umständen dürften unreife Schweine verkauft oder geschlachtet werden. Auch für eine Aussaat zukünftig benötigter Futtermittel sei es noch nicht zu spät. „Nichts, was nur irgend Futterwert hat – wie Eichele, Kastanien und Bucheckern – darf ungenutzt bleiben.“⁷⁾

2.1. Maßnahmen zur Sicherstellung der Fleischversorgung

Am 27. August 1914 weist der Regierungspräsident in Minden die Kreisverwaltung eindringlich darauf hin, daß der „Viehausgleich“, also die Versendung von Masttieren in Regionen mit niedrigerer Zuchtwirtschaft, nicht über das notwendige Maß beeinträchtigt werden darf. Der Mangel an Veterinären habe bereits dazu geführt, daß die bisher strenge Bekämpfung der Viehseuchen, insbesondere der Maul- und Klauenseuche, nicht mehr aufrechtzuerhalten sei.⁸⁾

Eine der ersten verwaltungstechnischen Maßnahmen zur Sicherstellung der Fleischvorräte seitens der Regierung ist die Verordnung „Betreffend Verbot des vorzeitigen Schlachtens von Vieh“. Der Bundesrat verfügte darin am 11. September 1914, „Schlachtungen von Kälbern, die weniger als 75 Kilogramm Lebendgewicht haben, und von weiblichen, noch nicht sieben Jahre alten Rindern, sind für die Dauer von drei Monaten seit dem Inkrafttreten dieser Verordnungen verboten. Ausgenommen von dem Verbot ist Weidemastvieh aus Gebieten, die von den für diese zuständigen Landeszentralbehörden bestimmt sind“.⁹⁾

Ein Verbot des vorzeitigen Schlachtens von Schweinen wird dagegen zu diesem Zeitpunkt noch nicht festgeschrieben, möglicher-

weise ein Hinweis auf die unzureichende Praxisnähe der Zentralverwaltung in Berlin. Erst am 6. Oktober 1914 wird das „Verbot des vorzeitigen Schlachtens von Vieh“ um „trächtige Sauen“ ergänzt, befristet bis zum 19. Dezember 1914. Am 23. Dezember 1914 sprechen sich die Amtmänner der Kreisgemeinden für eine Aufrechterhaltung des Schlachtverbots aus.¹⁰⁾

Diese Verordnungen hinsichtlich der Viehzucht scheinen der preußischen Zentralverwaltung ausreichend gewesen zu sein. Die Einhaltung dieser Vorschriften oblag der Ortspolizei und der kommunalen Verwaltung. Die Befragung der praxiserprobten Amtmänner zeigt zumindest in dieser Frage eine (bedingte) Unerfahrenheit des Ministeriums in Bezug auf die Planung und Lenkung der Volksernährung. Auch ist an diesen läuen, nicht in den unmittelbaren Produktions- und Verteilungsprozeß eingreifenden Verordnungen der in weiten Kreisen verbreitete Glaube an eine nur kurze Kriegsdauer abzulesen.

Weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der Fleischversorgung durch oder für den Landkreis Wiedenbrück gehen aus dieser Akte nicht hervor.¹¹⁾

2.2. Maßnahmen zur Sicherstellung der Getreideversorgung

Dem Brotgetreide sowie den Viehfuttermitteln kommt traditionell eine besondere Bedeutung bei der Ernährung zu. Folglich mußte auf das Getreide ein Hauptaugenmerk bei der Versorgungsplanung geworfen werden, ist es doch, anders als beispielsweise Fleisch, für den menschlichen Nahrungsbedarf nahezu unersetzlich.

Am 16. Oktober verfügt der Minister des Innern in einem Schreiben an die Regierungspräsidenten, daß größere Kornspeicher, Mühlen, Getreide und Lebensmittellager unter besondere Bewachung zu stellen seien, um diese vor Vernichtung durch Brandstiftung feindlicher Agenten zu schützen. Auch sollte das Personal der genannten Einrichtungen auf seine Zuverlässigkeit überprüft werden.

Fortan widmen das Ministerium des Innern und das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ihr Hauptaugenmerk der ausreichenden Sicherung der Brotgetreidevorräte, zum einen durch ein strenges Schrotungsverbot, vor allem um der Verfütterung von Getreide an Vieh zuvorzukommen, zum anderen durch die vermehrte Kultivierung von brachliegenden Anbauflächen.

Am 28. Oktober verfügt der Bundesrat das „Verbot des Schrotens von Roggen und Weizen“, auch wenn er mit anderen Früchten versetzt oder nicht mahlfähig ist.

In Paragraph zwei heißt es: „Die Ortspolizeibehörden können für einzelne Fälle oder auf jederzeitigen Widerruf allgemein bestimmten Personen oder Betrieben die Herstellung von Roggen- oder Weizenschrot zur Brotbereitung gestatten, sofern die Verwendung des Schrots zur Brotbereitung gesichert ist. Dem Hersteller ist eine schriftliche Genehmigung über die Zustellung auszuhändigen.“¹²⁾

Hiermit legte der Bundesrat die Grundlage für scharfen Kontrolle der Brotgetreidevorräte. Um die Jahrhundertwende war es in ländlichen Gebieten wie dem Landkreis Wiedenbrück üblich, daß große wie auch kleine Selbstversorger ihr selbsterzeugtes Getreide zur Mühle brachten und es nach dem Schrotten wieder abholten, um es zu verarbeiten. Dieser Brauch wurde durch die pflichtgemäße Registrierung durch den Mühlenbetrieb deutlich eingeschränkt. Die Weiterverarbeitung des gemahlten Getreides wurde auf wenige Betriebe kanalisiert. Fortan konnten Selbstversorger nur noch geringe Mengen Getreide selbst schrotten, wollten sie die Registrierung des Getreides umgehen.

Um die Einhaltung des Schrotungsverbotes sicherzustellen, so die Verordnung, sind die Beamten der Ortspolizeibehörde befugt, die Betriebsräume der Unternehmer von Getreide- und Schrotmühlen sowie der Getreide- und Futtermittelhändler jederzeit zu betreten. Der Regierungspräsident sieht sich denn auch in einem persönlichen Brief an die

Landräte des Bezirks veranlaßt, auf die konsequente Einhaltung des Verbotes achten und Übertretungen durch die Ortspolizei gewissenhaft und unnachgiebig verfolgen zu lassen.

Wörtlich: „Die häufigen und mannigfachen Versuche, das Verbot zu umgehen, zeigen, daß in den beteiligten Bevölkerungskreisen seine sehr ernste vaterländische Bedeutung vielfach nicht genügend erkannt wird. Es sind deshalb, soweit es nicht schon geschehen ist, geeignete Maßnahmen einzuleiten, durch die besonders die landwirtschaftliche Bevölkerung eindringlich darüber aufgeklärt wird, daß alles Brotgetreide für die Brotversorgung unbedingt eingespart werden muß, um diese auch für den Fall einer längeren Dauer des Krieges zu sichern.“¹³⁾

Ergänzend zum Schrotverbot beschloß der Bundesrat am 28. Oktober 1914 weitergehende Verordnungen zur Nahrungsmittelfrage. Fortan besteht ein Verfütterungsverbot von Roggen und Weizen an Tiere.

Weiterhin wurde das sogenannte „Kriegsbrot“, auch „Kornmehl“ oder „Kartoffelbrot“ genannt (kurz: K-Brot), aus der Taufe gehoben. Dem gemeinen Weizenbrot mußten Kartoffelflocken und Roggen beigemischt werden. Der prozentuale Anteil änderte sich mit der Dauer des Krieges.

In einer Erläuterung zu der Verordnung heißt es: „Die Versorgung Deutschlands mit den wichtigsten Nahrungsmitteln bis zur nächsten Ernte ist gesichert, mag sich der Krieg auch noch so lange hinziehen, wenn von vornherein sparsam mit den Vorräten umgegangen wird. Unsere Feinde bauen darauf, daß Deutschland, möge es auch mit den Waffen Erfolge erzielen, schließlich doch durch Nahrungsmangel zu einem ungünstigen Frieden gezwungen werden kann. Es ist die heilige vaterländische Pflicht der in der Heimat Zurückgebliebenen, jeder an seiner Stelle und in seiner Weise dabei mitzuwirken, daß diese Hoffnung nicht in Erfüllung geht.“¹⁴⁾

Diese pessimistischen Zeilen wurden bereits zwei Monate nach Kriegsbeginn verfaßt und

deuten an, in welcher prekären Lage sich die Nahrungsmittelversorgung in weiten Teilen Deutschlands bereits befinden mußte.

Davon scheint im Landkreis Wiedenbrück noch nicht viel zu spüren zu sein. Im Dezember 1914, nach der Herbstbestellung der Getreidefelder, melden die Amtmänner der verschiedenen Kreisgemeinden keine besonderen Vorkommnisse an die Kreisverwaltung. Der Tenor spricht von einer „ordnungsgemäßen Bestellung der Felder“ und von „keinen Schwierigkeiten“. Zwar sei in manchen Bereichen ein „gewisser Mangel an Arbeitskräften“ zu verzeichnen gewesen. Dem sei aber durch private Hilfstätigkeit abgeholfen worden. Darüberhinaus seien vielfach neue Grundflächen kultiviert worden.¹⁵⁾

Damit scheint die „Mobilisierung der Heimatfront“ im Landkreis Wiedenbrück in den ersten Kriegsmonaten erfolgreich gewesen zu sein. In den Akten der Kreisverwaltung ist nur ein Verstoß gegen die genannten Erlasse bekannt.

In Gütersloh, einer der Kreisgemeinden, meldete der Bürgermeister an den Landrat in Wiedenbrück, seien verschiedene Viehbesitzer dabei erlappt worden, mit Hafer oder Gerste vermengtes Brotgetreide an Tiere verfüttern zu wollen. Ein Schrotten des Getreides, so der Bürgermeister, habe er abgelehnt. Im Notfall seien die verschiedenen Getreidesorten voneinander zu trennen.¹⁶⁾

Am 22. Dezember 1914 werden durch Erlaß des Regierungspräsidenten alle Bäcker des Bezirks angehalten, „Kriegsbrot“ zu backen und die Kunden zum Kauf dieses Brotes zu animieren. Ein Rezept für das Backen des Kartoffelbrottes wird von der Bäckerinnung gleich mitgeliefert.¹⁷⁾

Eine weitere Alternative zum herkömmlichen Weizenbrot findet das Ministerium des Innern in Haferflocken. In einem „Haferflockenerlaß“ vom 10. Dezember 1914 empfiehlt das Ministerium dem Regierungspräsidenten, dieses „billige wie gute“ Nahrungsmittel in geeigneter Weise in der Bevölkerung bekannt zu machen.¹⁸⁾

Am 6. Januar 1915 weist selbiges Ministerium darauf hin, daß durch den Brauch in Krankenhäusern, jedem Kranken zu jeder Mahlzeit Brot zu reichen, viel von diesem Nahrungsmittel verloren gehe. Dem solle durch entsprechende Maßnahmen entgegengewirkt werden.²⁵⁾

Aufgrund der Verordnung des Bundesrates vom 25. Januar 1915 betreffend die „Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl“ werden im gesamten Reich, also auch im Landkreis Wiedenbrück, sämtliche vorhandenen Vorräte an Weizen und Roggen, allein oder mit anderen Früchten gemischt, gedroschen oder ungedroschen, sämtliche Vorräte an Hafer und Gerstenmehl zugunsten der bereits im November 1914 gegründeten „Kriegsgetreidegesellschaft“ in Berlin beschlagnahmt. Damit übernahm das Reich die gesamte Verteilung der Getreideversorgung durch die angegliederte Kriegsgetreidegesellschaft.

Den Bauern (und Selbstversorgern) bleibt es lediglich erlaubt, pro Kopf 60 kg Brotgetreide zu behalten, sowie das für die nächste Aussaat erforderliche Saatgut. Das, so die Gesellschaft, müsse bis zur nächsten Ernte reichen. Bei Übertretung dieser Anordnung winkten ein Jahr Gefängnis oder 10 000 Mark Strafe.²⁶⁾ Zum weiteren geordneten Handel mit Brot und Getreide empfiehlt ein „Kartell der schaffenden Stände“ in Westfalen, darin Bäcker-, Müller-, Konditorinnungen und der Verband deutscher Brotfabrikanten die Einrichtung von sogenannten Brot- und Mehlbezugsbüchern. Hierdurch soll eine gerechte und überschaubare Verteilung des Vorhandenen erreicht werden.²⁷⁾

Es ist mir jedoch nicht bekannt, ob dieser Vorschlag in die Praxis umgesetzt wurde. Allein mit dem Vorhandenen gibt es schon deutliche Schwierigkeiten. Am 29. Januar 1915 meldet die „Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft“ aus Berlin an den Regierungspräsidenten in Minden „Lieferschwierigkeiten bei Kartoffeln“. Dennoch, so die Gesellschaft, könne jeder Bäcker den Vor-

schriften entsprechen, wenn er statt des Kartoffelmehls oder Kartoffelflocken, frische Kartoffeln, Gerstenmehl, Hafermehl oder Vergleichbares unter das Brotgetreide mischt.²⁸⁾ Um Verstößen gegen die Brotgetreideverordnung auf die Spur zu kommen, werden Backwaren der verschiedenen Bäckereien im Landkreis auf ihre Inhaltsstoffe untersucht. Die Analysen übernimmt das „Nahrungsmittel-Untersuchungsamt-Bielefeld“.²⁹⁾

Auch heimische Unternehmer machen sich Gedanken, wie sie den Verbrauch an Weizenmehl senken können. Die Nudelfabrik Niemöller in Gütersloh will ihre Nudelprodukte zukünftig mit 30 % Roggenanteil herstellen, (wohl ein unbewußter Vorgriff auf die Gesundheitswelle unserer Tage; das nur am Rande). Dieses wird am 4. Februar 1915 genehmigt.³⁰⁾

Eine andere Firma, die „Eckhoff-Kommandit-Gesellschaft“ in Berlin, versucht auf anderem Wege ihren Nutzen aus dem eklatanten Versorgungsnotstand zu ziehen. In einem Brief vom 18. Januar 1916 unterrichtet das Innenministerium die Regierungspräsidenten über die nicht ganz sauberen Machenschaften dieses Unternehmens. Wörtlich: „Das Backverfahren der Gesellschaft beruht im Wesentlichen darauf, daß zunächst frisches Tierblut mit der doppelten Menge Wasser verdünnt, unter Umrühren auf 70 Grad erhitzt und dann mit Kochsalz, Kalziumchlorid und Gewürzen versetzt wird. Dieses „Globin“ genannte Gemisch wird darauf mit sogenanntem Pflanzenmehl vermischt, und zwar sollen auf 10 Pfund Blut etwa 10 bis 15 Pfund Pflanzenmehl Verwendung finden. Diese Zubereitung wird demnächst mit einem aus Roggenmehl, Kartoffeln und Sauerteig bereitetem Teig zusammen auf Brotteig verarbeitet. Die Ermittlungen haben weiter ergeben, daß das sogenannte Pflanzenmehl, das die Eckhoff-Kommandit-Gesellschaft den Bäckern als „Eckhoff-Pflanzenmehl“ zum Preise von 12,50 Mark für 1 Zentner liefert, aus gemahlenem Stroh besteht.“³¹⁾

Am 25. Februar 1917 schreibt das Stellvertre-



Die Brotrationierung im Jahr 1915 löste nicht etwa einen „Kampf um die Brotkarten“ aus, sondern half bei der Streckung der knappen Getreidestreckung auf eine relativ gerechte Weise. Die Preisanstiege für Nahrungsmittel wurden ebenfalls begrenzt und von den Beamten im Gütersloher Rathaus kontrolliert.

tende Generalkommando an den Landrat, daß „durch Einberufung zum Heeresdienst und sonstige Schwierigkeiten in dieser Dreschperiode der Ausdrusch des Getreides sehr verzögert worden“ ist, aber die Beurlaubung des Betriebspersonals „aus dem Felde oder von den Ersatzformationen“ ausgeschlossen ist. Die Maschinen, so das Generalkommando, würden nicht beschlagnahmt, wenn der Besitzer selbst in der Lage sei, das Getreide ohne Personal zu dreschen. Der Landrat meldet zurück, daß der Ausdrusch des Getreides im Kreis Wiedenbrück, laut Meldebögen, durch Maschinen und Hilfskräfte komplett sichergestellt ist.³²⁾

Am 20. März wird der Verweis des Generalkommandos etwas aufgeweicht. Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erklärt dem Regierungspräsidenten, das

Generalkommando sei darauf hingewiesen worden, „zur Frühjahrsbestellung im Bedarfsfalle alle irgend entbehrlichen und verwendbaren Truppen und Gespanne der Ersatztruppenteile zu Hilfsaktionen der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Auch sind Hilfskommandos schon jetzt da zu stellen, wo es sich um die Bergung von angefrorenen und der Gefahr der Fäulnis ausgesetzten Kartoffelmieten handelt“.

Anhand dieser „Meinungsdivergenz“ zeigt sich ein deutlicher Interessenkonflikt zwischen militärischer und ziviler Führung. Der Regierungspräsident schreibt am 14. April 1917 an die Landräte, daß Kraftfahrzeuge, deren Verwendung für die Erleichterung und Beschleunigung der Bestellung von besonderem Wert sind, in landwirtschaftlichen Betrieben für die Dauer der Bestellungsarbeiten zuzulassen sind. Der Betrieb muß je-

doch auf das Nötigste beschränkt werden, da nur 5000 Tonnen Benzol für das gesamte Reich zu Verfügung stehen.

Geschieht die Feldbestellung des Jahres 1917 im Landkreis Wiedenbrück anscheinend noch ohne große Schwierigkeiten, so ist die Frühjahrbestellung im darauffolgenden Jahr arg gefährdet. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten meldet am 10. April 1918 an den Landrat, daß die Frühjahrbestellung wegen Mangel an Spannvieh vielfach auf Schwierigkeiten stößt. Es bestehe die Gefahr, daß ein Teil der Äcker nicht bestellt werden kann. Die Landwirte sind aufgefordert, vorhandene Gespanne nach der Bestellung an andere Höfe auszuleihen.²⁷⁾

2.3. Allgemeine Maßnahmen der politischen Instanzen zur Volksernährung und zum Schleichhandel

Bereits am 1. Februar 1915 geht die Sicherstellung der Volksernährung weitgehend auf das 7. Armeekorps in Münster unter dem kommandierenden General Freiherr von Gayl über. Als Grundlage für diese Umstellung gilt das Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851.

Die Erlasse werden noch drastischer ausgelegt, um Verstößen zu begegnen. Das 7. Armeekorps ersucht den Regierungspräsidenten, private Schrotmühlen zum Schrotten von Roggen und Weizen zu verbieten und verplomben zu lassen. Diese Verordnung soll in gewohnter Weise durch die Amtmänner der Gemeinden überprüft und sichergestellt werden (mit Hilfe der Ortspolizei).

Erst vom 11. Januar 1916 datiert ein Vorschlag des „Reichsdeutschen Mittelstandverbandes“, der die königliche Staatsregierung auffordert: „zwecks gleichmäßiger Verteilung von bestimmten Gattungen der Lebensmittel und der Gegenstände des täglichen Gebrauchs“ eine Ordnung einzuführen. Der Verband schlägt vor, daß die Gesellschaften die Vorräte auf die Provinzen nach dem Maßstab der Bevölkerungsziffer verteilen. Provinzielle Vermittlungsstellen sollen die Weiterverteilung

organisieren.

Die Landkreise greifen währenddessen aber zu eigenen Maßnahmen, deren Gesetzmäßigkeit nicht zu ermitteln ist. Am 1. März 1916 verpflichtet sich die „Westfälische Fleischwaren und Konservenfabrik Heinrich-Ludwig Poppenburg“ in Gütersloh gegenüber dem königlichen Landratsamt, „einen Teil seiner Produktion den Einwohnern in Rheda käuflich zu überlassen“.²⁸⁾

Am 2. März 1916 teilt das Stellvertretende Generalkommando des 7. Armeekorps dem Regierungspräsidenten mit, daß „Strafsachen wegen Lebensmittelwuchers und wegen Vergehens gegen die Volksernährung als Eilsache behandelt werden“. Eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe sei stets zu beantragen.

Bereits Mitte 1916 wird die organisierte Volksernährung vom Schwarzmarkt unterlaufen, ein deutlicher Hinweis auf die katastrophale Unterversorgung weiter Bevölkerungskreise, vornehmlich natürlich in den Städten und industriellen Ballungszentren.

Der Regierungspräsident schreibt am 11. April an den Landrat in Wiedenbrück: „in einigen Orten wird darüber geklagt, daß Händler und Aufkäufer mancher Art, auch Soldaten, auf dem platten Lande umherziehen und Lebensmittel aller Art, namentlich Butter und Eier, vielfach unter Mißachtung der festgesetzten Preise, mitunter auch durch Zwang, aufkaufen.“ Er fordert zu verstärkter Wachsamkeit auf.²⁹⁾

Auch von anderer Seite wird die Lebensmittelversorgung unterwandert. Der Minister des Innern schreibt am 5. Juli 1916 an den Regierungspräsidenten, daß größere Düngemittelfabriken neuerdings im Interesse der Versorgung ihrer Arbeiter mit Lebensmitteln „Kunstdüngerlieferungen gegen Nahrungsmittel“ verrechnen.

Dagegen, so das Innenministerium, müsse eingeschritten werden. Der Regierungspräsident fordert die Landräte auf, bei derartigen Vorkommnissen, „sofort Bericht“ zu erstatten.³⁰⁾

Der Ton der Mitteilungen wird härter, auch die Propaganda muß sich umstellen. Am 28. Juni 1916 schickt das Stellvertretende Generalkommando einen Brief an die Presse: „Wir brauchen nicht mehr bemüht zu sein, die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung vor unseren Feinden zu verbergen. Das eine nicht unbedeutende Knappheit herrscht, weiß das Ausland ja doch jetzt allgemein. Wir aber wissen, daß wir auch trotz der Knappheit bis zur nächsten Ernte durchkommen werden“.^{31), 32)}

Ende Juni wird in Gütersloh eine Kriegsküche eingerichtet (offiziell wegen Kartoffelmangels). Im Durchschnitt wurden 500-700 Mahlzeiten täglich ausgegeben.³³⁾

Am 31. Mai 1916 wurde in der gesamten Provinz Westfalen eine „Ernteflächenhebung“ durchgeführt. Anscheinend war der Zentralregierung bis zu dem Zeitpunkt nicht einmal der genaue Umfang der Anbauflächen bekannt.

Am 7. Oktober 1916 schreibt der Oberpräsident der Provinz Westfalen an den Landrat in Wiedenbrück, in seinem Kreis seien 884 Morgen Ackerland unbestellt geblieben. In ihren Stellungnahmen verweisen die Amtmänner auf ein Versehen in der Angabe oder erklären, daß die letzten Flächen noch kultiviert und dann bestellt werden.

Am 22. August 1916 erreicht den Landrat Post aus Dortmund. Die Ruhrgebietsstadt dankt für die Fett- und Specksammlung an die „notleidende Industriebevölkerung“. Diese Sammlung, über die keine weiteren Unterlagen vorliegen, kam damit noch der „Hindenburg-Spende“ zuvor. Hindenburg, Generalstabschef der 3. Obersten Heeresleitung, hatte im Herbst 1916 Agrarier und Landbevölkerung zu Nahrungsmittelspenden für die notleidende Industriebelegschaft aufgefordert.³⁴⁾

Der RP schickt Flugblätter über „wildwachsende Pflanzen als menschliche Nahrung“ an die Landräte zur Verteilung.

7. August 1917. Der RP weist darauf hin, daß eine Firma aus Münster versucht, das

Schrotungsverbot durch den Vertrieb von geeigneten Kaffeemühlen zu umgehen. Diese seien im Kreis Wiedenbrück jedoch noch nicht aufgetaucht, so der Landrat.³⁵⁾

Der Regierungspräsident benachrichtigt den Landrat am 14. Juli 1917, daß die Oberste Heeresleitung zum Bergen der Ernte mehrere hundert LKW zur Verfügung stellt. Die Einbringung ist demnach militärisch organisiert.³⁶⁾

Am 3. September 1917 schreibt das stellvertretende Generalkommando an den Oberpräsidenten in Münster und an den Kriegsminister, es seien „subversive“ Briefe von Soldaten an ihre Angehörigen sichergestellt worden. Diese besagen, daß sich die Angehörigen bei dem Anbau von Feldfrüchten auf den eigenen Bedarf beschränken sollten. Sie sollten sich nicht so sehr quälen, der Überschuß würde ihnen nur weggenommen. Bei Lebensmittelmangel wären die Regierungen bald gezwungen, Frieden zu schließen.

Die Bekämpfung des Schleichhandels wird intensiviert. Der Polizeipräsident in Gelsenkirchen hat im Januar 1918 den Polizeiwachtmeister Bennewitz den örtlichen Verwaltungen zur Hilfestellung bei der Bekämpfung des Schleichhandels zur Verfügung gestellt. Ihm werden zuverlässige Viehhändler zur Unterstützung gegeben. Bennewitz soll in der ganzen Provinz Westfalen tätig werden.³⁷⁾

Das Kriegsministerium schreibt am 23. Juni 1918 an die Landräte: Kriegsgefangene kaufen Lebensmittel von Landwirten oder bekommen sie von denen nach der Entlassung zugesteckt. Dieses ist zu unterbinden, da die geordnete Versorgung der Bevölkerung empfindlich beeinträchtigt wird.

Die Anzeigen und Verfahren gegen Schleichhändler nehmen stark zu. Der Regierungspräsident bittet die Landräte um Datenschutz der Anzeigenden, was der Denunziation Tür und Tor öffnet.³⁸⁾

Der Landrat veröffentlicht am 12. Oktober 1918 in den lokalen Zeitungen eine Mitteilung im Wortlaut: „Der Schleichhandel und die Hamsterei mit öffentlich bewirtschafteten Le-

bensmitteln hat auch im Kreis Wiedenbrück einen erschrecklichen Umfang angenommen: Vielfach besteht in der Bevölkerung die irige Ansicht, daß der Ankauf von öffentlich bewirtschafteten Lebensmitteln in kleinen Mengen gestattet sei. Diese Ansicht ist durchaus irrig. Dem Kreise Wiedenbrück werden täglich so große Mengen Lebensmittel auf verbotenen Wege entzogen, daß der Kreis, wenn es so weitergeht, seine Ablieferungsschuldigkeit an Brotgetreide, Hafer, Kartoffeln, Eiern, Butter u. s. w. nicht erfüllen kann. Um diesen Mißständen entgegenzusteuern, sehe ich mich damit zu den schärfsten Maßnahmen gezwungen. Die Bahnhöfe werden künftig noch schärfer als bisher überwacht. Landwirte, die unbefugterweise Lebensmittel verkaufen, haben zu gewärtigen, daß ihnen das Selbstversorgungsrecht entzogen wird.“³⁹⁾

2.4. Maßnahmen der Ortspolizeibehörden

Das Deutsche Reich war zentralistisch organisiert, die Überwachung der Vorschriften und Gesetze oblag aber naturgemäß der lokalen Verwaltung und der Ortspolizei als ausführendem Organ. Diese Ortspolizisten waren zu meist eng mit dem dörflichen oder kleinstädtischen Leben verflochten. Es ist davon auszugehen, daß es intime Bindungen zwischen den Ordnungshütern und der Bevölkerung gab. Daher ist es auch schwer einzuschätzen, inwieweit die Polizei ihrem Überwachungsauftrag nachkommen konnte. Schließlich, menschlich gesehen, war für viele das Ansehen im Dorf wohl wichtiger als die Anerkennung der weit entfernten Zentralverwaltung. Wohl aus diesem Grunde kommen aus dem bevölkerungsreichen und daher anonymen Gütersloh der größte Teil der ermittelten Verstöße.

Am 13. Januar 1915 schreibt die Ortspolizeibehörde Gütersloh an die Kreisverwaltung in Wiedenbrück, das Verfüttern von Brotgetreide werde weiterhin „energisch bekämpft“. Gegen einen Landwirt wurde in dieser Sache Anklage erhoben. Aus anderen Gemeinden sind jedoch keine Übertretungen bekannt.

Es ist anhand der Akten nicht einzuschätzen, inwieweit die Verordnungen von der Bevölkerung auch befolgt wurden. Nur eine geahndete Übertretung des Verfütterungserlasses kann sicherlich als zu gering angesehen werden. Es ist aber davon auszugehen, daß die Dunkelziffer deutlich höher liegt. Durch die persönlichen Bekanntschaften und Abhängigkeiten, durch fehlende Anonymität vor allem in den ländlichen Gebieten, ist schwer zu ermitteln, inwieweit die Ordnungshüter ihrem Auftrag auch nachkommen konnten.

Gleiche Überlegungen wurden wohl auch in den zuständigen Ministerien und Gremien angestellt. Deshalb wird am 25. Februar 1915 der „Verkehr mit Brotgetreide und Mehl“ streng reglementiert und als Verwaltungsinstanz die „Kriegsgetreidegesellschaft“ mit Sitz in Berlin initiiert.

Am 25. Januar 1916 meldet der Amtmann Verl an den Landrat in Wiedenbrück, daß wegen des unerlaubten Verfütterns von Brotgetreide in Verl 15 Personen bestraft wurden. Es wurde ihnen das „Recht auf Selbstversorgung“ entzogen.⁴⁰⁾

Eine doch recht milde Strafe.

Am 26. August 1916 wird die Bäckerei Bernhard Pelkmann in Langenberg geschlossen, so der Amtmann an den Landrat, wohl wegen Nichtbeachtung der Backvorschriften.

Am 5. Mai 1917 wird der Witwe Westermann aus Langenberg wegen Verheimlichung von Vorräten das Selbstversorgungsrecht entzogen. Ihre Vorräte gehen an den Kreis Wiedenbrück.

Die Verfahren auf Grund von Hinterziehung und Verheimlichung häufen sich gegen Kriegsende. Die Akten geben allerdings keinen Aufschluß über Strafen oder Ahnung der Vergehen.

3. Bewertung der Ernährungslage im Landkreis

Die Quellen geben nur begrenzten Aufschluß über die Ernährungssituation im Landkreis

Wiedenbrück im 1. Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Da in den Schreiben der Amtmänner an den Landrat, als auch in den Schreiben des Landrats an den Regierungspräsidenten ein durchaus moderater, nicht krisengeschüttelter Ton durchgehalten wird, ist davon auszugehen, daß es im Landkreis Wiedenbrück wohl zeitweilig einen Mangel an Nahrungsmitteln gab, von einem echten Hungern der Bevölkerung oder einer dramatischen Unterversorgung aber nicht gesprochen werden kann.

Anders als beispielsweise im Ruhrgebiet, kam es im Landkreis auch nicht zu hungerbedingten Ausschreitungen oder Plünderungen.

Der größte Teil der Bevölkerung besaß Heim und Scholle, weshalb den meisten doch eine ausreichende Selbstversorgung auch bei zunehmender Krise möglich gewesen sein muß. Hier ist sicherlich auch das psychologische Moment entscheidend. Die einschneidendste Maßnahme der Regierung bezüglich der Nahrungsmittelversorgung war die zentrale Kontrolle und Quasienteilung der Getreidevorräte durch die Kriegsgetreidegesellschaft, und später der untergliederten Kommunalverbände. Trotz aller Vorschriften und Erlasse war eine wirklich wirksame Kontrolle der Getreideerzeuger (wie auch anderer landwirtschaftlicher Produkte) wohl nicht möglich. Hier griff dann doch entscheidender die mehr oder weniger patriotische Gesinnung der Produzenten. Eine rein psychologische Frage, die Einhaltung oder Verstoß gegen das Gesetz und die offensichtlichen Notwendigkeiten der Versorgungsplanung nachhaltig beeinflussen mochte.

Denn natürlich kam es zu Verstößen gegen die Verordnungen der Zentralregierung, im Landkreis Wiedenbrück wurden aber nur wenige Einzelfälle bestraft. Es ist davon auszugehen, daß sich der Umfang des Schleichhandels oder der Hinterziehung und Verheimlichung von Lebensmitteln von anderen Gebieten ähn-

licher Struktur nicht wesentlich abhob. Aber durch die schon erwähnte „Intimität“ der Polizei mit der Landbevölkerung werden viele Vergehen oder Gesetzesbrüche unaufgedeckt und ungeahndet geblieben sein.

Anmerkungen

- 1.) „Volksernährung im 1. WK“
- 2.) vgl. Gottfried Großelömmern, Die Landwirtschaft im Kreise Wiedenbrück, Münster 1913, S. 4
- 3.) vgl. Großelömmern, S. 205
- 4.) vgl. Zahlenspiegel für den Landkreis Wiedenbrück, Siegfried Drewnick/Anton Meschede (Hg.), Stuttgart 1963, S. 10
- 5.) vgl. Akte 1, Volksernährung im 1. WK, Kreisarchiv Gütersloh, Wiedenbrück
- 6.) vgl. Anne Roerkohl, Hungerblockade und Heimatfront, Stuttgart 1991, S. 16
- 7.) vgl. Akte 1
- 8.) vgl. Akte 1
- 9.) vgl. Akte 1, Reichs-Gesetzblatt S. 327, 11. September 1914
- 10.) vgl. Akte 1
- 11.) in Gütersloh wurde eine Provinzialfleischstelle eingerichtet. Deren Akterüberlieferung war jedoch nicht Thema meines Aufsatzes.
- 12.) vgl. Akte 1, Reichs-Gesetzblatt S. 460 vom 28. Oktober 1914
- 13.) vgl. Akte 1
- 14.) vgl. Akte 1
- 15.) vgl. Akte 1
- 16.) vgl. Akte 1
- 17.) vgl. Akte 1
- 18.) vgl. Akte 1
- 19.) vgl. Akte 1
- 20.) vgl. Akte 1
- 21.) vgl. Akte 1
- 22.) vgl. Akte 1
- 23.) vgl. Akte 1
- 24.) vgl. Akte 1
- 25.) vgl. Akte 1
- 26.) vgl. Akte 1
- 27.) vgl. Akte 2
- 28.) vgl. Akte 1
- 29.) vgl. Akte 2
- 30.) vgl. Akte 2
- 31.) vgl. Akte 2
- 32.) vgl. Akte 2
- 33.) vgl. Akte 2
- 34.) vgl. Roerkohl, S. 162
- 35.) vgl. Akte 2
- 36.) vgl. Akte 2
- 37.) vgl. Akte 2
- 38.) vgl. Akte 2
- 39.) vgl. Akte 2
- 40.) vgl. Akte 1



Wir setzen Zeichen.

Am 10. Februar 1866 wurde Ludwig Flöttmann „die nachgesuchte polizeiliche Erlaubniß erteilt, in Sundern das Gewerbe eines Steindruckers unter genauer Beachtung aller dahin einschlagenden gesetzlichen Vorschriften, auch wegen der Gewerbesteuer, zu beachten.“

WIR SETZEN ZEICHEN – so lautet das Motto für die Zukunft. Das Unternehmen will Zeichen setzen für

- die Kunden durch Investitionen in aktuelle Drucktechnologie und Service
- die Mitarbeiter durch Motivation und Engagement

Herausgeber: Heimatverein Göttersloh e.V., 1. Vorsitzende Renate Horstmann, Hardenbergstr. 7, 4830 Göttersloh, Telefon (05241) 4212. Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Eckhard Möller, Heinrich Lakämper-Löhns, Mitarbeiter: Eckhard Möller, Stadthistoriker, Stadt Harsewinkel, 4834 Harsewinkel; Heinrich Lakämper-Löhns, Stadtmuseum Göttersloh, 4830 Göttersloh; Oliver Lücke, Berliner Straße 71, 4830 Göttersloh; Günter Beine, Fachbereichsleiter Volkshochschule Göttersloh, Königstraße 1, 4830 Göttersloh; Stephan Grimm, Stadtarchiv Göttersloh, 4830 Göttersloh; Günter Schomaecker, Sternweg 4, 4830 Göttersloh. Zuschriften können an den Herausgeber gerichtet werden. Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Quellenhinweis und Genehmigung des Herausgebers oder der Redaktion. Verlag: Flöttmann Verlag GmbH, Postfach 1653, 4830 Göttersloh, Telefon (05241) 9906-0. Herstellung: Druckhaus Flöttmann GmbH, Berliner Str. 63, 4830 Göttersloh.

1 2 5 J A H R E  1 8 6 6 - 1 9 9 1

Druckhaus Flöttmann · Flöttmann Verlag

Hans-Dieter Musch und Ydo Sol

GÜTERSLOH

Die Stadt Ein Buch mit vielen Fotos

Format 24 x 28 cm, 80 Seiten Text, 4sprachig
(deutsch, englisch, französisch, polnisch),
80 Seiten Bildteil, davon 16 Seiten 4farbig,
Leineneinband mit Schutzumschlag

Neu


Gütersloh ist eine Stadt mit vielen Facetten. Schon auf den ersten Blick sympathisch, aber alle Ecken und Kanten, alle Winkel und Schönheiten erschließen sich erst beim näheren Hinschauen. Das Autorengespann Hans-Dieter Musch (Text) und Ydo Sol (Foto) hat genau hingeschaut. Unterhaltend und informativ berichten sie aus einer Stadt, die sich ständig weiterentwickelt. Damit ihre Einwohner und ihre Besucher sich wohlfühlen!

48,-

Zu beziehen in allen Buchhandlungen und beim

Flöttmann Verlag

4830 Gütersloh Telefon (0 52 41) 86 08-21
Berliner Straße 63 Telefax (0 52 41) 86 08-29



Wir machen den Weg frei

**Mit Weitsicht
planen: Mehr
Lebensqualität
im Alter.**

Die Zeit nach dem Berufs-
leben kann man lebens-
froh genießen, wenn
man nicht mit der Rente
knausern muß. Schaf-
fen Sie sich ein Vermö-
gen, das Ihnen finan-
ziellen Spielraum gibt.



Volksbank Gütersloh eG